

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Der Bergedorfer Gesprächskreis ist sich der Bedeutung des heutigen Gespräches bewußt. Fast möchte ich mich verleiten lassen zu sagen, daß unsere heutige Thematik wichtiger und weittragender ist als das Ergebnis der Parlamentswahlen in der Bundesrepublik, die wir natürlich alle mit Spannung erwarten.

Es ist nicht das erste Mal, daß unser Gespräch sich mit den Fragen der europäischen Integration befaßt. Seinerzeit erschien uns bei der Behandlung dieses Themas der Graben zwischen EWG und der EFTA noch kaum überbrückbar. Das ist jetzt vorbei, in einem besonderen Sinne bewältigte Vergangenheit. Wir haben einen großen Fortschritt hinter uns, und wenn wir vom Europa der Neun aus die Ergebnisse der letzten EWG-Gipfelkonferenz kritisieren, und ich bin sicher, das wird geschehen, dann wollen wir das im Bewußtsein dieses Fortschrittes tun.

Das Thema ist auf den ersten Blick nach außen gerichtet: Europa zwischen den Blöcken. Herr Dahrendorf hat das so gewünscht, und ich habe nach kurzem Zögern diesem "Wunsch der Brüsseler Kommission" entsprochen. Mit dem betonten Hinweis auf die Blöcke ist allerdings kein West-Ost-Gegensatz mehr gemeint, auch keine Ideologie eines Europa als "Dritte Kraft", aber etwas sehr Realpolitisches. Denn wie auch immer der weitere Prozeß zur europäischen Einheit aussehen mag: Die EWG ist heute als Handelsmacht zum Konkurrenten der Vereinigten Staaten geworden und wird von den USA als Konkurrent sehr ernst genommen, wie uns das Beispiel der internationalen Währungspolitik und die Rolle des Gemeinsamen Marktes im Mittelmeer deutlich zeigen.

Auf der anderen Seite muß aber auch die Sowjetunion trotz der Abschwächung des Ost-West-Gegensatzes, trotz der nicht erreichten politischen Einheit Westeuropas von der EWG Kenntnis nehmen, und wie wichtig sie die EWG nimmt, hat sich bei den Verhandlungen mit Österreich gezeigt. Eine interessante Frage heißt in diesem Zusammenhang: Wird die EWG mit eigener Stimme an der geplanten Europäischen Sicherheitskonferenz teilnehmen können?

Handelspolitisch ist die EWG tatsächlich eine Realität zwischen den beiden Weltmächten und ihren Interessenbereichen. Wenn ich dabei den Akzent auf Handelspolitik lege, dann müssen wir uns fragen, ob die EWG auch politisch an Struktur gewonnen hat. Oder sollte es so sein, daß die EWG als Handelsmacht zwar einen großen Schatten wirft, daß sie aber als eigentliche politische Realität schwächer geworden ist?

Europa - das ist gewiß nicht nur der Gemeinsame Markt. Aber das Europa der Neun, also der erweiterte Gemeinsame Markt, ist die effizienteste Repräsentation Europas. Mehr als dies haben wir nicht erreicht, und es ist auch sehr zweifelhaft, ob andere europäische Einigungsversuche auf absehbare Zeit eine Chance haben oder ob die beabsichtigte Europäische Sicherheitskonferenz ein neues Europabild konstruieren wird.

Der Gemeinsame Markt muß sicher eine Reform seiner Institutionen anstreben, wobei für mich als erster Aspekt die Rolle der Kommission im Vordergrund steht. Der zweite Aspekt ist der Entwurf einer gemeinsamen Politik, das heißt der Entfaltung stärkerer Integrationsenergien. Die Krise des Weltwährungssystems ist doch wohl gleichbedeutend mit dem Aufleuchten einer roten Alarmlampe. Zu fragen ist aber, ob es eine gemeinsame Währungspolitik ohne eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik überhaupt geben kann.

Der dritte Aspekt ist, daß der Gemeinsame Markt aus seiner ursprünglichen Ost-West-Richtung in eine Nord-Süd-Achse eingeschwenkt ist. Zusammen mit den assoziierten Staaten reicht er jetzt vom Norden Europas bis tief nach Schwarzafrika. Wenn das so ist, dann hat der Gemeinsame Markt in der Tat eine neue Perspektive Europas hervorgebracht, die weit über das alte "karolingische" - wie man damals polemisch gesagt hat - Europa der fünfziger Jahre hinausreicht.

Damit will ich die Introduktion dieses Themas beenden. Wir haben, Ergebnis des erweiterten Europas, heute drei Redner. Die dankenswerte Bereitschaft von Herrn Dahrendorf wird ergänzt werden durch die Referate von Herrn Brunet und Sir Con O'Neill. Meine Hoffnung geht dahin, daß wir uns einig

wissen in Ziel und Motiv und daß wir zugleich die Differenziertheit dieses europäischen Teams in vollen Zügen genießen werden.

Indem ich mich aus dieser einleitenden Szene in die Rolle des Gastgebers zurückziehe, mache ich Sie, soweit es noch nicht geschehen ist, mit Herrn Minister Kirchschräger bekannt, der als Außenminister der Republik Österreich eine ganz besondere Legitimation hat, dieses Gespräch zu leiten. Der alte Doppeladler der österreichischen Monarchie, verehrter Herr Kirchschräger, sah nach Osten und nach Westen - das war ein Testament des alten Reiches von Byzanz, das sich im Osten wie im Westen zu Hause fühlte und sich deshalb als ein gegensatzloses Reich begriff. Ich meine, ein schönes geschichtliches Omen für das, was wir mit der Vereinigung Europas wünschen.

Dahrendorf

Die einführenden Worte von Herrn Körber haben schon alle Motive anklingen lassen, die ich selber in meinem Referat zur Sprache bringen will. Das Thema unserer Diskussion, das in der Tat auf mich zurückgeht, ist kritisiert worden, und zwar aus zwei Richtungen. Die eine Kritik richtet sich dagegen, daß von Europa gesprochen wird als zwischen größeren Einheiten stehend. Man hat gesagt, Europa gehöre größeren weltweiten Einheiten an und könne daher so nicht beschrieben werden.

Die andere Kritik bezieht sich auf den Begriff der Blöcke selbst und darauf, daß hier eine Vorstellung fortgeschrieben wird, von der viele hoffen, daß wir sie inzwischen aufgegeben haben oder zumindest die Grundlagen dafür gelegt haben, sie aufgeben zu können. Ich halte in gewisser Weise beide Kritiken für unberechtigt. Der Kern meiner einleitenden Bemerkungen liegt in der Frage, wie sich dieses Europa als eine in wichtigen Fragen kooperierende Einheit zusammenfinden kann, ohne sich nach außen abzuschließen.

Kritik an einer neuen Blockideologie

Zur Erklärung des Themas beginne ich mit dem Hinweis darauf, daß ich den Begriff der Blöcke nicht im Sinne des Blockgedankens der fünfziger Jahre verstehe. Vielmehr habe ich in bewußt ironischer, ja kritischer Absicht eine Vorstellung aufgenommen, die in unserer Zeit -ich sage: leider -in wachsendem Maße das Weltbild wichtiger Akteure der Weltpolitik bestimmt. Ich denke dabei insbesondere an jene neue Vorstellung der fünf Blöcke, die in einer zunehmenden Zahl von Äußerungen auf amerikanischer Seite zum Vorschein kommt und in der gleichsam der Eindruck erweckt wird, als seien die wesentlichen handelnden Subjekte der Weltpolitik des nächsten Jahrzehnts die Vereinigten Staaten, Japan, China, die Sowjetunion und Europa. Ich brauche die Zitate nicht im einzelnen zu erwähnen. Es gibt inzwischen auch schon eine beträchtliche und zum Teil jedenfalls sehr intelligente Diskussion dieses Themas.

Vielfalt unterschiedlicher Beziehungen

Diese Vorstellung der Blöcke leitet mich nicht; vielmehr leitet mich der Gedanke, Europa in seinen Möglichkeiten so zu definieren, daß es diese verderbliche Vorstellung selbst widerlegt. Warum ist die Vorstellung verderblich? Erstens wird in diesem vereinfachten Bild übersehen, welche Vielfalt von höchst unterschiedlichen Beziehungen zwischen den fünf genannten Akteuren herrscht. Verteidigungspolitisch sieht diese Welt anders aus als währungspolitisch. Währungspolitisch sieht sie anders aus als in den Beziehungen zwischen gleichartigen inneren Ordnungen. In den inneren, gesellschaftlichen Ordnungen sieht sie anders aus als in vielen Projektionen der nationalen oder regionalen Interessen, die die verschiedenen Bereiche haben.

Es gibt keine fünf gleichrangigen und in gleicher Weise in den verschiedenen Bezirken der Politik ausgeprägten Akteure der Weltpolitik von heute oder morgen. Es findet sich vielmehr ein sehr viel komplizierteres, ein sehr viel subtileres Netzwerk von Beziehungen, und ich gehöre zu denen, die bedauern, daß bei wichtigen Vertretern der amerikanischen Politik eine so unzulässige Vereinfachung in der Beschreibung der internationalen Interdependenzen vorherrscht.

Aufteilung der Welt in Einflußsphären - ein irreführendes Bild

Ich halte es zweitens - und das ist ein Stück europäischer Politik - für unerträglich, daß in der Vorstellung einer Welt von fünf Blöcken gleichsam postuliert wird, es gebe Einflußsphären der fünf. Man geht von den fünf Zentren aus und übersieht, daß viele andere Bereiche in der Welt existieren, die ihren eigenen Weg suchen und auch finden werden und die sich den fünf nicht einfach zuordnen lassen.

Herr Körber hat in seiner Einleitung den Gedanken geäußert, der heute verbreitet ist, daß dieses Europa seine eigene Einflußsphäre schafft und daher vom nördlichen Europa bis an die Nordgrenze Südafrikas reicht. Ich halte dieses Bild nicht nur für überzeichnet, sondern auch für irreführend. Ich habe meine amerikanischen Gesprächspartner immer davor gewarnt, auf einer großen Weltkarte alle die Länder einzuzichnen, mit denen wir in der einen oder anderen Form Handelsbeziehungen unterhalten, und dann davon auszugehen, daß alle diese Länder den europäischen oder den europäisch-afrikanischen Block bilden. Die Länder, mit denen wir Beziehungen unterhalten, haben ihrerseits vielfältige andere Beziehungen. In Europa gilt das gewiß - Herr Kirchschräger bezeugt es mit der Politik, die Herr Körber in einem einprägsamen Bild gekennzeichnet hat. Die Beziehungen dieser Länder zur Europäischen Gemeinschaft sind für sie nicht exklusiv und sie sollen es nicht sein. Es gibt diesen europäisch-afrikanischen Block im Sinne einer Einflußsphäre nicht, und wir wünschen auch

nicht, solche Einflußsphären zu bilden. Unsere Zusammenarbeit mit regionalen Gruppierungen, wie der Assoziation südostasiatischer Staaten oder der Anden-Gruppe, beruht gerade auf der Annahme, daß sich Schwerpunkte bilden können, die eine eigenständige Bedeutung in vielen Fragen der internationalen Beziehungen haben. Auch in dieser Hinsicht ist also das Bild der Welt komplizierter, als es in dem Gedanken der fünf Blöcke zum Ausdruck kommt.

Blockideologie garantiert keine Welt des Friedens

Noch ein drittes Argument gegen diese Blockideologie scheint mir wichtig. Eine Welt der Blöcke ist keine Welt des Friedens. Es ist jedenfalls schwer einzusehen, wie man sich eine Welt mit fünf in sich relativ autonomen - um nicht zu sagen autarken - Blöcken konstruieren kann und zugleich hofft, daß auf diese Weise dauerhafte Garantien friedlicher Beziehungen gewährleistet werden. Ich sehe die Garantie friedlicher Beziehungen in einer Fülle von Interdependenzen in den verschiedensten Bereichen, die wir entwickeln, auf die wir unsere eigene Persönlichkeit gründen und anhand derer wir unsere Identität bestimmen können. Diese ergeben aber als solche ein sehr viel bunteres und subtileres Bild, als die vereinfachte Formulierung von den Blöcken es will.

Europa zwischen den Blöcken sollte für mich auch heißen, daß Europa einen Weg suchen muß, der ihm eine Rolle gibt, die die weltweite Blockbildung verhindert und nicht erleichtert, der ihm eine Rolle gibt, die uns beitragen läßt zu jener Vielfalt der Beziehungen, die wir wünschen und mit der wir für viele auch identifiziert sind.

Vor diesem Hintergrund will ich nun zu zwei großen Themen der europäischen Beziehungen nach außen Stellung nehmen, nämlich zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion. Ich werde dabei einige kontroverse Dinge sagen, die sicher die Diskussion in Gang bringen. Viele andere Themen müssen in dieser Einleitung offen bleiben.

Die europäischen Beziehungen zu den USA

Präsident Pompidou hat auf der Gipfelkonferenz in Paris gesagt, daß kein Europäer meinen könne, Europas Persönlichkeit ließe sich gegen die Vereinigten Staaten definieren. Das war eine wichtige Aussage, in der wir uns wohl einig sind. Wenn wir wissen wollen, was Europa ist, werden wir auch sagen müssen, wie Europa sich zu den Vereinigten Staaten von Amerika verhält. Dazu gibt es einstweilen erst wenige Ansätze. Bisher ist dieses Europa nur mühsam in der Lage, den Gedanken einer neuen Partnerschaft, die die alte Vorstellung der atlantischen Beziehung ablöst, zu entwickeln, ein Gedanke, der von amerikanischer Seite gerade in jüngerer Zeit immer wieder betont worden ist.

Neues Interesse Amerikas an Europa

Ich sehe die amerikanische Politik gegenüber Europa in einer neuen, ihrerseits noch nicht voll definierten, aber doch in wesentlichen Punkten schon ausgeprägten Phase der Entwicklung. Es besteht heute in den USA ein neues Interesse an Europa. Bis vor kurzem konnte man den Eindruck haben, daß die Vereinigten Staaten ihre Interessen auf andere Teile der Welt konzentrieren. Ich denke insbesondere an den Vietnam-Krieg, von dem wir alle hoffen, daß er sehr bald abgeschlossen sein wird. In der Tat hatten die USA in anderen Teilen der Welt ihr größtes Engagement. Man konnte aber auch vermuten, daß sie sich stärker auf sich selber zurückziehen.

Zum Teil bleibt beides richtig, dennoch gehe ich davon aus, daß es in Amerika ein neues Europa-Interesse gibt, das jedoch nicht mehr automatisch ein Interesse an der Europäischen Gemeinschaft ist. Wenn ich die wichtigen Entscheidungen, die in der Sitzung des Council on International Economic Policy am 11. September dieses Jahres fielen - und der Council hat unter Vorsitz des Präsidenten getagt;- , richtig verstehe, dann ging es dabei darum, einerseits Zweifel an den Europäischen Gemeinschaften, so wie sie heute organisatorisch bestehen, kundzutun und andererseits ein grundsätzliches Interesse an Europa zu bekräftigen.

Vorrang der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Dabei kommt ein zweiter Gesichtspunkt ins Spiel, den ich nicht überzeichnen möchte, der aber meiner Meinung nach für die zukünftigen Beziehungen zwischen Europa und Amerika von großer Bedeutung sein wird. Auch in den Vereinigten Staaten spricht man heute viel von einer Periode der Entspannung. Dies wird auch verstanden als eine Veränderung der relativen Bedeutung der internationalen Sicherheitsbeziehungen in ihrem Verhältnis zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Das heißt, in einer Welt mit Entspannungsmöglichkeiten, wenn nicht schon mit einer gewissen Wirklichkeit der Entspannung, treten die internationalen Wirtschaftsbeziehungen so weit in den Vordergrund der Aufmerksamkeit, wie es in der Vergangenheit für grundsätzliche politische Entscheidungen in den USA nicht bestimmend war. Das hat tiefgehende Konsequenzen für den Stellenwert von Fragen der Handelspolitik oder der Währungspolitik in der gesamten amerikanischen Politik. Der Stellenwert der

internationalen Währungs- und Handelsbeziehungen ist also sehr viel größer als er es zu einer Zeit war, in der man bereit war, Opfer etwa im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu bringen im Interesse der Aufrechterhaltung von wirksamen Sicherheitsbeziehungen.

Hier spielen noch andere Überlegungen eine Rolle. In einer etwas saloppen Formulierung würde ich sagen, daß manche Leute in den Vereinigten Staaten, zumal im Weißen Haus, etwa so argumentieren: In den internationalen Sicherheitsbeziehungen waren die Vereinigten Staaten gegenüber Europa und Japan eine Überschufsmacht. Europa und Japan waren in militärischer Hinsicht Defizitmächte. Und als Defizitmächte haben Europa und Japan bestimmte Ansprüche an uns gerichtet. Wir als Oberschufsmacht haben diese Ansprüche selbstverständlich befriedigt; denn es ist die internationale Verantwortung von Überschufsmächten, den Defizitmächten entgegenzukommen. Dann kommt die Kurve: In den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind die Verhältnisse aber genau umgekehrt; hier sind nämlich Europa und Japan Oberschufsmächte und wir, die Vereinigten Staaten, eine Defizitmacht. Wir erwarten daher, daß Europa und Japan uns in wirtschaftlicher Hinsicht so entgegenkommen, wie wir bereit waren, im Hinblick auf die Sicherheitspolitik Europa und Japan entgegenzukommen.

Die Konstruktion eines neuen Weltwährungssystems, wie sie in Andeutungen von Herrn Shultz und auch von Präsident Nixon auf der Tagung des internationalen Währungsfonds entworfen worden ist, läuft darauf hinaus, in dieses Währungssystem Automatismen einzubauen - disciplines sagen die Amerikaner;- , automatische Sanktionssysteme, die für einen automatischen Ausgleich zwischen Defizit- und Überschufsländern sorgen. Die gesamte Projektion, die in den Vereinigten Staaten für das internationale Handelssystem bisher gemacht wird, geht auf solche Tendenzen hinaus. Wir werden es erleben, daß amerikanischer Druck auf Aufwertungen in Europa und Japan ausgeübt wird, der nicht mehr in der inneren Wirtschaftsentwicklung der europäischen Länder oder Japans begründet ist, sondern aus der Forderung nach einem internationalen Ausgleich, wie ich es eben angedeutet habe.

Das heißt, für die Vereinigten Staaten werden die internationalen Verhandlungen der nächsten Jahre eine außerordentliche Bedeutung für die gesamte internationale Politik haben. Was im Internationalen Währungsfonds, im GATT und in gewissem Umfange auch in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit geschieht, wird für die Vereinigten Staaten und vielleicht auch für uns eine Schlüsselrolle spielen. Bei alledem bleibt an der Conally-Haltung unverändert, daß die Vereinigten Staaten sich in dieser neuen Weltkonstellation nicht mehr als ein Land verstehen, das nur Verantwortung für andere zu übernehmen habe, sondern als eines, das wie jedes andere Land das Recht hat, seine eigenen Interessen in den Vordergrund zu rücken. Es kommt also ein ganz anderer Ansatz auch zu den Fragen der transatlantischen Beziehungen, als er die Vergangenheit gekennzeichnet hat.

Fragmentierung der europäischen Politik

Ich erwähne das alles, um jetzt kurz über die europäische Haltung in dieser Situation zu sprechen. Kennzeichnend für die amerikanische Haltung ist, daß sie den Gesamtbereich der internationalen politischen Beziehungen in einen Zusammenhang bringt. Dagegen sind wir in Europa bisher nicht in der Lage gewesen, etwas ähnliches zu tun. Während in den Vereinigten Staaten heute das Verhältnis zu Europa so gesehen wird, daß Sicherheits-, Wirtschafts- und Währungs-, Handels- und auch Entwicklungspolitik in einen Gesamtzusammenhang gehören und definiert werden müssen, stehen wir in Europa nach wie vor bei einer Fragmentierung unserer Politik. Diejenigen, die an der Vorbereitung der wechselseitigen ausgewogenen Truppenreduzierung mitwirken, sind in der Regel nicht an der Vorbereitung der weltweiten Handelsrunde im GATT beteiligt. Und selbst zwischen der Vorbereitung der weltweiten Handelsrunde im GATT und der Vorbereitung der Gespräche im internationalen Währungsfonds besteht in unseren Institutionen gelegentlich eine Lücke, die uns daran hindert, einen größeren Zusammenhang herzustellen.

Allein dieser größere Zusammenhang würde uns aber in die Lage versetzen, in der veränderten Situation, in der wir uns befinden, unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten neu zu definieren. Jede Hoffnung auf eine fragmentierte Neubestimmung unserer Beziehungen zu den USA scheint mir abwegig zu sein angesichts der sachlichen Interdependenzen, insbesondere aber auch angesichts der Zusammenhänge, die in den Vereinigten Staaten selber hergestellt werden. Wir haben ja auf der Gipfelkonferenz etwas mühsam über den konstruktiven Dialog mit den USA, Japan, Kanada und anderen Ländern gesprochen. Nach meiner Meinung geht es bei alledem nicht darum, hier irgendwelche neuen Institutionen zu schaffen; aber um eines geht es, nämlich um die Bereitschaft auf europäischer Seite, mit den Amerikanern über alle diese Fragen in einem Gesamtzusammenhang zu reden.

Ich bin daher nach wie vor der Auffassung - wenn ich das in diesem Kreise einmal ein bißchen leichtfertig sagen darf;- , daß wir in Europa einen Weg suchen sollten, um möglichst frühzeitig eine transatlantische Gipfelkonferenz durchzuführen. Denn rein organisatorisch ist bei uns die Zusammenfassung der verschiedenen Politiken nach Lage der Dinge nur auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs möglich. Da könnte man einmal versuchen, den Anfang für die neue Partnerschaft zu setzen, die wir brauchen, um uns selber zu finden und um den Beitrag in der Welt zu leisten, den wir leisten wollen und leisten müssen.

Das Verhältnis der Europäischen Gemeinschaft zur Sowjetunion

Ich mache jetzt einen Sprung zu unserer Beziehung zur Sowjetunion. Wenn ich von der Europäischen Gemeinschaft ausgehe, so ist die Problemlage in dieser Hinsicht klar. Ab 1. Januar 1973 wird es eine gemeinsame Handelspolitik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber den Staatshandelsländern geben. Ich vermute, daß der deutsch-chinesische Handelsvertrag das letzte bilaterale Handelsabkommen ist, das vor diesem Zeitpunkt noch abgeschlossen wird. Wie Sie wissen, unterliegen sämtliche bilateralen Abkommen, die seit 1970 zustande kamen, gewissen Konditionen, insbesondere was den Zeitraum ihrer Geltung angeht; das heißt, sie müssen alle am 31. Dezember 1974 auslaufen können. Das gilt auch für das deutsch-chinesische Abkommen.

Brunet

Am Vorabend der Erweiterung des Gemeinsamen Marktes sieht man sich vor die Frage nach den politischen und wirtschaftlichen Endzielen dieses neuen Europa gestellt - dies um so mehr, als die Umstände, unter denen das erweiterte Europa geboren wird, sehr verschieden sind von denen, die bei der Schaffung des Europa der Sechs obwalteten.

In der Tat

- bestehen die Blöcke aus der Zeit des Kalten Krieges fort, wenngleich sie an innerer Kohäsion verloren haben. Man spricht noch mit Recht von "MitSuzeränität" und von "Supermächten", aber es scheint, daß wir doch einer "multipolaren" Welt zusteuern;
- spielt die Angst vor der Sowjetunion praktisch überhaupt keine Rolle mehr im Verhalten derjenigen, die "Europa schaffen" wollen;
- hat der wirtschaftliche Imperativ eines "großen Marktes" nicht mehr die gleiche zwingende Bedeutung wie vor 15 Jahren, da ein solcher Markt unter den sechs Mitgliedsstaaten bereits besteht und lediglich noch zu erweitern ist. Darüber hinaus ist die gesamte hochentwickelte kapitalistische Welt in eine Phase des wirtschaftlichen und auch inflationistischen "boom" eingetreten;
- hat Deutschland längst die Gleichberechtigung erhalten.

Trotz dieser Feststellungen bleibt die Zahl derjenigen, welche die Fortführung des unternommenen Werkes und die Schaffung einer wirklichen politisch-ökonomischen europäischen Ganzheit wünschen, nach wie vor groß. Sie stellen ohne Zweifel die Mehrheit in fast allen europäischen Ländern dar und sind es mit Sicherheit innerhalb des sogenannten "establishment".

Betrachten wir deshalb zunächst das bisher Erreichte und das, was wir uns noch erhoffen können.

Wie weit sind wir Ende 1972 gekommen ?

Nach nahezu zwanzigjährigen Bemühungen verfügen wir heute über ein Europa der Sechs - nicht Klein-, sondern Kern-Europa, wie die Deutschen sagen;- , das eine Zollunion darstellt, in der eine gemeinsame Landwirtschaftspolitik praktiziert wird. Wir haben leider weder auf wirtschafts- und währungspolitischen Gebiet noch im industriellen Bereich nennenswerte Fortschritte erzielt. Was die politische Zusammenarbeit angeht, so steckt diese noch in den Kinderschuhen. So wird Europa sich im kommenden Jahr wohl eine Ruhepause gönnen müssen, wenigstens bis es die Neuankömmlinge "verdaut" hat. Derart stellt sich zusammengefaßt die Bilanz dar.

Wie sehen unsere Partner Europa?

Was Amerika betrifft, so ist der Gemeinsame Markt, wie Herr Dahrendorf schon gesagt hat, für die Vereinigten Staaten zu einem gefährlichen Konkurrenten geworden. Aus diesem Grund haben sich die Gefühle gegenüber der EWG in Washington nach und nach von einer fast leidenschaftlichen Unterstützung - aus politischen Gründen - zu, sagen wir, lebhafter Beunruhigung gewandelt. Die Schwierigkeiten, denen sich die Vereinigten Staaten gegenübersehen, stehen nach Washingtoner Meinung mit dem zu großen wirtschaftlichen Erfolg Europas (und Japans) in Zusammenhang. Da Amerika einen großen Teil des Aufwands zunächst für den Wiederaufbau, danach für die Verteidigung

der freien Welt übernahm, verfügten - so sagt man in Washington - Europa und Japan über bedeutende Geldmittel, die sie für die eigene wirtschaftliche Entwicklung verwenden konnten.

Das ist noch nicht alles: Die Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten, die sich in einer gewissen Geringschätzung gegenüber dem in der Welt allzu reichlich vorhandenen Dollar ausdrücken, werden durch den "diskriminierenden Charakter" der Abkommen verschärft, welche die Gemeinschaft mit den anderen westeuropäischen Ländern und mit den Staaten der früheren Kolonialreiche verbinden. In dieser Lage bieten sich zwei Heilmittel an. Das eine: die, wie man hofft, vorübergehende Schwäche des Dollars durch Aufwertung anderer Währungen, insbesondere derjenigen der "schlechten Gläubiger" - das ist eine neue Idee - zu korrigieren, und das andere: die durch eine einschränkende Politik nach Art der Landwirtschaftspolitik der Gemeinschaft oder der Freihandelsabkommen zwischen EWG und den Ländern der ehemaligen EFTA oder des Mittelmeerraumes geschützten Märkte dem amerikanischen Export weit zu öffnen.

Die Sowjetunion ist ihrerseits - so sehen wir es in Frankreich - von äußerster Gegnerschaft zu resignierter, verdrossener Hinnahme einer wirtschaftlichen und politischen Tatsache übergegangen, die sich ihr aufzwingt und die sie nicht länger zu leugnen sucht. Sie hält indessen den Gemeinsamen Markt weiterhin für eine Einrichtung, die dazu bestimmt ist, die als die mächtigsten innerhalb der Gemeinschaft gewerteten "westdeutschen Monopole" zu fördern und den amerikanischen Expansionismus im Rahmen der NATO zu begünstigen. Dies erklärt nach sowjetischer Ansicht sowohl die inneren "Widersprüche" innerhalb des Gemeinsamen Marktes als auch die "Widersprüche" zwischen dem Gemeinsamen Markt einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits.

Die sowjetischen Analysen waren schon immer stark vereinfacht, so daß die UdSSR durch Entwicklungen überrascht wurde, die sie nicht vorausgesehen hatte: Unterstützung des europäischen Werks durch die öffentliche Meinung in den Gründerstaaten - einschließlich zum Beispiel in Frankreich eines Teils der kommunistischen Wählerschaft;- Erweiterung des Gemeinsamen Marktes, Abkommen zwischen der Gemeinschaft und den neutralen Ländern. Wie dem auch sei, die Sowjetunion scheint sich mißmutig mit der Existenz des Gemeinsamen Marktes abzufinden, unbeschadet lautstarker Freude über jeden Mißerfolg wie etwa die Abstimmung in Norwegen. Die Verdammungsurteile gegenüber "geschlossenen Wirtschaftsgruppen" werden jedenfalls seltener; man hört sie noch - so hat zum Beispiel in der letzten Woche Kossygin in Moskau zu Andreotti gesagt, daß der Gemeinsame Markt eine furchtbare Sache sei;- aber nicht mehr so oft wie früher.

Man sieht also, daß die amerikanischen und die sowjetischen Meinungen vom Gemeinsamen Markt, nachdem sie anfänglich grundverschieden voneinander waren, nunmehr dazu neigen, sich einander zu nähern.

China hingegen begrüßt das Bestehen des Gemeinsamen Marktes und mehr noch seine Erweiterung. Es will nämlich glauben - und sei es nur, um den sowjetischen Thesen zu widersprechen;- daß das im Aufbau begriffene Europa fest entschlossen ist, den sogenannten "Supermächten" die Stirn zu bieten.

Japan, das seit einigen Monaten klar gezeigt hat, daß es jetzt auf eigenen Füßen stehen will, sucht nicht ohne Mühe seinen Weg. Es will natürlich in den Gemeinsamen Markt eindringen, sowohl auf handelspolitischer Ebene wie auf dem Gebiet der Investitionen. Es zaudert aber noch bei der Wahl der Mittel gegenüber einem Teil der Welt, den es schlecht kennt: dem des vollen Einsatzes seiner Stärke (falls notwendig, mit Unterstützung der Vereinigten Staaten) oder dem der Verhandlungen.

Was die europäischen Länder selbst, die Mitgliedsstaaten der EWG oder die mit ihr verbundenen Länder betrifft, so sprechen sie noch nicht die gleiche Sprache, weil ihre Interessen noch auseinanderlaufen. Der russische Einfluß ist hier ziemlich schwach; der amerikanische Einfluß bleibt aus wirtschaftlichen und auch aus politischen Gründen sehr bedeutend. Die europäischen Länder sind sich bewußt, daß sie zur "westlichen Welt" gehören, gekennzeichnet durch die Werte ihrer Zivilisation und durch den gleichen Begriff vom Menschen und seiner Freiheit - mit einem Wort: durch die Demokratie. Ich möchte auch für Frankreich sagen: Die Vereinigten Staaten sind unsere ältesten Verbündeten; wir sind nie in Krieg mit den USA geraten; deshalb hat Frankreich für die Amerikaner ein starkes "sentiment".

Doch sind sich die Europäer in der Ablehnung der vorhin aufgeführten amerikanischen Analyse einig. Sie stellen fest, daß die Vereinigten Staaten bei Kriegsende das einzige Land waren, das seine Mittel und Quellen unversehrt bewahrt hatte, die es im übrigen in großzügiger Weise Westeuropa zur Verfügung stellte. Die Wettbewerbskraft Europas hat Schritt um Schritt zugenommen, während seit etwa 12 Jahren die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten defizitär wurde. Nichts konnte sie in dem - vor dem 15. August 1971 und seit diesem Datum - bestehenden Währungssystem zwingen, sich um dieses Defizit zu kümmern. Es läßt sich weder durch die Ausgaben des Marshall-Plans erklären - die

in eine Zeit fielen, zu der Amerika Zahlungsbilanz-Überschußland war;- , noch durch die militärischen Belastungen der Vereinigten Staaten in Europa, in der Hauptsache in Deutschland, wo sie fast vollständig durch die "Offset-Übereinkommen ausgeglichen werden, auch nicht durch das erst im Jahre 1971 aufgetretene Hinauswachsen der amerikanischen Einfuhren über die Ausfuhren.

Die wahren Gründe für die Schwierigkeiten - sagen die Europäer - liegen in den übermäßigen Ausgaben der Amerikaner im Ausland, seien sie unproduktiv, wie die Ausgaben für den Vietnam-Krieg, seien sie produktiv, wie die privaten Investitionen. Das augenblicklich bestehende Währungssystem weist keine Bremsen gegen die Beibehaltung oder die Erhöhung dieser Ausgaben auf, da die amerikanische Verschuldung von den Gläubigerländern - besonders Deutschland - finanziert wird.

Die sowjetische Analyse wird von den europäischen Ländern ebenfalls zurückgewiesen, da insbesondere festzustellen ist, daß der Ost-West-Handel sich seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes bedeutend vergrößert hat.

Ich habe hier von den Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, China, Japan und Europa gesprochen. Ich bin aber kein Anhänger der 5-Blöcke-Theorie, die Herr Dahrendorf abgelehnt hat; aber die Dinge sind so einfacher darzustellen.

Wohin gehen wir?

Wir haben gesehen, daß der Fortschritt der europäischen Einigung nicht mehr, wie früher, vom Abwehrbedürfnis gegenüber der sowjetischen "Bedrohung" gefördert wird, auch nicht von der Notwendigkeit der Schaffung eines großen Marktes.

Das wichtigste Motiv auf wirtschaftlicher Ebene ist die Bewahrung des Erreichten. Denn wenn der Gemeinsame Markt - nach der nunmehr schon feststehenden Redensart - nicht "vertieft" wird, besteht die große Gefahr, daß sich Handels- und Landwirtschaftspolitik spalten und den Gemeinsamen Markt auflösen. Gewiß haben die Mitgliedsstaaten des Gemeinsamen Marktes nicht in geschlossener Ordnung auf den Währungssturm von 1971 reagiert, und die Gemeinschaft hat ihn dennoch überlebt; aber es wäre gewagt, an die Wiederholung von Wundern zu glauben.

Auf politischer Ebene muß zwischen den Beziehungen der europäischen Länder untereinander einerseits und der Außenpolitik Europas andererseits unterschieden werden. Was den ersten Punkt angeht, das heißt den politischen Aufbau Europas, so ist Vorsicht am Platze. Man hat lange Zeit - besonders in Frankreich - an die These von der "dreistufigen Rakete" geglaubt: Aus der Zollunion sollte die Wirtschaftsunion und schließlich die politische Union - in dieser Reihenfolge - hervorgehen. Man spricht heute kaum noch davon, und dennoch scheint dieser Gedanke klug. Er sollte uns anspornen, aus politischen Gründen schnellstens zum Stadium der Wirtschaftsunion zu gelangen. Seit der Gipfelkonferenz im Oktober 1972 dürfen wir berechnete Hoffnung hegen, daß die dritte Stufe gezündet wird, sobald der Treibstoff der zweiten Stufe verbrannt ist.

Was die Außenpolitik Europas angeht, so wollen wir unterstreichen, daß ihr Wesenselement die Verteidigung ist. Da die Auffassungen der europäischen Länder in diesem Punkt noch weiter auseinandergehen als auf wirtschaftlichem Gebiet, werden Fortschritte notwendigerweise nur langsam zu erzielen sein. Um nur ein Beispiel anzuführen: Das Risiko eines Abzugs der amerikanischen Truppen aus Deutschland (den niemand wünscht) wird in Frankreich - wo man der Ansicht ist, daß der Verbleib der Truppen in erster Linie den Interessen der Vereinigten Staaten dient - anders beurteilt als in Deutschland, wo man an eine Rückkehr der Vereinigten Staaten zum Isolationismus zu glauben scheint.

In der augenblicklichen Lage - was vor 10 Jahren noch nicht der Fall war - wissen wir (siehe die Kuba-Affäre), daß ein vorsätzlich provoziertes Atomkrieg unmöglich ist. Wir wissen, daß die Grenzen in Deutschland stabilisiert sind und beide deutschen Staaten in die UNO aufgenommen werden. Wir wissen seit der Berlin-Krise und dem tschechoslowakischen Zwischenfall, daß die Scheidelinie zwischen Ost und West unantastbar geworden ist. Kurz, in Europa glaubt niemand mehr an die Möglichkeit eines Krieges in absehbarer Zeit. Europa bleibt unter dem Schutz der Atommacht Amerikas, der einzigen - das wissen auch die Franzosen;- , die sich mit der russischen messen kann. Mit anderen Worten: Welches auch immer die Stärke der in Deutschland stationierten amerikanischen Streitkräfte sein mag, ihre Rolle wird nicht ausschlaggebend sein. Was letzten Endes im Falle eines - um es nochmals zu betonen: unwahrscheinlichen - Konflikts ausschlaggebend bleibt, ist der Augenblick der amerikanischen atomaren Intervention, und diese Frage ist glauben wir Franzosen - weder durch die Existenz der atlantischen Allianz noch durch die der NATO geregelt. Da es auf diese Frage keine Antwort geben kann, besitzen die Europäer keine unbedingte Sicherheitsgarantie.

Angesichts dieses Sachverhalts, der es den Europäern nicht erlaubt, ihr Schicksal in die Hand eines dritten Staates zu legen - so stark und so befreundet dieses Land auch immer sein mag;- , müssen sie ihren Beitrag zum Gleichgewicht in der Welt immer mehr steigern. Sie müssen ein auf wirtschaftlichem Feld starkes Europa organisieren. Später wird Europa auch eine politische Einheit werden. Es ist klar, daß ein politisches Europa seiner Verantwortung auf dem Gebiet der Verteidigung gerecht werden müßte. Vorerst aber bleibt - und dies sei im Sinne einer reinen Perspektive gesagt - das Bündnis mit Amerika für lange Zeit unentbehrlich.

Sir O'Neill

Wenn die Europäische Gemeinschaft wirklich zwischen den Blöcken stünde, würde es keinen Grund geben, warum Schweden oder Österreich nicht Mitglieder werden können. Deshalb halte ich die Formulierung unseres Themas nicht für korrekt. Meine beiden Vorredner haben im wesentlichen einige Thesen über das Verhältnis der künftigen Gemeinschaft einerseits zu den Vereinigten Staaten und andererseits zur Sowjetunion aufgestellt. Dazu will ich mich nicht äußern, auch nicht zur Sicherheitskonferenz und schon gar nicht zur Verteidigungspolitik. Ich will mich ausschließlich mit der jetzigen Gemeinschaft befassen. Sie werden es vielleicht begrüßen, wenn ich mich auf unsere Vorstellungen und Hoffnungen als Engländer im Hinblick auf die Gemeinschaft beschränke, an deren Schwelle wir stehen. Wir unternehmen jetzt einen Schritt, der in unserer Geschichte von enormer Bedeutung ist und der Änderungen mit sich bringt, die für uns neu und sehr wichtig sind.

Wir sind beinahe in der Gemeinschaft, aber noch nicht ganz. Daher wird es für eine bestimmte Zeit notwendigerweise noch gewisse Unterschiede geben zwischen unserem Standpunkt der Gemeinschaft gegenüber und den Standpunkten anderer Länder. Diese Unterschiede könnten für eine ganze Weile wichtig bleiben, wichtig für uns, wichtig vielleicht auch für die anderen Gemeinschaftsmitglieder.

Die Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz

Als Ausgangspunkt für eine Betrachtung der jetzigen Gemeinschaft vom englischen Standpunkt aus scheint mir eine Untersuchung der Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz geeignet zu sein. Die Ergebnisse der Konferenz sind hier und da kritisiert worden, und die Kritik war bis zu einem gewissen Grad auch gerechtfertigt. Trotzdem halte ich das Resultat der Gipfelkonferenz als Ganzes keineswegs für schlecht. Im Gegenteil, das Kommunique, das nach der Konferenz herausgegeben wurde, ist für die Zukunft verheißungsvoll. Es beschreibt ein Programm für die Gemeinschaft, das im großen und ganzen zu begrüßen ist und große Fortschritte zeigt. Ich glaube, daß der Wille vorhanden ist, die verschiedenen, teilweise neuen Perspektiven, die im Kommunique umrissen sind, durchzuführen. Ich bin nicht so optimistisch zu meinen, das könne alles innerhalb der vorgeschlagenen Zeit zustande kommen. Dennoch wird sicher vieles im Sinne dieses Kommuniques in den nächsten 3, 4, 5, 10 Jahren geschafft werden.

Kritik am Begriff der Europäischen Union

Ich beginne mit einer kleinen Kritik. Ich habe es ein wenig bedauert, daß der ziemlich vage Ausdruck von der Europäischen Union so im Vordergrund der Entscheidungen der Konferenz steht. Was bedeutet dieser neue Begriff der Europäischen Union, die am Ende der Dekade zustande gebracht werden soll? Ich meine, er bedeutet so ziemlich gar nichts, ich halte ihn für einen rein rhetorischen Ausdruck und für nicht viel mehr. Präsident Pompidou hat vor ein paar Tagen am Ende einer der wöchentlichen Sitzungen des französischen Ministerrates selber gesagt, daß absichtlich diese vage Formel gewählt wurde, um nutzlose und paralysierende Debatten zu vermeiden. Natürlich mußte man diese Debatten auf der Gipfelkonferenz vermeiden.

Wenn diese Formel wirklich nichts bedeutet, dann bedaure ich trotzdem, daß man sie gebraucht hat, weil die nutzlosen und paralysierenden Debatten nunmehr anderswo anfangen, insbesondere bei uns in England. Jetzt werfen alle Gegner - und es gibt bei uns immer noch viele und starke Gegner gegen unsere Mitgliedschaft - unserer Regierung vor, sie habe Einrichtungen akzeptiert, die weit über das hinausgehen, was das Parlament in den langen und schweren Ratifizierungsdebatten feierlich angenommen hat. Das ist aber nicht der Fall; denn man hat lediglich beschlossen, die Gemeinschaft am Ende dieser Dekade - wie immer sie dann aussieht - mit dem Titel einer Europäischen Union zu taufen. Es ist keine neue Verpflichtung damit verbunden; dennoch gibt das bei uns Anlaß zu schwerer und in diesem Augenblick gefährlicher Kritik.

Parallele Entwicklung auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet

Jetzt komme ich zu den Erfolgen der Gipfelkonferenz, und die scheinen mir nicht gering zu sein. Das Programm für die künftige Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion dürfte auf dieser

Konferenz konkreter und besser geworden sein. Die Vorstellung einer parallelen Entwicklung auf wirtschaftlichem und monetärem Gebiet ist außerordentlich wichtig. Giscard d'Estaing hat vor kurzem gesagt, es sei ein großer Vorteil, daß der Streit zwischen den Ökonomen und den Monetaristen ein Ende gefunden habe. Ob er wirklich beendet ist, bleibt abzuwarten; aber im Augenblick sieht es jedenfalls so aus, und das ist ein Fortschritt. Auch die Feststellung im Kommuniqué, daß die Währungsparitäten zwar grundsätzlich fest bleiben, aber auch veränderbar sind, ist eine begrüßenswerte Anerkennung der Wirklichkeit. In der Tat setzt aber die Schaffung einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion einen Grad von politischer Integration voraus, den die Gemeinschaft noch lange nicht erreicht hat. Deshalb ist es positiv, daß man im Kommuniqué diese Formulierung gefunden hat.

Betonung der regionalen Politik

Vom englischen Standpunkt aus ist es außerdem zu begrüßen, daß der Begriff des parallelen Fortschritts in der Gemeinschaft künftig eine bessere regionale Politik ermöglichen wird, als es bisher der Fall war. Das haben wir in England immer für notwendig gehalten. Hinzu kommt die Gründung des regionalen Fonds, dessen Ausgaben aus den eigenen Ressourcen der Gemeinschaft stammen werden. Das wird bei uns in England gutgeheißen, aber ich hoffe, daß wir Engländer uns dabei keinen Illusionen hingeben werden.

Erstens wird dieser Fortschritt sicher nur langsam vor sich gehen; denn die Ausgaben der Gemeinschaft für die regionale Politik werden nicht schnell in die Höhe gehen. Sie werden noch lange nicht anderen Ausgaben gleichstehen. Zweitens müssen wir in England anerkennen, und das tun wir auch, daß wir keineswegs die einzigen Mitglieder der erweiterten Gemeinschaft sind, die regionale Probleme haben. Trotzdem ist das für uns ein sehr wichtiger Punkt. Wie Sie alle wissen, war für uns in den Verhandlungen über unseren Beitritt der komplizierteste und schmerzlichste Punkt unser Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt. Obwohl mit einer regionalen Politik nicht automatisch ein Ausgleich erreicht wird, schafft sie dennoch eine Basis für eine künftig größere Gerechtigkeit in den Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes.

Neu ist der Paragraph des Kommuniqués über die Sozialpolitik. Die Gemeinschaft bringt darin zum Ausdruck, daß sie der sozialen Politik ebensoviel Bedeutung beimißt wie der Wirtschafts- und Währungsunion.

Auf diesem Gebiet gibt es viele gute Entwicklungsmöglichkeiten, die auch für uns in England wichtig sind. Ich begrüße es, daß im Kommuniqué so viel Wert auf diese These gelegt wurde.

Die verschiedenen Paragraphen über industrielle, wissenschaftliche und technologische Politik enthielten dagegen nichts Neues. Vielleicht gibt das Kommuniqué aber einen neuen Impuls in dieser Richtung.

In den Paragraphen über die Außenbeziehungen der Gemeinschaft fand ich ebenfalls wichtige Fortschritte und begrüßenswerte Formulierungen, besonders was die Entwicklungshilfe angeht. In dieser Hinsicht war im Kommuniqué durchaus etwas Revolutionäres enthalten. Schritt um Schritt soll die Gemeinschaft eine Entwicklungspolitik auf weltweiter Basis angehen. Das wird zwar nur langsam geschehen, trotzdem halte ich es für eine begrüßenswerte Entwicklung.

Auch das Versprechen, jetzt in konstruktivere Dialoge mit den Vereinigten Staaten, Japan und Kanada einzutreten, ist wichtig; da schließe ich mich den Ausführungen von Herrn Dahrendorf gerne an. Außerdem hat man sich verpflichtet, daß die Gemeinschaft ihre globalen Vorbereitungen für die neue GATT-Runde bis zum 1. Juli 1973 abgeschlossen haben muß. Nichts ist wichtiger für die Gemeinschaft, für uns alle, als daß diese neue GATT-Runde bald beginnt, nicht zu lange dauert und erfolgreich endet.

Gemeinsame Außenpolitik

Der nächste Punkt ist die gemeinsame Außenpolitik. Hier bin ich immer etwas überrascht über den Wert, den die Gemeinschaft auf die Ausarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik legt; denn die hat sie doch im großen Maße schon. Die Außenminister sollen jetzt viermal im Jahr statt zweimal zusammentreffen. Ich weiß nicht, warum. Worüber sollen die armen Außenminister bei diesen Begegnungen sprechen? Denn die gemeinsame Außenpolitik ist im großen und ganzen in den bestehenden Errungenschaften der Gemeinschaft schon vorweggenommen. Die Gemeinschaft hat eine Zollunion, sie hat eine gemeinsame Agrarpolitik, sie tritt im GATT und zunehmend auch im internationalen Währungsfonds als Einheit auf. Sie wird eine gemeinsame Politik der Entwicklungshilfe ausarbeiten. Das macht den Inhalt von, sagen wir, 80 Prozent Außenpolitik eines jeden Landes aus. Übrig bleibt natürlich das Gebiet der Verteidigung, die sicher den Vorrang hat. Aber von der

Verteidigungspolitik abgesehen, habe ich das Gefühl, daß die Europäische Gemeinschaft bereits eine gemeinsame Außenpolitik durch ihre wirtschaftlichen Regelungen entwickelt hat.

Als letzten Punkt des Kommuniqués möchte ich den Hinweis auf Paragraph 235 des Römervertrages erwähnen.

Das Problem der institutionellen Weiterentwicklung

In der Frage der Institutionen hat die Gipfelkonferenz sicher nicht viel geleistet. Aber wer etwas anderes erwartet hat, der kennt seine neun Regierungen nicht sehr gut. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Institutionen muß ich auch auf unsere besondere britische Lage zurückkommen. Im Laufe der langen Verhandlungen wurden wir recht dringend gebeten, die Gemeinschaft so anzunehmen wie sie ist. Die Annahme der Gemeinschaft, so wie sie ist, schließt ihren modus operandi mit ein. Das haben wir akzeptiert, und deshalb ist es kaum zu erwarten, daß wir in den ersten Monaten, vielleicht in den ersten Jahren sozusagen die Vorläufer in den gemeinsamen Bestrebungen sein werden, den modus operandi, die Institutionen der Gemeinschaft, zu verbessern.

Auf jeden Fall brauchen die neuen Mitglieder der erweiterten Gemeinschaft eine gewisse Zeit. Wir müssen Erfahrungen gewinnen und erst einmal lernen, wie es eigentlich ist, in der gegenwärtigen Gemeinschaft zu sein, bevor wir darangehen können, eine neue Gemeinschaft zu entwickeln, die sich mit der Zeit bestimmt ändern wird; das wollen wir auch. Aber wir brauchen Zeit, uns an die jetzige anzupassen. Ich bin der Meinung, daß die Gemeinschaft ganz anders aussieht, je nachdem, ob man drinnen oder draußen ist. Bisher sind wir draußen gewesen. Für Außenstehende erscheint die jetzige Gemeinschaft, so wie sie ist, im höchsten Grade entwicklungs- und fortschrittsfähig; wir haben nicht das Gefühl, daß sie festgefahren ist. Man hört oft von den ungeduldigeren Europäern, von den Idealisten unseres Europa, die Gemeinschaft sei festgefahren, es könne nicht weitergehen, bis zum Beispiel im Ministerrat Mehrheitsbeschlüsse die Regel sind oder das europäische Parlament direkt gewählt wird. Aber für den Außenstehenden erscheint die Gemeinschaft alles andere als paralysiert zu sein. Mein Vorwurf gegen die Gemeinschaft war in den langen Verhandlungen nicht, daß sie in den letzten Jahren zu wenige Beschlüsse gefaßt hat, sondern zu viele.

Mehrheitsbeschlüsse und Direktwahlen zum Europäischen Parlament

Noch ein paar Worte zu den Mehrheitsbeschlüssen und zu den Wahlen zum Europäischen Parlament. Ich habe persönlich nichts dagegen, daß der Ministerrat rasch im Sinne einer Erweiterung der Mehrheitsbeschlüsse fortschreitet. Aber ich bin der Meinung, daß nichts die Gemeinschaft schneller in Unordnung bringen könnte, als wenn man in dieser Richtung Druck ausüben würde. Das muß allmählich und darf nicht überhastet geschehen. Wir haben in den Verhandlungen feierlich angenommen - das lag durchaus in unserem Sinne;-, daß die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten nicht vernachlässigt werden dürfen. Die jetzige Art der Gemeinschaftsmethode muß beibehalten werden, möglichst alle Interessen auszugleichen und in diesem Sinn langsam vorwärts zu gehen.

Was das Parlament angeht, so kann ich auf das Beispiel Englands verweisen. Natürlich enthält der Vertrag die Verpflichtung, daß eines Tages das Parlament direkt gewählt wird; wann, wird nicht gesagt. Wenn daran schnell etwas geändert wird, könnte sich das für uns in England verheerend auswirken. Wie Sie alle wissen, war das Parlament von unserer Regierung nicht leicht zu überzeugen, daß wir in die Gemeinschaft eintreten und den Vertrag ratifizieren sollen. An die hundertmal mußte im Parlament abgestimmt werden. Manchmal verringerte sich die Mehrheit der Regierung bis auf vier Stimmen, häufig betrug sie weniger als zehn Stimmen. In unserem Parlament besteht eine große, bittere Kluft über unseren Beitritt zur Gemeinschaft.

Man hat früher oft gesagt, daß ein deutscher Professor Gott ähnlicher sei als andere Menschen. In dieser Hinsicht sind deutsche Professoren aber kleine Anfänger gegenüber englischen Abgeordneten. Was wäre die Konsequenz, wenn plötzlich von denselben Wählern 36 separate Abgeordnete gewählt und nach Straßburg geschickt werden, um uns im Europäischen Parlament zu vertreten? Diese 36 direkt gewählten europäischen Abgeordneten würden notgedrungen Europäer sein, das wäre ihr Beruf, ihre raison d'être. Das eigentliche britische Parlament würde gegenüber diesen 36 Abgeordneten eine scharfe Rivalität empfinden; die Folge wäre, daß das englische Parlament weniger europäisch werden würde, als es heute ist. Deshalb halte ich es für wichtig, daß noch für eine lange Zeit unsere Vertreter im Europäischen Parlament Mitglieder des eigenen Parlaments bleiben und nicht separat direkt gewählt werden.

Ich bin sehr dafür, daß man dem Europäischen Parlament größere Befugnisse und mehr Verantwortung gibt; Mr. Heath und seine Regierung haben ganz recht, wenn sie sagen, daß es auf diesen Punkt ankommt und nicht auf die Methode, wie die Mitglieder dieses Parlaments gewählt

werden. Hier stimme ich mit dem Raport Vedel weitgehend überein, der dem Europäischen Parlament gewisse, vielleicht bescheidene, neue Befugnisse geben will. In dieser Richtung sollten wir vorwärtsgehen und nicht so sehr in Richtung einer überhasteten Änderung der Wahlmethoden für die europäischen Abgeordneten.

Zurückhaltung in der Kritik an der Gemeinschaft

Schließlich will ich noch ein paar Worte über den Unterschied zwischen der wirklichen und der idealen Gemeinschaft sagen. Dabei spreche ich die Überzeugung aus, daß die wirkliche, die bestehende Gemeinschaft bereits Phantastisches geleistet hat und noch viel mehr tun kann. Wie es in einem Sprichwort heißt, ist das Bessere des Guten Feind. Deshalb möchte ich einen kleinen Appell an die Freunde in anderen Gemeinschaftsländern richten. Man hört von bedeutenden Vertretern der jetzigen Gemeinschaftsländer häufig Kritik an der Gemeinschaft, und zwar oft sehr kluge, überzeugende und gut begründete Kritik. Aber ich glaube, daß diese Kritik in vielen Fällen ein Luxus ist, den sich nur die leisten können, die schon 15 Jahre der Gemeinschaft angehören. Diese Gemeinschaftsmüdigkeit, die in Europa heute sehr oft zum Ausdruck kommt, scheint mir ein wenig oberflächlich zu sein, und für uns in England kann sie gefährlich werden.

Kirchschläger

Während sich Herr Dahrendorf und Herr Brunet mehr auf die Außenbeziehungen der Gemeinschaft konzentrierten, hat sich Sir Con stärker mit deren innerer Entwicklung beschäftigt. Ich meine, daß beide Seiten eng zusammengehören, da die Fähigkeit, nach außen zu wirken, auch von der inneren Entwicklung abhängt.

Ich halte es für notwendig, daß wir für die Diskussion zunächst eine gemeinsame Auffassung darüber erzielen, wie wir das vorgegebene Thema interpretieren; denn sonst operieren wir unter Umständen mit mißverständlichen Begriffen. Was ist unter dem "erweiterten Europa" zu verstehen? Ist damit das Europa der Neun gemeint? Oder gehören dazu auch jene, die am 22. Juli die sogenannten FHZ-Verträge unterzeichnet haben? Hier muß ich Herrn Dahrendorf enttäuschen: Ich werde ihm nicht widersprechen, wenn er sagt, daß der 22. Juli ebenso wichtig ist, wie der 22. Januar.

Bei dem Begriff des erweiterten Europa müssen wir uns darüber klarwerden, daß er in Wirklichkeit nicht eine Erweiterung, sondern eine Einschränkung darstellt; denn er umfaßt nicht das ganze Europa. Ich wehre mich immer dagegen, daß Europa 60 km östlich von Wien aufhören soll. Wir würden mit einem solchen Europabegriff zumindest den Menschen, die nicht im "erweiterten Europa" leben, unrecht tun und ihnen viele Erwartungen und Hoffnungen nehmen.

Was den Begriff "Block" betrifft, so hat Herr Dahrendorf dafür auch das Wort "Einflußsphäre" verwendet. Vielleicht ist mit dem Titel überhaupt gemeint, daß das Verhältnis des erweiterten Europa zu anderen wirtschaftlichen und politischen Gruppierungen erörtert werden soll. Ich weiß nicht, ob wir auf die Nord-Süd-Richtung, die Herr Körber angesprochen hat, nämlich auf die Beziehung Europas zu den Entwicklungsländern, und zwar nicht nur zu jenen, die in einem Assoziationsverhältnis zu den Gemeinschaften stehen, ganz verzichten können. Denn die Entwicklungsländer sind nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern sie können in Zukunft auch eine starke politische Kraft darstellen.

Ich bin auch nicht sicher, ob es möglich sein wird, wie Herr Körber meinte, daß wir uns nicht mit Ideologie befassen sollten. Denn mitunter ist die Ideologie das einzige, was manche Staaten mit dem erweiterten "Kerneuropa" verbindet. Ich denke etwa an Österreich, die Schweiz und Schweden, die sich immer diesem Kerneuropa zugehörig gefühlt haben, auch wenn sie sich in ihren staatlichen Beziehungen zu einer Politik und zu einem rechtlichen Status der immerwährenden Neutralität bekennen.

Daran anschließend könnten wir uns auf die Beziehungen des erweiterten Europa zu den Vereinigten Staaten von Amerika, zur Sowjetunion und zu den anderen COMECON-Staaten konzentrieren.

Die Beziehungen zu China und zu Japan sollten wir zunächst vernachlässigen, weil wir sonst zu breit ansetzen. Das Verhältnis zu China scheint mir momentan davon bestimmt zu sein, daß China die europäische Integration einfach deshalb befürwortet, weil die Sowjetunion dagegen ist. Ich könnte mir vorstellen, daß China, wenn es sich wirtschaftlich einmal in einer anderen Situation befindet als heute und das Konkurrenzverhältnis gegenüber dem erweiterten Europa deutlich spüren wird, dann auch jene Reserven an den Tag legt, die die Sowjetunion gegenwärtig zeigt. Bei dem Verhältnis zu Japan liegt der Akzent stärker auf der wirtschaftlichen als auf der politischen Entwicklung.

Wenn wir uns die Außenbeziehungen ansehen, werden wir uns auch mit der Verantwortung der Europäischen Gemeinschaft für jene anderen europäischen Staaten befassen müssen, die wir selbst

bei einer sehr extensiven Auslegung des Begriffs "erweitertes Europa" nicht dazuzählen können oder in deren Interesse nicht dazuzählen dürfen.

von Simson

Herr Dahrendorf hat gesagt, die Beziehungen der Staaten zueinander seien so vielfältig und fänden auf so verschiedenen Ebenen statt, daß die Blockvorstellung eine unzulässige Vereinfachung darstelle. Das ist zwar in vieler Hinsicht zutreffend. Aber gerade wegen der Vielfalt und Universalität der Probleme sowie wegen der fehlenden Strukturen auf der weltpolitischen Ebene sind Blöcke nötig, die ich in diesem Sinne als Verantwortungsböcke bezeichnen würde. Denn nur so sind völkerrechtliche Subjekte denkbar, die vertragliche Vereinbarungen übernehmen.

Beim Konzept des crisis management zum Beispiel weiß jeder, daß er für einen bestimmten Bereich die Verantwortung trägt und sich darauf verlassen kann, daß der andere das als Gegenleistung auch in seinem Bereich tut. Solche Strukturen sind noch nicht entbehrlich, und in diesem Sinne können wir auf die Vereinfachung, die der Begriff Block darstellt, nicht verzichten. Nimmt die Gemeinschaft den Mitgliedsstaaten diese Kompetenz zu gegenseitigem Handeln fort, ohne sie selbst als gemeinsame Einheit auszuüben, so fällt eine wesentliche politische Verantwortung ins Leere.

Kogon

Was Sie meinen, sind Machtzentren mit Machtverantwortlichkeiten; während Herr Dahrendorf so zu verstehen ist, daß dynamische Offenheit, und zwar nach allen Seiten hin, entscheidend ist. Ich sehe da keinen Gegensatz.

Zellentin

Meines Erachtens kann man den Begriff der Einflußsphäre nicht einfach fallenlassen, wie es Herr Dahrendorf vorgeschlagen hat. In der Politik hat die Perzeption nun einmal genausoviel Gewicht, wie ein objektiver Tatbestand. Perzipiert wird in der Welt zum Beispiel, daß die Europäische Gemeinschaft sich einen Einflußbereich schafft, der vom Nordkap bis zum Mittelmeer reicht. Daß die Europäische Gemeinschaft das mit Vorbedacht plant, hat Herr Dahrendorf allerdings bestritten. Man kann aber nachweisen, daß die Europäische Gemeinschaft zum Beispiel im Mittelmeer mit ihrer Präferenzpolitik die Nachfolge derjenigen Staaten antritt, die dort in der Vergangenheit politische und wirtschaftliche Stabilität herstellen wollten. Dies ist für mich ein Beweis für die Intention, Einflußsphären aufzubauen.

Kogon

Blöcke sind größere geschlossene Einheiten, und zwar in jeder Hinsicht: wirtschaftlich, politisch und ideologisch. So sind sie nach dem zweiten Weltkrieg aufgebaut worden. Der Westblock und der Ostblock hatten sich gegenseitig so weit abgeschlossen, daß man sogar persönlich diffamiert wurde, wenn man zum anderen Teil Beziehungen hatte. Das ist doch ein Kennzeichen der Blockbildung.

Demgegenüber befürwortet Herr Dahrendorf eine dynamische Offenheit, die sowohl den Rückzug wie auch das Vordringen erlaubt. Das würde ich als Einflußsphäre im europäischen Bereich bezeichnen. Nur bin ich nicht sicher, daß das gerade vom Nordkap bis nach Afrika reicht; denn dort wirken sich auch die Interessen der anderen Machtzentren, nämlich der Sowjetunion und der USA, aus. Herr Dahrendorf stellt sich Europa offensichtlich als eine Einheit vor im Sinne eines denkenden und handelnden Subjekts, das sich aber nicht nach außen abschließen darf. Das Besondere an dieser europäischen Einheitsvorstellung drückt sich in bestimmten materiellen, geistigen und damit auch politischen Interessen aus. Daraus ergeben sich Einflußansprüche, die aber keine Rechtsansprüche sind.

Kirchschläger

Wenn die erweiterte Gemeinschaft für sich in Anspruch nimmt, in irgendeiner Form ein Block zu sein, dann frage ich mich, wie das Wort "zwischen" zu verstehen ist. Denn diesem Block der Europäischen Gemeinschaften stehen die Vereinigten Staaten sehr nahe oder sind sogar - zum Beispiel im militärischen Bereich - ein Teil desselben.

Kogon

Als nach dem letzten Weltkrieg lange Zeit die zwei Blöcke die Welt beherrschten, hat man den Gedanken vertreten, Europa könne ein relativ neutraler dritter Block werden, der zwischen den beiden anderen Blöcken ausgleiche. Herr Dahrendorf will mit dem Begriff des dynamischen offenen Systems

genau das Gegenteil davon. Seine Parole lautet: Laßt uns zwischen dem, was von den Blöcken noch vorhanden ist oder schon wieder entstanden sein sollte, die neuen Notwendigkeiten der Welt erfüllen!

Er hat unter anderem auf die Gefahr hingewiesen, daß man sich im Osten mit zunehmender politischer und wirtschaftlicher Integration des Westens wieder gegen gewisse Tendenzen in den osteuropäischen Ländern wenden könnte. Er hat das am Beispiel Jugoslawien deutlich gemacht. Das gilt auch für andere Länder. Es könnte sein, daß in der Sowjetunion eine rückläufige Tendenz in dem Augenblick einsetzt, wenn die Sicherheitskonferenz keine greifbaren Resultate zeitigt.

Was bedeutet es noch, wenn die Sowjetunion dagegen ist, daß COMECON und EWG miteinander Verträge abschließen? Die Bilateralität, für die die Sowjetunion eintritt, ist nicht aufrechtzuerhalten, wenn wir ab 1. Januar 1973 in der EWG eine gemeinsame Handelspolitik haben. Es kann aber auch sein, daß dieser Prozeß sehr schnell umschlägt und die Sowjetunion das COMECON als ein Kontrollinstrument gegenüber Separattendenzen der Rumänen, der Ungarn und so weiter benutzt. Das würde eine Rückkehr zum Blockdenken bedeuten.

Dagegen müßte Europa auftreten, indem es die Kooperation auch über die Konferenz hinaus verlangt. Warum sollte es zum Beispiel nicht gelingen, daß sich die EWG in die Pläne der Sowjetunion in Sibirien einschaltet, so wie es Japan und Schweden bereits tun? Heute hegt die Sowjetunion davor noch starke Befürchtungen.

"Zwischen den Blöcken" heißt: Wir, die nicht total formierten Dritten, gehen mit einem eigenen Selbstbewußtsein, das sich aus unseren Interessen ergibt, über die Blöcke hinaus.

Sombart

Die erweiterten Europäischen Gemeinschaften sind nicht identisch mit einem erweiterten Europa. Wenn Herr Kirchschräger von einer möglichen "europäischen Kooperation" gesprochen hat, dann bringt er damit offenbar einen anderen Europa-Begriff ins Spiel als den, der mit der EWG verbunden ist - eine andere Formation, die einer anderen Konzeption entspricht. Ich meine die "Gesamteuropäische Ordnung", die alle europäischen Staaten umfaßt, während auch die "erweiterte" Europäische Gemeinschaft immer nur ein Teil Westeuropas bleibt. Wir können dieses gesamteuropäische Konzept nicht ignorieren.

Die Europäische Sicherheitskonferenz wird stattfinden. Welche Bedeutung ist den aus ihr wahrscheinlich hervorgehenden Kooperationsansätzen zuzumessen?

Aus der Perspektive von Helsinki ist die erweiterte Europäische Gemeinschaft zwar zu einer Realität, aber nicht der Garant einer europäischen Friedensordnung geworden. Im Gegenteil. Es gibt immerhin Stimmen, die vor einer neuen Supermacht mit gefährlichen Hegemonialtendenzen warnen und die dem Europa des "Großkapitals, der Rüstungsindustrie und der Großmachtstrategen" ein "sozialistisches Europa der werktätigen Massen" gegenüberstellen.

In diesem Kreise gehen wir wie selbstverständlich davon aus, daß es keine europäische Alternative zu der erweiterten EWG gibt. Das Nein Norwegens sollte uns nachdenklich stimmen. Es gibt eine Opposition zu unserer Auffassung, nicht nur in Osteuropa, sondern auch bei uns, und man könnte bedauern, daß diese Opposition nicht an diesem Tische ihren Sprecher hat.

Dondelinger

Die Terminologie von den Blöcken muß in der Tat im Hinblick auf das, was in den nächsten Jahren politisch und wirtschaftlich geschehen kann, neu überdacht werden. Hat sich in der Wirklichkeit nicht schon ein neues Phänomen entwickelt, für das man eine neue Terminologie finden muß, die von Polyzentrismus, von neuen politischen Schwerpunkten oder gar von neuen Entscheidungszentren in der Welt spricht.

Europa will und darf sich nicht als ein Block definieren. Es muß sich aber im Weltgeschehen als einer der Schwerpunkte begreifen und auch irgendwie organisieren.

Stehlin

Bei jeder Regierungserklärung in Frankreich sagt unser Außenminister, daß die Regierung gegen die Politik der Blöcke sei. Darunter versteht man einen Ostblock und einen Westblock. Für mich gibt es nur den Ostblock. Mit anderen Worten: Es ist Rußland, das andere Länder zwangsweise hinzugezogen hat.

Im Westen dagegen haben wir ein freies Bündnis, eine Allianz freier Länder, aus der jeder ausscheiden kann, wann er will. Beispiele dafür hat es, wie Sie wissen, gegeben.

Wenn man also die Bezeichnung "Blöcke" so versteht, wie die französische Außenpolitik, dann bleibt sehr wenig für ein "zwischen". Nur einige Länder, die unabhängig geblieben sind, wie Österreich, die Schweiz und wenige andere, können dazu gezählt werden. Wir sollten die Frage klären, warum wir das erweiterte Europa anstreben und wie seine Außen- und Verteidigungspolitik aussehen müßte.

Dahrendorf

Ich habe das Thema unter dem Eindruck einer Reihe von Äußerungen formuliert, die Präsident Nixon und sein Berater Kissinger über die neue Welt, in der wir leben, gemacht haben, nämlich die Welt der fünf Blöcke.

Dies ist ein neues Thema der weltpolitischen Diskussion. Das, was für mich dahinter steht, ist weit mehr als die alte Vorstellung von Ostblock, Westblock und von Verteidigungsblöcken. Wenn ich das Wort "zwischen" verwendet habe, dann will ich damit zum Ausdruck bringen, daß Europa dieses Spiel nicht mitspielen will und nicht mitspielen darf.

Ich habe das Thema so gemeint: Welche Rolle hat Europa in einer Welt zu spielen, die sich offenbar neu formiert. In dieser Welt stimmen gewisse für uns schon halb klassische Vorstellungen nicht mehr. Wir müssen uns daher überlegen, was wir zur Lösung der Probleme beitragen können. Meine Antwort ist: Europa hat die große Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Kompliziertheit und, wenn Sie so wollen, die Subtilität der internationalen Beziehungen eher vergrößert als verringert wird. Wir dürfen also gerade nicht zurückkehren zu einer Formierung, die sich mit dem Ausdruck Polyzentrismus beschreiben läßt, wobei man am Ende 5, 7 oder 8 Zentren hat. Vielmehr stellen sich verschiedene politische Probleme, die nur weltweit zu lösen sind.

Die Kompliziertheit beginnt schon mit Europa selbst. Es gibt europäische Länder, die wollen und können Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Mit "können" meine ich: sie sind demokratisch, entwickelt und europäisch. Diese Länder - es sind jetzt neun - haben sich zur Mitgliedschaft entschlossen. Da stellen sich schon zahlreiche Probleme. Hier hätte ich eine Reihe von Fragen an Sir Con O'Neill. Ich halte zum Beispiel die Europäische Union für einem sehr guten Begriff. Ich bin nicht der Meinung, daß er in Großbritannien viel Schaden anrichten kann.

Dann gibt es die Länder, die könnten Mitglieder werden, aber sie wollen es nicht. Das sind jene Rest-EFTA-Länder - übrigens ein schrecklicher Ausdruck, den wir da verwenden, Herr Kirchschräger, der vor allem in der Schweiz - ich weiß nicht wie es in Österreich ist - viel Widerstand hervorruft, weil in ihm so einiges an Untertönen steckt. Das Problem in unserem Verhältnis zu diesen Ländern liegt darin, eine gemeinsame Lösung zu finden, die der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und zum Teil auch der politischen Ordnung dieser Länder entspricht, ohne eine Situation zu schaffen, in der diese Länder zwar draußen, aber abhängig sind.

Weiter gibt es Länder, die wollen gerne Mitglieder werden, können es aber nicht, weil sie entweder nicht demokratisch oder nicht entwickelt und in einem Fall auch nicht europäisch sind. Hier stellen sich besondere Probleme, nämlich die unserer Mittelmeerpolitik. Das ist das Verhältnis zu Spanien, zur Türkei, zu Griechenland, zu Portugal und in einem bestimmten Sinne das Verhältnis zu Israel. Ich will hiervon Australien einmal absehen, obwohl ich gehört habe, daß man dort eigentlich demokratisch und entwickelt sei, streng genommen auch europäisch und deshalb nicht verstehe, warum man für den geographischen Zufall bestraft werde, etwas weiter weg zu liegen als die anderen Länder.

Was in diesem Zusammenhang die Vereinigten Staaten angeht, so verstehe ich nicht, warum die Amerikaner heute so simplifizieren. Sie sagen uns: Wenn Ihr im Mittelmeerraum wirtschaftlich etwas tun wollt, dann übernehmt auch die ganze Verantwortung. Das verstehe ich nicht. Warum kann man da nicht eine sinnvolle Arbeitsteilung entwickeln? Ich bin kürzlich in der "Financial Times" für etwas zitiert worden, was ich nicht gesagt habe; es hieß dort, ich erwarte jeden Tag den Antrag der 6. Flotte auf die Mitgliedschaft in der EWG. Es ist gerade umgekehrt. Die Amerikaner haben zu mir gesagt: "Warum macht Ihr nicht die 6. Flotte zum Mitglied; denn Ihr wollt doch, daß sie ständig im Mittelmeer bleibt. Wenn jemand ständig im Mittelmeer ist, sollte er Mitglied werden können." Das finde ich wenig subtil. Ich sehe darin einen Fall von Blockdenken, den wir nicht unterstützen sollten.

Schließlich gibt es Länder, die nicht Mitglieder werden können und es auch nicht wollen. Das trifft auf unser Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu.

Wie Europa sich in einer komplizierten Welt definiert, kann sich schon hier bewähren. Ich bin auch in diesem Punkt der Meinung, daß wir keine allzu präzise Definition suchen sollten, die uns nicht

weiterhilft. Wir sollten lieber Probleme in den verschiedenen Bereichen zu lösen versuchen. Europa hat in dieser immer noch zur Vereinfachung neigenden Welt seine besondere Rolle gerade darin, daß es eben nicht vereinfacht, sondern in der ganzen Komplexität der Probleme mitspielt und zu Lösungen beitragen will.

Zellentin

Steht das, was Sie eben gesagt haben, Herr Dahrendorf, nicht im Widerspruch zu Ihrem Ruf nach dem großen Förderator für das erweiterte Europa, der wie Sie sagten, unter Umständen in dem amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus zu sehen sei? Kommt auf diese Weise nicht das alte Blockdenken wieder ins Spiel?

Dahrendorf

Für mich bedeutet die Notwendigkeit, daß wir in Europa im Bereich der Länder, die Mitglieder der Gemeinschaft werden können und wollen, gemeinsam handeln, eine politische Forderung. Diese Forderung begründe ich sowohl aus dem Handeln der Vereinigten Staaten als auch dem der Sowjetunion; vor allem aber aus der Unfähigkeit der mittleren und kleineren Staaten in Europa, nach innen und nach außen ihre Probleme überhaupt anzupacken.

Mit Ihrer Frage zweifeln Sie praktisch die Europäische Gemeinschaft als solche an. Ich glaube nicht, daß ein einzelner Mitgliedstaat der Gemeinschaft in der Lage wäre, einen wesentlichen Beitrag zu den subtilen, weltweiten Beziehungen zu leisten. Der Förderator ist für mich der Zwang, ein paar Schritte weiter zu gehen im gemeinsamen Handeln Europas. Im Hinblick darauf bin ich übrigens nicht ganz so zufrieden wie Sir Con O'Neill.

Zellentin

In den 50er Jahren verstand Jean Monnet unter dem Förderator die Außengruppe, gegen die man sich durch Zusammenrücken und Integration absetzt. Wenn Sie heute eine Außengruppe, gebildet aus Sowjetunion und USA, postulieren, kann das doch nichts anderes bedeuten.

Dahrendorf

Ich postuliere nicht. Es gibt auch den Druck, der von einem Zusammenwirken der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beispielsweise durch das Handelsabkommen ausgeht. Das ist aber nicht die entscheidende Kraft, die Europa zusammenbringt, sondern nur ein Element in dieser Situation.

Kogon

Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß es heute machtmäßig sehr unterschiedlich organisierte Weltregionen gibt. Einige davon sind erst in Umrissen sichtbar, und ob sie in der Geschichte zur Ausprägung kommen, wissen wir nicht. Solche Regionen sind Lateinamerika, Afrika oder Südostasien. Immerhin sind solche organisierten Machtzentren mit verschwimmenden Einflußgrenzen faktisch vorhanden. Darunter sind die aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges hervorgegangenen beiden Hegemonialmächte noch immer die stärksten. Es ist also eine Abschattierung in der Macht festzustellen, aber die Konturen werden sichtbar.

Zu diesen Regionen gehört auch das gemeinschaftlich organisierte Europa. Dabei gibt es Interessenübereinstimmungen zwischen dem schon vergemeinschafteten Europa und jenen Staaten, die sich mehr oder minder zugehörig fühlen, aber nicht an dieser Organisation teilnehmen. Sowohl das engere wie das weitere Europa nehmen ununterbrochen Einfluß auf die anderen Regionen, die noch nicht organisiert, vielleicht auch nie voll zu organisieren sind.

Ich lehne allerdings wie Herr Dahrendorf den von de Gaulle geprägten Begriff des Polyzentrismus als zu vage ab; denn darin kommt nur wieder die alte Nationalstaatlichkeit zum Vorschein. Aber wenn wir diesen Begriff ablehnen, müssen wir doch irgendeine Bezeichnung der jetzt gegebenen Realität akzeptieren.

Tatu

Es gibt - wie Herr Dahrendorf gesagt hat - mehrere Ebenen des politischen Verhaltens: Wirtschaft und Währung sowie den politischen und den militärischen Bereich. Diese Ebenen sind von sehr unterschiedlicher Bedeutung. Wenn sich ein Staat zum Beispiel als militärische Macht aufführt, zwingt

er die anderen dazu, sich entsprechend zu verhalten; denn die militärische Ebene drängt sich dem Denken und Handeln der anderen auf.

Europa darf sich zweifellos nicht nur als Handelsmacht begreifen und so tun, als ob militärische Macht und politische Union keine Bedeutung hätten. Anderenfalls ist man gezwungen, sich nach anderen Mächten zu richten. Wenn Europa sich also entscheidet, daß es nicht berufen ist, eine politische oder eine militärische Union zu werden, muß es diese Ebenen anderen Mächten überlassen, das heißt den Vereinigten Staaten. Das führt aber objektiv zu einer Politik der Blöcke, weil man auf diese Weise einen Sicherheitsblock mit den Vereinigten Staaten aufbaut. Man ist gegen die Blöcke und trägt dennoch zur Blockbildung bei, indem sich Europa - ob es das will oder nicht - an einem Block mit den Vereinigten Staaten beteiligen muß.

Europa ist heute nur durch seine ökonomische Stärke ein Machtzentrum. Es hat seine Einflußzone, auch wenn Herr Dahrendorf diesen Begriff ablehnt; es gibt gewissermaßen "Kunden", die ökonomische Hilfe und besondere Beziehungen beanspruchen.

Khol

Geht man von den Tatsachen aus, die dem Mai-Gipfel zwischen Nixon und Breschnew folgen, zum Beispiel dem Handelsvertrag, der Regelung der Vietnam-Frage, ferner, daß sich die beiden Großen in den SALT-Verhandlungen erneut exklusiv treffen, dann steht Europa wohl demnächst einer gemeinsamen Front der beiden alten Supermächte gegenüber, die in einer Art Komplizenschaft auszumünden scheint. Diesen Aspekt präjudiziert man, wenn man, wie Herr Dahrendorf, Europa "zwischen den Blöcken" sieht. Die MBFR-Gespräche deuten in diese Richtung: Dort steht die Block-zu-Block-Diskussion im Mittelpunkt. Die Beteiligung der Flankenmächte ist strittig, die der anderen interessierten Staaten wird verhindert. Ich würde die Interessen der europäischen Kooperation mit diesen Blockbindungen weder identifizieren noch sie unbedingt als gegensätzlich auffassen.

Ich sehe außerdem in den Ausführungen von Herrn Dahrendorf folgenden Widerspruch: Auf der einen Seite setzt er für eine Regelung des europäischen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten das einheitliche europäische Entscheidungszentrum und die einheitliche Stimme Europas voraus. Andererseits beeinträchtigt gerade dieses neu entstehende und sich verstärkende Entscheidungszentrum in immer stärkerem Maße die Öffnung Europas gegenüber dem Osten und, wie sich schon zeigte, auch gegenüber allen anderen Staaten in Europa, die nicht an diesem Entscheidungszentrum des "erweiterten Europa" beteiligt sind. Für viele der im Europarat vertretenen Staaten ist ein solches Zentrum aus den verschiedensten Gründen in der derzeitigen Form unannehmbar. In ungleich stärkerem Maße aber gilt dies für die souveränitätsbewußten Oststaaten, wie Polen, Ungarn, Tschechoslowakei und Rumänien.

Strebt man also eine über das Neuner-Europa hinausgehende Kooperation an, so ist eine Struktur, wie sie Herr Dahrendorf vorschlägt, einfach nicht produktiv. Ich verstehe nicht, wie in seiner Sicht die atlantische Politik mit der Ostpolitik zu vereinbaren sein sollte.

Schließlich möchte ich auf die Frage von Herr Kirchschräger eingehen: "Welches größere Europa?" Es steht wohl außer Zweifel, daß es das Europa der neun, also ohne die Rest-EFTA-Staaten, sein wird. Nur die neun Staaten haben an dem europäischen Entscheidungsprozeß in Brüssel direkt gestaltenden Anteil. Nur sie befinden sich in einem Kooperationsverhältnis, während die anderen Staaten mehr oder weniger abseits stehen. Der Europarat, als Organisation eines größeren Europa, ist in seiner jetzigen Zusammensetzung und Arbeitsweise als Entscheidungszentrum noch nicht in Erscheinung getreten.

Die Sicherheitskonferenz wird das Funktionieren aller europäischen Entscheidungsmechanismen in den Bereichen der bisher exerzierten westeuropäischen Zusammenarbeit ebenso sichtbar machen wie die funktionierenden Gruppierungen. Das betrifft das Verhältnis von Block zu Block, die Situation und den Stand der Willensbildung innerhalb der europäischen Neun, die Gruppierung der Neutralen, soweit sie überhaupt eine Gruppierung bilden, die Rolle des Europarates. Die KSZE pumpt gleichsam in das europäische System unserer Tage eine Kontrastflüssigkeit, um dann wie im Röntgenbild die Strukturen dieses System sichtbar zu machen. Die KSZE wird sehr deutlich zeigen, wieweit und auf welchen Gebieten und in welchen Gruppierungen eine Kooperation derzeit besteht und in Zukunft möglich sein könnte.

Wocker

Bei allem, was wir hier sagen, sollten wir den Gegensatz von Wunschdenken und den eigentlichen Machtstrukturen nicht übersehen. Ich glaube nicht, daß das, was man einmal vereinfacht das

"Dahrendorfsche Seid-nett-zueinander" nennen könnte, die harten Gegebenheiten in den Blöcken jemals auflösen kann.

Die USA zum Beispiel werden immer ein Block sein, gleichgültig, was sich in der übrigen Welt abspielt; denn dort besteht eine Identität von Nationalstaat und Block. Ob man das nun Zentrum oder Region nennt: Die USA werden für sich stets eine Einheit bilden, mit der man zu rechnen hat, und die sich kaum so verändern wird, wie sich Europa ändern kann. Was aus Europa wird, Westeuropa oder Osteuropa, das wissen wir alle nicht. Wir haben das Europa der Vaterländer, wir haben alles mögliche versucht; jetzt versuchen wir eine Europäische Union, ob sie gelingt, wissen wir nicht.

Die Europabegeisterung in den vierziger Jahren wollte die Nationalstaaten abschaffen. Wir wissen freilich, daß das nicht gelungen ist. Es ist ein Kern geblieben, bei den Franzosen, bei uns und bei den anderen. So wird auch von den Blöcken etwas bleiben, das wir nicht auflösen können.

Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben: Die Entspannung oder die Sicherheitskonferenz werden nicht dazu dienen, den Egoismus der Blöcke oder der Staaten aufzugeben; man will nur auf eine bessere, sozusagen ökonomischere Art egoistisch sein.

Herr Dahrendorf hat angedeutet, daß die Amerikaner die Fünf-Gruppen-Theorie entwickelt haben, um auf diese Weise Dinge auf uns abzuwälzen, die sie bei der bisherigen militärischen Konstellation nicht auf uns abwälzen können. Der Egoismus bleibt also unverändert. Auch bestimmte harte Kerne in den einzelnen Gruppierungen werden sich nicht ändern. Ob die Sowjetunion 6, 5, 3, 2 oder gar keine Satelliten hat, ist letzten Endes unerheblich; die Sowjetunion bleibt trotzdem ein Block. Japan wird so ein Block sein. Es sind immer dieselben Figuren auf dem Feld, nur das Spiel wird anders genannt.

Bondy

Herr Brunet hat gesagt, daß die Angst vor der Sowjetunion im Verhalten derjenigen, die Europa schaffen wollen, praktisch überhaupt keine Rolle mehr spielt. Sollte man nicht zwischen Stimmungsmomenten und objektiven Gegebenheiten schärfer unterscheiden? Was bedeutet es, wenn wir alle einander versichern, daß wir keine Angst haben? Es gibt Gefahren, vor denen man Angst hat und Gefahren, vor denen man zu Recht oder zu Unrecht keine Angst hat. Aber das strukturelle Verhältnis von Mächten und von Bedrohungen, die es faktisch geben kann, ändert sich nicht wesentlich dadurch, daß wir psychologisch gerade jetzt in eine Stimmung kommen, in der wir sagen: Wir haben keine Angst.

Was den Begriff Block angeht, so gibt es zwischen Solidaritätsgruppierungen und Beherrschungsformen verschiedene Zwischenstadien, die man nicht einfach mit Block einerseits und Nicht-Block andererseits erfassen kann, sondern die man im einzelnen genau analysieren muß.

Auch habe ich nicht verstanden, in welchem Sinn für Herrn Dahrendorf die Sicherheitskonferenz, die Ost-West-Abklärung, die große Wende ist. Soll die Sicherheitskonferenz die jetzigen Solidaritäts- oder Herrschaftsformen zwischen West und Ost so lassen wie sie sind, sie sanktionieren und ratifizieren, oder soll sie sie auf beiden Seiten auflockern? Bleibt sie zum Beispiel auf der östlichen Seite verfestigt, während sie im Westen nur provisorisch zusammengefügt ist? Es gibt mindestens vier oder fünf verschiedene Strukturen Europas, die aus der Sicherheitskonferenz und aus den ausgesprochenen und unausgesprochenen Intentionen der verschiedenen Teilnehmer hervorgehen können.

Die europäische Sicherheit hat merkwürdigerweise in der Zeit des Kalten Krieges und der Blöcke gut funktioniert. Was bedeutet bei einer Veränderung der Blocksituation Sicherheit, inwiefern besteht eine Beziehung zwischen Sicherheit und der Sicherheitskonferenz? Ein Gleiches gilt für die Beziehung zwischen dieser Konferenz und den jetzigen Aufgaben der erweiterten westeuropäischen Gemeinschaft.

Dessloch

Das bisherige Ringen um Begriffe zeigt, wie schwer es uns in Europa fällt, über unser Selbstverständnis und über unsere Leitideen eine verbindliche Aussage zu machen, eine Aussage, zu der sich eine Mehrheit der Menschen in Europa bekennen kann. Ansätze für ein solches Selbstverständnis finden sich in den Referaten von Herrn Brunet und Sir Con O'Neill. Allerdings sind diese Ansätze bescheiden, und so wurden sie von den Referenten auch selbst charakterisiert.

Genügt ein solches bescheidenes Selbstverständnis, und genügen die daraus abgeleiteten bescheidenen Zielsetzungen? Genügt ein Europa der finanziellen Solidarität, der pragmatischen und punktuellen Zusammenarbeit, des Verzichts auf institutionelle Absicherung, das reine Bekenntnis, das

Erreichte zu halten und es nur fortzuschreiben, um es zu erhalten? Genügt dies alles, um die Kohärenz Westeuropas auf der Basis unseres politischen und gesellschaftlichen Besitzstandes zu halten? Es ist zu begrüßen, daß die Staats- und Regierungschefs auf der Pariser Gipfelkonferenz in dem gemeinsamen Kommuniqué ein ordnungspolitisches Konzept entwickelt haben. Sie bekennen sich dort ausdrücklich zur freiheitlichen Wirtschaftsordnung und zur parlamentarischen Demokratie. Wenn man das aber als Lebensform und Realität Westeuropas erhalten will, dann muß man auch den Mut haben, sich darüber Gedanken zu machen, wie man es in einem größeren staatlichen Rahmen als dem nationalen absichern kann.

Dann kommt man nicht darum herum, auch über Macht und politische Kraftfelder zu sprechen. Dann darf man das Wort Selbstbehauptung nicht nur ansprechen, sondern muß sagen, was es bedeutet. In diesem Zusammenhang sollte man nicht einmal das Wort Block scheuen. Will man sich zusammen mit anderen behaupten, dann ist das schon ein blockartiges Verhalten; sonst würde man ja auf Selbstbehauptung verzichten. In diesem Sinne sehe ich zahlreiche Widersprüche im Referat von Herrn Dahrendorf. Ein Konzept des "Seid-nett-zueinander", wie Herr Wocker es ausdrückte, reicht in der Politik nicht aus.

Was nun Kissingers Konzept der fünf Kräfte in der Weltpolitik anlangt, so liegen ihm strategische Einsichten zugrunde, welche auf das letzte Drittel der sechziger Jahre zurückgehen. Damals begann sich das bipolare Gleichgewicht in der Weltpolitik zum Nachteil der Vereinigten Staaten zu verschieben. Dies erkennend, hat man nach Nixons Amtsantritt versucht - nicht ganz ohne Erfolg, wie man heute weiß;- die Regeln des weltpolitischen Spiels zu ändern. Seither spricht man nicht mehr von zwei Blöcken, sondern von mehreren. Für den Erfolg der neuen amerikanischen Strategie kommt es darauf an - und das ist ein Appell an Europa;- ob wir das amerikanische Konzept erkennen und unseren Selbstbehauptungswillen politisch realisieren, oder ob wir - und deshalb finde ich die Frage von Herrn Bondy so wichtig - wiederum auf eine geborgte Sicherheit eingehen müssen.

Dahrendorf

Ich gehe davon aus, daß aus einer Reihe von Gründen die Zusammenarbeit der mittleren und kleineren Staaten Europas unumgänglich ist. Diese Gründe sind sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik zu suchen. Es gibt Aufgaben, die keiner von uns mehr allein lösen kann, wie zum Beispiel die Inflationsbekämpfung, die Entwicklungspolitik und anderes mehr. Ähnliche Bedingungen zeigen sich auch in anderen Teilen der Welt. So sehe ich in Südostasien die objektive Notwendigkeit für eine ähnliche Form der Zusammenarbeit, ganz sicher nach dem Ende des Vietnamkrieges.

Der nächste Schritt meiner Überlegungen ist: Eine Zusammenarbeit macht es sicher nötig, in Europa Formen der Organisation unseres Entscheidungsprozesses zu finden, die zum Entstehen eines Machtzentrums führen, und zwar eines sehr komplizierten Machtzentrums. Ich bin zum Beispiel nicht der Meinung, daß die Nationalstaaten in Europa als eigene Entscheidungszentren verschwinden werden - jedenfalls nicht auf sehr lange Sicht. Ich halte das auch nicht für erforderlich; denn ich setze ja voraus, daß wir dort zusammenarbeiten, wo wir als einzelne nicht weiterkommen. Das läßt sich geographisch nicht genau fixieren wegen der von mir angedeuteten schwierigen Beziehungen zu unseren Nachbarn.

Wenn wir ein solches europäisches Machtzentrum schaffen wollen, dann setzt das insbesondere - das war eine meiner Thesen - die Klärung unseres Verhältnisses zu den USA voraus. Denn dieses europäische Machtzentrum löst eine Beziehung ab, die sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat und die in gewissem Umfang und in verschiedenen Bereichen auch weiter bestehen wird. Für diese Beziehung ist aber eine neue Definition unumgänglich. Darum haben die USA eine besondere Bedeutung für die innere Entwicklung Europas, was auch auf beiden Seiten des Atlantiks gesehen wird.

Wenn wir Europäer nach außen wirken wollen, dann muß sichtbar werden, daß wir kein Interesse an der Bildung von Weltregionen haben, die politisch autark sind, bei denen also alle wesentlichen weltpolitischen Fragen über ein Zentrum entschieden werden. Vielmehr besteht hier die Möglichkeit, eine offenere Haltung einzunehmen. Das entspricht unserer Interessenlage als ein Kontinent, für den eine offene Weltwirtschaft elementare Bedeutung hat.

Deshalb ist im nächsten Jahr ein schwieriges Problem zu lösen, nämlich - in technischer Sprache ausgedrückt - das zukünftige Verhältnis von GATT 1 zu GATT 24; das heißt, wir müssen uns fragen, wie wir in Zukunft eine offene Weltwirtschaft, die den Prinzipien der Meistbegünstigung, der Konvertibilität und Offenheit unterliegt, mit dem verbinden wollen, was aus unserer eigenen Existenz an regionalem Zusammenwirken notwendig ist. Die GATT-Verhandlungen werden allerdings weit mehr als diese strukturellen Themen betreffen, zum Beispiel die Folgerungen für GATT 19, für die

Schutzmechanismen und für einige Bereiche, die bisher nicht im Rahmen des GATT behandelt werden, aber dort hingehören.

Ebenso haben wir ein Interesse an einer Verflechtung in Gesamteuropa, die zu einer zusätzlichen Sicherung friedlicher Verhältnisse führt. Deshalb liegt für mich bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit der Akzent auf der Zusammenarbeit, weil dadurch die Europäische Gemeinschaft als Gemeinschaft stärker ins Spiel kommt. Ich gehe davon aus, daß die Sicherheitsfragen teils im Rahmen der SALT-Gespräche, teils im Rahmen von MBFR-Gesprächen, die nicht unmittelbar mit der Sicherheitskonferenz verbunden sein müssen, behandelt werden.

Aus diesem Grunde stellt sich die Frage: In welchen Bereichen ist zwischen Staaten unterschiedlicher innerer Ordnung Kooperation möglich, oder, anders formuliert, wo ist Kooperation systemindifferent? Ich bin zum Beispiel der Meinung, daß Handelsbeziehungen nicht systemindifferent sind. Wenn also die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion ein Handelsabkommen abschließen, dann bedeutet das eine unvergleichlich größere Störung des freien Welthandels als sämtliche Assoziationsabkommen, die die Europäische Gemeinschaft jemals abgeschlossen hat. Denn dadurch werden Milliarden an Dollarwerten aus dem konvertiblen Welthandel herausgezogen und in das Steinzeitsystem des bilateralen Austausches zurückgeführt, das leider in den Beziehungen zu den Staatshandelsländern immer noch erforderlich ist.

Ich halte das für eine schwerwiegende Entwicklung. Sie stimmt mich nachdenklich im Hinblick auf die Möglichkeiten, diese Thematik auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit zu behandeln. Aber die Schwierigkeiten ändern nichts daran, daß wir es tun müssen. Bei Umweltfragen wird es relativ leicht sein, weil die in erheblichem Umfang systemindifferent sind. In Fragen der Kreditpolitik muß man das überlegen. Beim Handel werden wir zumindest einige Regeln brauchen; auch das ist ein GATT-Thema.

Hier ist also der Beweis zu erbringen, daß die Europäische Gemeinschaft ihre Zusammenarbeit im Innern trotzdem als Voraussetzung für eine offene Haltung nach außen versteht. Um es zu wiederholen: Die Zusammenarbeit im Inneren ist nötig; sie schafft gewiß ein Machtzentrum, das aber in seinen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn sehr kompliziert ist. Nach außen hin müssen wir verhindern, daß politisch autarke Regionen entstehen. Das heißt, die zukünftigen weltweiten Beziehungen müssen wirklich multilateral bleiben und dürfen nicht zu einem Schachspiel mit fünf Figuren werden.

Steinert-Dalmer

Das neue internationale System, das Kissinger zu verwirklichen versucht, ist offensichtlich - er hat darüber gearbeitet - von der Heiligen Allianz und der Konzeption der "Balance of Power" inspiriert. Bei Ihrer Argumentation, Herr Dahrendorf, drängt sich die Frage auf: Wollen Sie nun Europa als Nachhut einer Art Politik der "Offenen Tür" begreifen?

Dahrendorf

Nein. Ich will mich als Gegner einer Politik begreifen, an deren Ende wieder ein 1914 steht.

Steinert-Dalmer

Wenn man aber sagt, man wolle die Welt offenhalten und dann nur wirtschaftliche Argumente in den Vordergrund schiebt, während man alle anderen Verantwortungen oder Verpflichtungen, die auf einen zukommen, mehr oder weniger von sich weist, wird man sich letztlich denselben Anwürfen ausgesetzt sehen, wie Amerika, als es lediglich eine "Open Door"-Politik mit allen Möglichkeiten der Einflußnahme verfolgte, aber die anderen politischen und moralischen Verantwortungen, die einem einflußreichen Akteur der internationalen Szene zufallen, nicht in Betracht ziehen wollte.

Dahrendorf

In meine Welt paßt eine Fortsetzung des Atlantischen Bündnisses im Verteidigungsbereich sehr gut hinein.

Kirchschläger

Es ist sicher nicht Aufgabe dieser Diskussion, feste Definitionen zu finden; aber es ist interessant zu sehen, was die einzelnen Diskussionsteilnehmer unter den verschiedenen Begriffen verstehen. Begriffe können formaljuristisch eindeutig sein, aber ganz verschiedene praktische Auswirkungen haben. Ich erinnere an eine Untersuchung bei den Vereinten Nationen über das

Abstimmungsverhalten einerseits von Staaten, die einer Militärallianz angehören, und andererseits von solchen, die eine neutrale Politik verfolgen. Dabei zeigte sich, daß in vielen Fällen diejenigen, die eine neutrale Politik verfolgen, wesentlich "allianztreu" gewesen sind als die Mitgliedsstaaten einer Allianz selbst - wobei ich hier die westliche meine.

Ich würde vorschlagen, zunächst die Blickrichtung nach Osten in das Zentrum unseres Gespräches zu stellen, weil dort manche Dinge akzentuierter in Erscheinung treten. Denn da stehen sich verschiedene gesellschaftspolitische Systeme und Ideologien gegenüber. Dabei ist zusätzlich zu bedenken, daß das Verhältnis der erweiterten Gemeinschaft zur Sowjetunion, zu den Oststaaten überhaupt, unter dem Gesichtspunkt der friedlichen Koexistenz gesehen werden muß. Diese setzt sogar die Fortdauer der ideologischen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen in der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der einen Seite und in der erweiterten Gemeinschaft auf der anderen Seite notwendig voraus.

Kogon

Durch den Beitritt Großbritanniens hat die Sowjetunion in ihrer gesamten Diplomatie nach Westen hin eine große Chance erhalten. Wie wir vorhin von Herrn Brunei und Sir Con gehört haben, wird die Atempause der "Verdauung" in der Gemeinschaft etwa zwei Jahre dauern. In dieser Zeit wird es intern keinerlei Verfestigung und Institutionalisierung geben. Das ist an sich genau das, was die Sowjetunion will. Ihr originäres Mißtrauen gegen jede Verfestigung, jede Vergemeinschaftung wird jetzt gewissermaßen belohnt. Abgesehen von ad hoc-Einrichtungen besteht nicht mehr die geringste Chance, daß irgend etwas von dem, was früher föderalistische Lösung hieß, je wieder realisiert werden kann. In dieser Hinsicht hat de Gaulle recht gehabt, daß der Beitritt Großbritanniens jede politische Institutionalisierung verhindern wird.

Das heißt, die Sowjetunion wird das ganze Gewicht ihrer Politik und damit ihrer Diplomatie auf die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit werfen. Die Konferenz wird aller Voraussicht nach ein kontinuierlicher Prozeß sein mit vielen Kommissionen, mit Plenarsitzungen von Zeit zu Zeit, aber nicht eine oder zwei ad hoc-Veranstaltungen. Da sie eine Dauereinrichtung werden muß, wenn sie überhaupt Erfolg haben soll, werden die Sowjetunion und alle anderen Ostblockstaaten auf Institutionalisierung drängen. Sie werden versuchen, Einrichtungen zustande zu bringen, die den kontinuierlichen Erfolg sichern sollen. Damit kommt es wahrscheinlich zu einer Art Konkurrenz zwischen den Einrichtungen der Sicherheitskonferenz und der ad hoc-Institutionalisierung in Westeuropa während der nächsten zwei Jahre. Die Frage ist, welcher der beiden Prozesse in Europa den anderen überholt oder überlagert.

Welche europäischen Gesellschafts- oder Wirtschaftsorganisationen werden sich für die Kooperation mit dem Osten öffnen, die durch die Konferenz realisiert werden soll? Wenn in dieser Zusammenarbeit praktische Erfolge erzielt werden, nicht nur in der Verständigung, sondern in der tatsächlichen Kooperation auf allen Gebieten einschließlich der Technologie und der Wissenschaft, dann wird die Konkurrenz zum westeuropäischen Integrationsprozeß noch akzentuierter werden. Ich sehe nicht, wo in Europa die Kräfte sind, die diese Konkurrenz wirklich bestehen können; denn das Grundinteresse in der Gemeinschaft geht ja in die Richtung "erst mal verdauen". Was heißt das konkret? Bei einer Kobra weiß ich, was das ist, aber die Gemeinschaft ist keine Kobra - schon gar nicht gegenüber Großbritannien. Großbritannien ist ein echter Partner, vor allem in der Pragmatik.

Also stelle ich die Frage anders: Was wollen die Briten in diesen zwei Jahren konkret erfahren? Sie haben gesagt, Sir Con, sie wollen sich gewöhnen. An was eigentlich? Zum Beispiel an gemeinsame Beschlüsse. Auf welchen Gebieten? Das wird nun in Relation zur sowjetischen Politik und Diplomatie gesetzt, die meines Erachtens in der Sache schon bald handeln wird. Es ist bereits heute zu erkennen, daß die Sowjets ihren Vorteil in dieser Entwicklung sehen. Dabei werden sie die Kontrollmöglichkeiten des COMECON gegenüber seinen anderen Mitgliedern erfassen.

Was kann man tun, um die "personnalité européenne", die Konstituierung eines europäischen Subjektes ausfindig zu machen? Eine "personnalité européenne", die nicht, wie Herr Dahrendorf sagte, fragmentiert ist, sondern die ein gemeinsames außen- und gesellschaftspolitisches Bewußtsein entwickelt.

Götz

Ich halte die These von der Verdauungspause erstens für falsch und zweitens für gefährlich. Sie entspricht auch nicht der Wirklichkeit. Ich sprach vor kurzem jemanden, der für die Butter- und Milchpolitik zuständig ist; ich fragte, wie das mit den Briten gehe. Antwort: "Die Jungens sind völlig drin, denen braucht man gar nichts mehr beizubringen; sie kennen das Spiel genau und brauchen

keine Verschnaufpause, keine période de rodage." Allen Respekt für die britische Diplomatie, keiner hat etwas anderes erwartet.

Außerdem wird uns schon die Entwicklung des nächsten Jahres beweisen, daß dieses Europa, das hier mit so hehren Worten definiert wurde, gar keine Zeit hat, sich auszuruhen. Der entscheidende Punkt, auf den Sir Con O'Neill bereits hingewiesen hat, ist der Terminkatalog. Alle Instanzen, die Kommission, und der Rat vor allem, sind an feste Termine gebunden. Ich warne also vor der Illusion, man könne sich jetzt zwei gemütliche Jahre machen. Spätestens ab 1. März 1973 wird das Geschäft voll im Gange sein, so als ob die Briten schon fünf Jahre dabei wären.

Kirchschläger

Ich will nicht interpretieren, aber ich glaube, so war die Verdaupause auch nicht gemeint.

Brunet

Wenn die Engländer sich schneller an die Gemeinschaft gewöhnen, sind zum Beispiel wir Franzosen darüber sehr erfreut. Wir sagen nicht, daß die Gemeinschaft während der nächsten zwei oder drei Jahre vollkommen zum Stillstand kommen wird, aber es wird wohl doch eine kleine Verdauungsphase geben.

Zellentin

Man könnte Europa als ein internationales Feld überlappender Interessen begreifen und versuchen zu beurteilen, wie der mögliche Einfluß der erweiterten Gemeinschaft in Gesamteuropa, gemessen an dem der USA und der Sowjetunion, die auch als Interessenten in Europa auftreten, beschaffen ist. Eine Gewichtung dieser Einflüsse ließe sich anhand der folgenden Faktoren vornehmen: Erstens nach der außenpolitischen Zielsetzung oder den Leitbildern, an denen sie sich bei der Gestaltung Europas orientieren. Zweitens nach dem wirtschaftlichen und militärischen Potential, das zur Verfügung steht, um solche Leitbilder zu verwirklichen. Drittens nach dem politischen Willen, der sich in der Gestaltungsstrategie äußert.

Die USA haben seit Mitte der 60er Jahre keine Leitbilder der politischen Form der atlantischen oder gesamteuropäischen Beziehungen mehr verfolgt. Indem sich die politische Wirkung der Europäischen Gemeinschaft eigenständig über den atlantischen Rahmen hinaus entwickelte und die Sowjetunion mit der amerikanischen Rüstung in Europa gleichzog, wurden die Beziehungen zwischen den Einflußreichen in Europa bilateral unterhalten. In der amerikanischen Vorstellung von der Pentarchie der Weltführungsmächte hat die gesamteuropäische Ordnung bisher keinen Platz gefunden.

Was das militärische und wirtschaftliche Potential der USA betrifft, so ist es nach wie vor groß genug, um die Umwelt damit zu beeinflussen. In Europa wird heute allerdings an ihrem politischen Willen gezweifelt, es - ähnlich wie in den vierziger Jahren durch den Marshall-Plan - zur Förderung der Kooperation und Integration einzusetzen. Die USA zeigen sich vornehmlich an der Erhaltung ihres Besitzstandes in Europa interessiert, den sie durch die Multilateralisierung in der KSZE nur in Frage gestellt sehen.

Der Führungsmüdigkeit der USA steht das Streben der Sowjetunion nach einer Globalstrategie gegenüber. In Europa bedeutet das die Festschreibung des Status quo, den Versuch zur Vergrößerung des sowjetischen Einflusses auf dem Kontinent beziehungsweise seine maritime Absicherung an den nord- und südeuropäischen Meeren. Das Potential, das die Sowjetunion für ihre politischen Zwecke einsetzt, ist vornehmlich militärisch. Am Verhandlungstisch (SALT, MB FR) und durch ihre Präsenz vor westlichen Küsten demonstriert sie ihre militärische Überlegenheit in Europa. Die qualitativen Vorsprünge der USA dagegen lassen sich - vor allem angesichts der geplanten Truppenreduzierungen - weit weniger wirksam politisch ummünzen. Die kleineren Länder in Europa zeigen bereits die Neigung, sich mit der Sowjetunion zu arrangieren. Damit ist das Risiko der "Finnlandisierung" angesprochen.

Der Einfluß der Sowjetunion in Europa ergibt sich, wie gesagt, aus der Perzeption ihres militärischen Potentials und seiner Einsatzbereitschaft. Wirtschaftliche Ressourcen zur Beeinflussung des politischen Verhaltens in Europa wurden von der Sowjetunion bisher nicht freigestellt, ökonomisch ist sie ihren westlichen Kontrahenten vielmehr unterlegen und versucht deshalb auch, die KSZE für profitable Ost-West-Geschäfte auszunutzen.

Die erweiterte Europäische Gemeinschaft ist dagegen vor allem ökonomisch einflußreich; sie trägt die Hälfte des Welthandelsvolumens, und sie wäre imstande, entweder aufgrund nationaler Beiträge oder, gegen Ende des Jahrzehnts, aufgrund eigener Einnahmen großzügige Kredite zu vergeben

beziehungsweise einen Entwicklungs- und Kooperationsfonds für Gesamteuropa zu finanzieren. Wirtschaftlich gesehen ist die Europäische Gemeinschaft stärker als die Sowjetunion. Militärisch dagegen könnte sie vergleichbare Kräfte nur aus der Zusammenarbeit mit den USA gewinnen, vorausgesetzt es gelänge, das amerikanische Potential weiterhin an Westeuropa zu binden.

Der politische Wille der Europäischen Gemeinschaft, die gesamteuropäische Friedensordnung mitzugestalten, ist zwar zwischen neun Regierungen schwieriger herzustellen als in einer einzigen. Immerhin hat aber die Davignon-Koordinierung für die Vorgespräche der Botschafter zur KSZE in Helsinki gezeigt, daß über wichtige Prinzipien einer gesamteuropäischen Ordnung Übereinstimmung erzielt werden kann.

Ein Resümee aus diesem Überblick ergibt, daß die Sowjetunion in Gesamteuropa aufgrund ihrer Zielvorstellung, ihres politischen Willens und ihres militärischen Potentials dominiert. Um ihren Einfluß aufzuwiegen, bedarf es auch weiterhin der amerikanischen Hilfe, die ihrerseits nur gewährt werden wird, wenn es zu einem handels- und währungspolitischen Ausgleich zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA kommt, auf den Herr Dahrendorf bereits hinwies. Dabei müßte unter anderem über den Wettbewerb beider um die Neutralen und um die Mittelmeerländer sowie über die Kontroversen in der Agrar- und Textilpolitik verhandelt werden.

Es wurde gesagt, daß diese Spannungen auf der KSZE möglicherweise verringert werden könnten. Dieser Ansicht bin ich auch, nur bezweifle ich die Meinung von Herrn Brunet, die USA und die Sowjetunion hätten ein Interesse daran, daß sich die Europäische Gemeinschaft konsolidiert. Vielmehr müßte beiden großen Mächten daran gelegen sein, daß die Europäische Gemeinschaft sozusagen gebändigt wird. Erst mit dieser Bändigung im Rahmen der KSZE ließen sich nämlich jene Liberaalisierungstendenzen gegenüber Ost und West verstärken, die auch Herr Dahrendorf vorzuschweben scheinen.

O'Donnell

Es mag Sie interessieren, wie das alles hier in amerikanischen Ohren klingt. Ich kann darauf nur ein wenig ketzerisch antworten, und zwar im Geiste von General Stehlin. Ich bin begeistert und enttäuscht zugleich.

Ich bin mit Herrn Dahrendorf immer zu 80 Prozent einverstanden; hier geht es aber um die restlichen 20 Prozent. Sie haben natürlich recht mit Ihrer Kritik an unserem Prof. Kissinger. Seine polyzentrische Theorie stammt aus seiner akademischen Karriere. An meiner Alma mater hat er jahrelang über Metternich und Bismarck geschrieben und gedacht. Er hat Gefallen an dieser Symbiose von Metternich und Bismarck gefunden. Wenn er aber sozusagen mit Bismarcks fünf Bällen spielt, dann stimmt das natürlich nicht. Denn es gibt große Gebiete in der Welt, die nicht in dieses einfache Bild passen.

In den fünfziger Jahren wurde ich von meinem damaligen Chefredakteur in die sogenannte Dritte Welt geschickt. Nach ein paar Jahren kam ich mit der Erkenntnis zurück, daß es gar keine Dritte Welt gibt. Als ich von Marokko über Ägypten in den Iran und weiter nach Vietnam reiste, stellte ich fest, daß in jedem Land die Probleme grundsätzlich andere waren. Als Amerikaner habe ich bemerkt, wie sehr dieses Feld europäischen Ursprungs ist. Das meine ich in folgendem Sinn: Wenn man in Bogota oder in Kyoto sitzt und mit jungen Akademikern, Journalisten oder Beamten spricht, dann stellt man fest, daß alle die sie leitenden Ideen im alten Europa geboren wurden, ob im England des 17., im Frankreich des 18. Jahrhunderts oder in der politisch-philosophischen Revolution in Deutschland. Ich denke dabei an Hegel und Marx.

In diesem Sinne ist meine Anklage an Europa gemeint - dank dreier amerikanischer Präsidenten, die in meinem Leben eine Rolle gespielt haben. Ich wurde zur Zeit von Wilson geboren, bin in der Zeit Roosevelts aufgewachsen und ich stand im Wahlkampf mit Kennedy. Diese drei waren Demagogen im Sinne des Kolonialismus - dieses komplizierte Phänomen aus dem Europa des 17. Jahrhunderts, in dem Amerika mit französisch-britischen Ideen sowie deutschen und irischen Emigranten geboren wurde.

De Gaulle hat eine gute Idee falsch gespielt. Eine wahre Stimme Europas würde in Amerika aus verschiedenen Gründen begrüßt. Wir betrachten uns nämlich als die Kinder - ehelich oder unehelich von Europa. Wenn wir ein Land wie Israel sehen: Die ihm zugrunde liegende Idee wurde in Griechenland geboren, ist in Preußen aufgewachsen und wurde dann in den Mittelosten transplantiert. Ich wäre für Israels Beitritt zum Gemeinsamen Markt. Das gilt auch für die 6. amerikanische Flotte im Mittelmeer, Herr Dahrendorf.

McGovern hat seine Sache zwar schlecht gemacht, doch bedeutet er immerhin eine Warnung. Wenn er talentierter wäre, könnte er bei der Wahl viele Millionen Stimmen gewinnen. Es besteht sicherlich eine gewisse Europamüdigkeit in Amerika, auch ist das russische Entgegenkommen sehr groß. In diesem Sinne ist meine persönliche Meinung als Amerikaner, der lange Zeit in Europa lebt, daß die Pessimisten doch gewinnen können.

In diesem Zusammenhang ein Zitat von Ernst Reuter - die Sozialdemokraten sprechen heute nicht mehr so viel von ihm und von Kurt Schumacher. In einer desparaten Stunde in Berlin, als die drei Westmächte die Ost-DM für alle vier Sektoren von Berlin akzeptierten, war Reuter sehr deprimiert. Dann aber kehrte er ein altes russisches Sprichwort um: "Der Iwan wird uns schon aus der Patsche helfen" - und das taten die Russen. Sie waren so unklug, daß sie diesen Plan nicht akzeptierten. Es folgte die Währungs- und die politische Spaltung und so weiter. Die Gefahr besteht, daß die Russen eines Tages klüger werden; ich vermute, sie sind schon klüger, zumindest erfahrener geworden. Wenn dann die Amerikaner noch ein wenig dümmer werden, sitzen sie hier in Europa zwar mit vielen netten Leuten im Gemeinsamen Markt, aber das genügt nicht.

Jean Monnet hat einmal gesagt: Wir haben zwar Stahl und Kohle gewählt, hätten aber auch Radieschen und Kaninchen nehmen können. Wir wollten ein Politikum durch wirtschaftliche Methoden erreichen. Meine Enttäuschung ist, daß die Europäer zu 95 Prozent über dänische Butter oder norwegische Krabben reden, während das Politikum fast verschwunden ist. Herr Dahrendorf ist eine Ausnahme, aber die meisten denken in diesen Butterhaufen.

Kirchschläger

Diese Diskussion zeigt, daß bei vielen doch nicht nur der Butterhaufen eine Rolle spielt, sondern auch die politischen Probleme.

Morgan

Die amerikanische Regierung sucht zur Zeit nach konstruktiven Lösungen, da sie sich zurück nach Europa wendet, nachdem der Vietnam-Krieg hoffentlich zu Ende ist. Während sie bereit ist, konstruktiv mit Europa zu reden, ist die amerikanische Bevölkerung ausgesprochen europamüde geworden.

Aus der Tatsache, wie wenige Nachrichten aus Europa heute im Vergleich zu früheren Jahren in den amerikanischen Zeitungen stehen, ziehe ich den Schluß, daß die amerikanische Bevölkerung und der Kongreß einen ziemlich starken Druck auf die Regierung ausüben werden, damit sie sich in Europa nicht mehr zu sehr engagiert. Die Europäer sollen sowohl wirtschaftlich wie militärisch mehr für sich und auch für die Amerikaner tun. Daher müssen die Länder der Europäischen Gemeinschaft im Verteidigungsbereich mehr leisten. Dafür sind verschiedene Lösungen vorgeschlagen worden, etwa ein Mitglied der Europäischen Kommission für die Verteidigung verantwortlich zu machen.

Ich glaube allerdings nicht, daß das Problem so einfach zu lösen ist. So könnte man in einigen Sitzungen des Ministerrats im Rahmen der Davignon-Besprechungen Sicherheits- und Verteidigungsfragen behandeln, wie es schon jetzt der Fall ist. Man könnte die optimistischen Außenminister ab und an durch die Verteidigungsminister ersetzen, damit realistischer über Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung gesprochen wird. Vielleicht wäre es möglich, eine Behörde zur Beschaffung von militärischem Material einzusetzen, als erster Schritt zu einer Art europäischer Verteidigungsgemeinschaft.

Kirk

Es ist überall die Aufgabe der Verteidigungsministerien, in jeder Hinsicht pessimistisch zu sein. Die Außenminister sind immer optimistisch, sie fahren überall hin, sie machen Licht und Freude; dann kommen die Verteidigungsminister und die Finanzminister und erklären: Das ist unmöglich. Das betrachte ich auch als meine Rolle hier.

Herr Brunet hat vorhin gesagt, niemand halte in absehbarer Zeit einen Krieg in Europa für möglich. Wenn man dabei von Deutschland oder von Zentraleuropa spricht, dann stimme ich dieser These zu. Aber wir dürfen zwei Fakten nicht außer acht lassen. Erstens wir, die Allianz, die NATO, die Europäer, die Westeuropäer, sind in Deutschland stärker als die Russen. Dagegen werden wir an den Flanken von Tag zu Tag schwächer. In der Türkei und in Norwegen haben wir große Schwierigkeiten. Die Russen sind in der Lage, von dort unsere Flanken aufzurollen.

Eine zweite Tatsache ist in den letzten zehn Jahren fast unbemerkt geblieben, hat aber eine erhebliche Bedeutung, nämlich die ungeheure Stärke der sowjetischen Flotte; sie ist ein neuer Faktor in der Weltpolitik.

In dieser Situation, in der wir im Zentrum unsere Position halten können, aber die Flanken zu schwach sind, kommt die Sicherheitskonferenz. Was erwartet man von ihr? Ich stimme Herrn Dahrendorf zu, daß sie sehr wichtig ist. Sie kann aber auch eine große Gefahr bedeuten. Es gibt zwei Arten von Konferenzen. Man kann erstens eine Konferenz im Stile der Vereinten Nationen abhalten; da kommen 36 Außenminister zusammen; jeder hält eine große Rede für die Zeitungen zu Hause, und dann geht man wieder auseinander. Das ist nicht gefährlich und schadet auch nicht. Die zweite Art von Konferenzen, von der Herr Kogon gesprochen hat, ist eine ständige Konferenz mit Kommissionen, Unterkommissionen, Experten und so weiter. Für eine solche Konferenz fehlt uns eine konkrete gemeinsame europäische oder atlantische Taktik. Die müssen wir finden, und dafür haben wir nur sechs Monate Zeit.

Stehlin

Bei der Bildung einer Gemeinschaft, sei es eine Nation oder eine Verbindung von Nationen, ist das Wichtigste die Sicherheit. General de Gaulle hat einmal auf einer Pressekonferenz richtig gesagt - ohne sich aber später daran zu halten: Die Verteidigung ist die erste Pflicht des Staates; sie ist sogar seine *raison d'être*.

Die Bildung des Ostblocks machte seinerzeit die westliche Allianz für unsere Sicherheit notwendig. Das haben wir 1947 eingesehen. Wegen des Vormarsches Rußlands gegen den Westen kam es zu dem Vertrag von Dünkirchen. Einige Länder des Ostens waren politisch oder territorial in die Hände der Russen gefallen. Der ein Jahr später geschlossene Vertrag von Brüssel war der erste ernsthafte Versuch, eine Einheit Europas zu bilden. Die Amerikaner gehörten der Organisation des Brüsseler Vertrages als Beobachter an. Daraus entstand die Atlantische Allianz. Die Amerikaner sind die Allianz unter der Bedingung eingegangen, daß unter ihrem Schutz Europa zu einer Einheit werden und für seine Verteidigung mit eigenen Mitteln sorgen würde. Das hat man später, besonders in meinem Lande, immer vergessen.

Was ist aus der Allianz geworden? Anstatt, wie es die Amerikaner vorgeschlagen hatten und wir Europäer es damals ebenfalls wollten, eine europäische Verteidigung zu errichten, haben wir seit 1949 die Verteidigung Europas den Amerikanern überlassen. Anstatt gemeinschaftlich europäisch zu denken und zu arbeiten, hat jedes Land seine Verteidigungskräfte nach eigenem Gutdünken aufgebaut. Die verteidigungspolitische Lage in Europa ist dadurch gekennzeichnet, daß die europäischen Teilstücke durch das nukleare Dach der USA verbunden werden. Das ist von großer Bedeutung für die Sicherheitskonferenz. Wenn sich die Amerikaner aus Europa zurückziehen würden, was bliebe dann von der europäischen Verteidigung übrig? Daß wir am 1. November 1972 noch von einer Verteidigung in Europa sprechen können, verdanken wir nur der amerikanischen Präsenz.

So bin ich immer überrascht, wenn man von einer Pause und, wie Minister Brunet, von "Verdauung" spricht. Von dieser Pause wird praktisch seit 1946 oder 1947 gesprochen. Wenn man sich daran erinnert, in welcher Lage wir uns in den Jahren 1947, 1948, 1949 befanden, dann wundert man sich, daß auf der Pariser Gipfelkonferenz außer einigen Ergebnissen in Währungs- und Wirtschaftsfragen nur der Vorschlag herausgekommen ist, daß wir 1975 wieder von einer Europäischen Union sprechen werden. Nur einmal wurde wirklich ein europäisches Wort gesprochen, als der französische Präsident Herr "Robert Schumann" das Wort erteilte.

Was geschieht 1973 auf der Sicherheitskonferenz? Die Russen haben sich jedesmal, wenn die europäische Einheit zur Diskussion stand, mit Macht dagegen gewehrt. Sie werden sich erinnern, in welchen Worten und mit welchen Drohungen sie gegen Europa auftraten. Diese Drohungen waren der Grund für die Atlantische Allianz, unter ihrem Schutz bestand die einzige Möglichkeit, für eine europäische Einheit zu arbeiten.

Wir haben eben von den russisch-amerikanischen Beziehungen gesprochen. Da die Gipfelkonferenz praktisch ohne Ergebnis blieb, fürchte ich, daß wir Europäer uns bei der Sicherheitskonferenz wieder getrennt zu Wort melden werden und daß es zu einem Dialog zwischen Russen und Amerikanern kommen wird. Die Russen werden den Amerikanern wieder einmal zu beweisen versuchen - dieses Mal nicht mit Drohungen, wie früher, sondern auf diplomatischem Wege;-, daß ihre Präsenz in Europa heute keine Bedeutung mehr habe und daß sie sich ruhig zurückziehen könnten, um den Russen - aber das werden sie so nicht ausdrücken - in Europa freie Hand zu lassen. Denn es hat sich an den politischen Zielen der Russen nichts geändert.

Worauf stützt man sich, wenn man sagt, der Krieg sei heute unmöglich geworden? Es gibt viele Definitionen für Strategie. Eine russische Definition lautet: Strategie ist die Ausnutzung günstiger Gelegenheiten. Wenn die Amerikaner sich aus Europa zurückziehen, werden die Russen daraus sicher Konsequenzen ziehen. Eben wurde das Mittelmeer erwähnt: Haben wir denn wirklich eine

Ahnung, was die Russen in den letzten dreißig Jahren militärisch geleistet haben, wie sich zum Beispiel die russische Marine entwickelt hat?

Wir wissen, daß die Hitler-Strategie von den Russen gründlich studiert worden ist; sie betreiben heute eine Art Fortsetzung dieser Strategie, nur in viel größerem Maßstab. Wir wissen, daß die Russen im Mittelmeer Truppentransporter unterhalten, die von Kriegsschiffen geschützt werden: Warum? Wollen sie nur eine günstige Gelegenheit abwarten, um sich durch das Mittelmeer auf dem europäischen Kontinent festzusetzen?

Ich habe einmal ein Beispiel gegeben, das man skandalös fand. Ich sagte: Stellen wir uns vor, Länder wie Frankreich, Spanien oder Italien würden in eine Lage geraten, in der wir uns im Mai 1968 in Frankreich befanden. Damals hätte es wenig bedurft, um durch eine Aktion der kommunistischen Partei die Regierung zu stürzen. Wenn sich eine solche Situation wiederholte, glaube ich nicht, daß die kommunistische Partei die gleichen Instruktionen erhalten würde wie im Mai 1968. Wenn eine revolutionäre Regierung um Hilfe rief, würden die Russen wahrscheinlich einschreiten, so wie sie es in der Tschechoslowakei getan haben.

Diese Warnung möchte ich aussprechen; denn ich widersetze mich dem Gedanken, daß ein Krieg wegen der nuklearen Bewaffnung und des dadurch entstandenen Risikos unmöglich geworden ist. Die nukleare Waffe ist keine Waffe des Friedens, sondern sie bleibt eine Waffe des Krieges, die man einsetzen wird, wenn eine günstige Gelegenheit kommt. Deshalb müssen wir mit großer Vorsicht auf die Sicherheitskonferenz gehen. Wir dürfen nicht getrennt auftreten, sonst kommt es zu einer Lage, in der die Amerikaner glauben, sich zurückziehen zu können.

Kogon

Wir befinden uns heute in einer weit besseren Weltsituation als etwa vor zehn Jahren, Herr Stehlin. Natürlich bleiben wir gefährdet, aber nicht in gleichem Maße, wie es früher der Fall war. Man kann doch nicht so tun, als ob es heute noch den Stalinismus gäbe. Das Grundinteresse der Sowjetunion bleibt, was Europa in einem sehr weiten Sinn betrifft, trotz aller Gefahren im Mittelmeer, daß hier auf lange Sicht der Status quo möglichst unverletzt bleibt. Es kann schon sein, daß sie Gelegenheiten nutzen würde, aber doch nicht mutwillig und auch nicht so bewußt, wie es im Stalinismus der Fall war. Man kann nicht leugnen, daß sich das in diesen letzten zehn Jahren geändert hat.

Bondy

Wo liegt die Nahtstelle zwischen den Fragen, die die Struktur des erweiterten Europa und denen, die die Sicherheitskonferenz betreffen? Handelspolitisch ist die Sowjetunion ein Entwicklungsland; denn sie liefert Rohstoffe und braucht Fabrikate. Daran ändert auch ihre Militärmacht mit Raketen und H-Bomben nichts. Westeuropa ist nicht stark, sondern fett geworden. Die Sowjetunion dagegen ist mager. Sogar der Weizen von Oklahoma muß für sie blühen, weil der eigene es offenbar nicht tut. Hier besteht die Diskrepanz zwischen einem wirtschaftlich nicht erfolgreichen, mit eigenen imperialen, national-revolutionären Problemen konfrontierten Imperium, das über eine große, zentralisierte militärische Macht verfügt, und unserem pluralistischen, sich nicht selbst verteidigenden Europa.

Aus dieser Sicht verstehe ich die Diskussion über mehr oder weniger Stalinismus nicht. Allein der Druck, der von einer großen Macht ausgeht, ändert die Verhaltensweise eines weniger Mächtigen, der obendrein noch seine Verbündeten zum Teil zu verlieren droht. Dazu bedarf es keiner besonderen Bosheiten oder hitlerischer Welteroberungspläne. Stalin war vielleicht ein böserer Mann als sein Nachfolger. Aber unter Stalin hat sich Jugoslawien freigekämpft; unter Chruschtschow ist das Ungarn nicht, unter Breschnew ist das der Tschechoslowakei nicht gelungen. Außenpolitisch stellen sich die Dinge im Osten anders dar, als wenn wir die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Ostblockstaaten beurteilen. Aus diesen und anderen Gründen kann ich die Nahtstelle nicht sehen, die zwischen dem erweiterten Europa und der Ost-West-Sicherheitskonferenz bestehen soll.

Kirchschläger

Wir sollten uns jetzt einmal vorstellen, daß wir eine Art Direktorium des erweiterten Europa sind - ich sage bewußt nicht der Europäischen Gemeinschaften - und hier zu entscheiden hätten, was in Zukunft geschehen soll. Auf diese Weise könnten wir uns konkret mit einzelnen Fragen auseinandersetzen.

Eine erste Frage wäre: Sollen wir von einer Verdichtung der Integration im Westen absehen, weil dadurch die Gefahr entsteht, daß sich die Integration auch im Osten, vielleicht zum Mißbehagen einiger Länder, die dem Osten zugerechnet werden, verstärkt? Könnte man damit also bis zu einem gewissen Grad die Unabhängigkeit einiger sozialistischer Länder negativ beeinflussen?

Wir müssen uns weiter fragen: Anerkennen wir, daß wirtschaftliche Mittel auch zur Friedenssicherung eingesetzt werden können? Welche dieser wirtschaftlichen Mittel kann das erweiterte Europa einsetzen? Denn daß wir eine Friedenssicherung wollen, halte ich für eine Tatsache.

Tatu

Wirkt die Integration im Westen auf eine zunehmende Integration im Osten zurück? Integration im Osten hieße eine Stärkung der russischen Prädominanz. Diese Gefahr besteht in der Tat; sie ist dennoch kein entscheidender Einwand gegen die Westintegration. Denn die Sowjetführer brauchen keine besonderen Vorwände, um ihre Herrschaft im Osten zu verstärken. Die Westintegration ist für sie nur ein Argument, nicht die Ursache. Der sogenannte Monolithismus im Osten verstärkt sich auch ohne die Existenz der EWG. Die Ursache dafür liegt in der besonderen Auffassung der Sowjetführung, wie man in seiner Einflußzone herrschen muß. Dieser Monolithismus war viel ausgeprägter zwischen 1948 bis 1953, also zu Stalins Zeiten, als die EWG überhaupt noch nicht existierte. Seit dieser Periode hat die Integration im Westen große Fortschritte gemacht, dennoch gibt es im Osten eine Tendenz, den Monolithismus aufzulockern. Die russische Politik macht zwar immer Anstrengungen, eine größere Kontrolle über ihre Verbündeten zu erreichen, aber das ist nicht davon abhängig, was in Westeuropa passiert.

Umgekehrt: Wenn es in Westeuropa keine Integration gäbe, wäre keineswegs sicher, daß das eine positive Wirkung auf das östliche Lager hätte. Da es für die Westeuropäer objektive Gründe gibt, ihre Integration zu verstärken, sollten wir sie nicht zugunsten von zweifelhaften Vorteilen aufgeben. Das COMECON entwickelt sich auf jeden Fall in Richtung auf eine größere Integration. In seinem letzten Programm wurde zum ersten Mal das Wort Integration verwandt, und das bedeutet mehr Koordination. Die Ursache dafür liegt nicht in der Situation in Westeuropa, obwohl diese sicher ein Argument für die Russen ist, um auf die anderen COMECON-Länder einzuwirken. Die objektiven Gründe für eine stärkere Integration im Osten treffen zusammen mit der russischen Anstrengung, ihre Kontrollen im eigenen Lager zu stärken.

Es gibt aber auch objektive Gründe für die anderen osteuropäischen Länder, unabhängig von den russischen Wünschen, eine größere Koordination und ökonomische Zusammenarbeit im Osten zu erreichen. Es ist zum Beispiel nicht ausgeschlossen, daß sich die russische Kontrolle in weiterer Zukunft lockern wird, ja, daß sie möglicherweise ganz abgeschafft wird. Selbst in diesem Falle werden die osteuropäischen Länder an einer Art gemeinsamen Markt interessiert sein, und sei es nur, um einem - auch politischen - Druck seitens einer entwickelten Wirtschaft der EWG zu begegnen.

Wenn die westeuropäischen Länder ein Interesse daran haben, die sowjetische Kontrolle in Osteuropa zu lockern, dann stellt sich die Frage, ob das nicht am ehesten durch eine stärkere wirtschaftliche Kooperation mit diesen Ländern erreichbar ist. Dadurch kann im osteuropäischen Lager eine differenziertere Situation entstehen. In diesem Sinne könnte eine stärkere EWG bessere Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit mit den östlichen Ländern schaffen. Aus dieser wirtschaftlichen Kooperation könnten dann auch bessere Bedingungen für eine unabhängige Situation in den einzelnen osteuropäischen Ländern resultieren.

Khol

Die militärische Sicherheit ist nur eine Komponente der Sicherheit, und die militärische Garantie macht nur einen Teil der Sicherheit aus. So liegt der Sicherheitskonferenz die Philosophie zugrunde, daß Sicherheit auch durch Kooperation, und zwar außerhalb des militärischen Komplexes erzeugt wird. Dafür sind schon ganze Kataloge ausgearbeitet worden: Rechtlich bindender Gewaltverzicht zwischen den einzelnen Staaten; ein zwischenstaatlicher Verhaltenskodex; Einführung einer obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit; Konsultationsmechanismen für politische Streitfragen; wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit; Garantien für die Freizügigkeit von Menschen und Gedanken; vertrauensfördernde Maßnahmen auf militärischem Gebiet, wie wechselseitige Manöverbeobachter und Information über Manöver und so weiter.

Herr Dahrendorf stellte die Frage: Inwieweit ist wirtschaftliche Zusammenarbeit systemindifferent; erzeugt sie auch Sicherheit? Es gibt allerdings interessante Untersuchungen darüber, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nazideutschland und den später angegriffenen Ländern vor dem Krieg sehr intensiv war, aber keine Sicherheit erzeugte.

Weiter: Die kulturelle Zusammenarbeit steht im Mittelpunkt der Sicherheits-, ich möchte beinahe sagen: der Zusammenarbeitskonferenz. Ich verweise auf die UNESCO-Konferenz in Helsinki. Dort wurde ein Katalog ausgearbeitet, was an Kooperation wünschbar wäre. Das gilt auch im militärischen

Bereich: Manöverbeobachter, Mitteilungen über Manöver und so weiter. Solche Maßnahmen können vielleicht ebenfalls Sicherheit erzeugen.

Schließlich stellt sich die Frage eines materiellen Gewaltverzichts; denn ein formeller, das heißt bloß juristischer ohne politischen Unterbau, ist wertlos: Wie kann zwischen dem erweiterten Europa und den anderen Blöcken eine Situation geschaffen werden, die politisch dadurch charakterisiert ist, daß ein Friedensbruch ungleich größere politische Nachteile nach sich zieht als die Beibehaltung des Friedens. Materieller Gewaltverzicht bedeutet also die Schaffung eines Interessengeflechts, in dem sich ein Friedensbruch politisch nicht mehr rentiert.

Ein Wort zur Vorbereitung der Sicherheitskonferenz.

Herr Kirk meinte, es fehle hier an einer Taktik des Westens. Dabei dürfte die Sicherheitskonferenz sowohl vom Osten als auch vom Westen die am besten vorbereitete Konferenz sein, die es je gegeben hat. Alle Staaten könnten sich, wäre dies nur eine Frage der Vorbereitung, hie et nunc sofort an den Tisch setzen. Es gibt im Rahmen der NATO ein Vorbereitungskomitee; es gibt ein Unterkomitee des Davignon-Komitees im Rahmen der Neun. Beide befaßten sich mit der Vorbereitung der Konferenz. Dazu kommt noch ein Netz von bilateralen Konsultationen und die Konsultationen zwischen den europäischen Blockfreien. Im Pressekommunique der Pariser Gipfelkonferenz ist darauf hingewiesen worden, daß sich die Außenminister in Zukunft viermal im Jahr treffen werden. Auch das muß im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Sicherheitskonferenz gesehen werden.

Götz

Schön wäre es ja.

Khol

Es wird verschiedentlich vorgeschlagen, die Kommission solle die Gemeinschaft auf der Sicherheitskonferenz einheitlich vertreten, wenn es um Angelegenheiten ihrer Kompetenz geht. Andere treten dafür ein, daß der jeweilige Ratsvorsitzende für die neun Staaten sprechen solle. In jedem der beiden Fälle würde es sich dann wirklich um eine Europäische Sicherheitskonferenz handeln und nicht um eine Konferenz über Sicherheit in Europa, die von den beiden Großmächten und vom Blockdenken beherrscht wird. Damit sollte auch sichergestellt sein, daß die Zusammenarbeit, die sich nach der Konferenz ergeben könnte, nicht zu einer Beeinträchtigung der bestehenden Organisationen, insbesondere der Europäischen Gemeinschaften, der ECE und der NATO führt. Die Sicherheitskonferenz darf keinesfalls zu einem Mittel werden, mit dem die beiden großen Kontrahenten in Ost und West ihren Fuß in die Tür der Europäischen Gemeinschaften setzen und deren mühsam gewonnene Kohäsion in Frage stellen.

Nach der Sicherheitskonferenz sollte eine Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen und mit verschiedenen Intensitäten und Strukturen möglich werden. Dabei werden jeweils verschiedene Kreise gebildet. Einmal der harte Kern der neun Staaten; dann die neun Staaten und die nicht beitretenden EFTA-Staaten. Schließlich ein weiterer Kreis der Kooperation, in dem auch Osteuropa mitmachen kann. Jeder dieser Kreise könnte seine eigenen Institutionen haben. Daher bedauere ich auch gar nicht, Herr Kogon, daß das föderalistische Konzept, sozusagen das Hallstein-Europa, nicht mehr angestrebt wird, daß man also keine föderalen Strukturen schaffen will, die für viele europäische Länder unannehmbar sind.

Ich halte den sich mehr und mehr kristallisierenden Ansatz des Zweiten Europa der Europäischen Union, geprägt durch ad hoc-Organisationen, die elastisch jeweils für einen besonderen Zweck geschaffen werden, für vielversprechend. Eine juristische Kategorisierung dieses Gebildes, das daraus entsteht und dann Europäische Union genannt wird, ist nur ein Streit um Worte, der uns Deutschsprachigen ja so nahe liegt. Der Begriff Europäische Union dürfte daher günstig gewählt sein. Pufendorf hat vom Heiligen Römischen Reich gesagt: "Monstro simile, irreguläre aliquod corpus." Das könnte man auch von der Europäischen Union sagen, aber keineswegs in abwertender Weise.

Dondelinger

Zehn Tage nach der Gipfelkonferenz mutet es etwas sonderbar an, wie hier gewisse Aspekte herausgehoben werden, während andere im Nichts verschwinden. Wenn ich das Kommunique von Paris gut gelesen habe, dann möchte ich, was die zukünftigen Beziehungen Europas zum Osten betrifft, drei Punkte festhalten.

Erstens: Ab 1. Januar 1973 gibt es eine gemeinsame Handelspolitik. Das ist nicht wenig. Denn ohne irgend etwas zu verraten, kann man sagen, daß bis zum 18. Oktober manche Leute in den Kanzleien

der Neun sich gefragt haben, ob der Neunte auch dazu bereit ist - der Neunte war nicht immer der gleiche.

Wenn das jetzt von den Staats- und Regierungschefs bestätigt worden ist, dann ist das schon eine wichtige Sache.

Zweitens hat die Gipfelkonferenz entschieden, daß für eine absehbare Zeit die Kooperation zwischen dem Osten und den Mitgliedsstaaten individuell weitergehen kann. Das ist auch ein wichtiger Punkt. Denn man muß heute feststellen, daß der Artikel des Römer-Vertrages, der sich auf die Handelspolitik bezieht, in einer Periode geschrieben wurde, in der Handelspolitik noch etwas ganz anderes bedeutete. Ein Handelsvertrag bestand damals im wesentlichen darin, daß man über die Erweiterung von Kontingenten und ähnliche Dinge verhandelte. Bei dem Grad der Liberalisierung, den die Gemeinschaft heute erreicht hat, spielen diese Handelsklauseln keine große Rolle mehr. Um so mehr bezieht sich die ausgeweitete Kompetenz jetzt auf Übereinkünfte, die nicht eigentlich auf dem Gebiete der klassischen Handelspolitik liegen. Das wird Kooperation genannt, ob es sich dabei nun um Lieferverträge oder um wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit handelt. Es ist bedauerlich, daß diese Dinge heute noch in der nationalstaatlichen und nicht in der Kompetenz der Gemeinschaft liegen.

Drittens wurde auf der Gipfelkonferenz auch von der Europäischen Sicherheitskonferenz gesprochen. Das Resultat ist unerwartet gut; denn man konnte bei den vorbereitenden Gesprächen ernsthaft befürchten, daß die Gemeinschaft in diesem Punkt zu keinem konkreten Schluß kommen werde. Die Staats- und Regierungschefs haben entschieden, daß die Konferenz eine Sache der Gemeinschaft als Ganzes ist. Die Mitgliedsstaaten der erweiterten Gemeinschaft präsentieren sich am Tische der Konferenz nicht als alte Freunde und Bekannte, sondern als Gemeinschaft, ohne dafür ausdrücklich einen Mr. Europe zu ernennen.

Für zukünftige Beziehungen der Gemeinschaft zum Osten dürfen diese drei Punkte aus dem Kommuniqué der Pariser Konferenz nicht vernachlässigt werden. Leider können wir auf einer Reihe von Gebieten nicht als Gemeinschaft auftreten, ob es sich dabei um Industrie, Technologie oder um Umweltschutz handelt. Der Grund dafür liegt in erster Linie darin, daß der gemeinschaftliche Prozeß im Innern noch nicht genügend fortgeschritten ist, um uns Material für eine Gemeinschaftspolitik an die Hand zu geben, die wir in internationalen Gremien verteidigen können.

Deshalb dürfen wir Sir Con O'Neill nicht so verstehen, daß die Gemeinschaft erst einmal zwei Jahre Pause machen und warten soll, bis die beitretenden Staaten sich der Gemeinschaft völlig angepaßt haben. Das wäre sogar die schlechteste Lösung; denn die Anpassung gelingt nur, wenn in diesen zwei Jahren intensiv gearbeitet wird. Die notwendigen Handlungen der Gemeinschaft sind unabhängig von dem, was auf institutionellem Gebiet möglich ist. Das kann auch auf später zurückgestellt werden. Die Bereiche Industriepolitik, Umweltschutz, Technologie, die heute noch den Mitgliedstaaten überlassen sind, müssen sehr schnell in die Gemeinschaft hineingenommen werden. Das ist nicht nur eine Frage der Institutionalisierung, sondern des materiellen Fortschritts und vor allem des politischen Willens.

Wenn die Gemeinschaft in diesen drei Punkten, für die die Staats- und Regierungschefs konkrete Instruktionen gegeben haben, vorgeht, wenn sie außerdem im internen Bereich und auf all den Gebieten, die unter dem Heading Wirtschafts- und Währungsunion angesprochen sind, gewisse Fortschritte macht, dann kann sie auch eine noch stärkere Ausweitung ihrer materiellen Beziehungen mit dem Osten ins Auge fassen. Das, was jetzt geschehen ist, ist ein bescheidener, aber kein schlechter Anfang.

Dahrendorf

Es ist sicher richtig, daß die großen Ergebnisse der Pariser Gipfelkonferenz an den drei Punkten liegen, die Herr Dondelinger erwähnt hat. Der zweite Punkt ist kritisch. Sie haben selbst gesagt, daß die wirtschaftliche Kooperation aus der gemeinsamen Handelspolitik ausgeklammert wird. An sich stünde es den Mitgliedsstaaten frei, den EWG-Vertrag auch etwas großzügiger zu interpretieren. Leider war ihre Interpretation bisher restriktiv.

Das hat Folgen für den Mittelmeerraum. Das Entscheidende an unserem Mittelmeerabkommen liegt nämlich weder im Freihandels- noch im Agrarbereich, sondern im Kooperationsbereich. Meine Sorge ist, daß man sich zu bedingten Konzessionen im Agrarbereich, zu größeren Konzessionen - wenn es solche sind - im Freihandelsbereich durchringt und den Kooperationsbereich ganz fallen läßt. Wenn wir aber nicht ein System wirtschaftlicher Kooperation entwickeln mit finanziellen Instrumenten, mit Instrumenten im Bereich der industriellen Zusammenarbeit, des Marketing, der Beratung und so weiter

und mit technologischen Instrumenten, dann bleibt unsere Mittelmeerpolitik unehrlich und unwirksam. Insofern hat die Gipfelkonferenz in diesem Punkt noch eine bedauerliche Zurückhaltung gezeigt.

Als dritten Punkt haben Sie das abgestimmte Handeln auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit erwähnt. Ich teile bis zu einem gewissen Grade die Skepsis von Herrn Kirk. Es ist sicher auch möglich, daß es zu einer Art von Konkurrenz zwischen Europäischer Gemeinschaft und KSZE kommt, aber nur dann, wenn wir nicht klar formulieren, was an sich gemeinsame Auffassung ist. Wir sind uns ja im Grunde einig über gewisse verfahrensmäßige Prinzipien. Wir sind uns auch einig darüber, daß es eine Parallelität zwischen der Behandlung von Sicherheitsfragen und von Fragen der Kooperation geben muß. Das ist eine Verfahrensfrage, die sehr wichtig ist.

Wir sind uns ferner einig, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit lange Zeit dauern, viele Sitzungen erfordern mag, aber nicht zu einem eigenen institutionalisierten System führen wird. Insoweit sehe ich hier nicht den Anfang eines konkurrierenden Institutionensystems. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit wird als Ergebnis Aufträge an schon bestehende Institutionen vergeben, so daß vielleicht als Resultat in gewissen Bereichen eine Erweiterung und Belebung der ECE und anderer Institutionen erfolgen wird.

Durch die Konferenz dürfen auch weder die bestehenden Verteidigungsbündnisse noch die inneren Ordnungen der beteiligten Länder betroffen werden. Wenn man solche Punkte überblickt, ergibt sich eine Art Strategie, die es uns erlaubt, zusammen mit den vielen anderen Dingen, die beraten worden sind, in eine solche Konferenz einzutreten. Die Einigkeit, von der ich hier spreche, besteht auf der Ebene abgestimmter Haltungen und nicht auf der Ebene von Gemeinschaftshaltungen.

Wir müssen uns die Frage vorlegen: Wie wirksam sind im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft Abstimmungsprozeduren, die keine eigentlichen Gemeinschaftsprozeduren sind, sondern die nur dieselben Teilnehmer haben, ohne daß dafür verbindliche Regeln in den Verträgen festgelegt sind? Das ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft Europas, die wir beantworten müssen, wenn wir wissen wollen, wie dieses Europa sich in der Welt verhalten wird. Das, was innerhalb der Gemeinschaftsprozeduren beschlossen werden kann, führt kaum zu einer abgestimmten Haltung der europäischen Staaten. Wir müssen deshalb prüfen, wie wirksam andere Formen der Zusammenarbeit sein können.

Ich bin im Gegensatz von Sir Con O'Neill der Meinung, daß es eine ganze Reihe Fragen gibt, die die Außenminister miteinander beraten, bei denen sie sich getrost viermal oder auch zwölfmal im Jahr treffen können und bei denen manche weitere Abstimmung möglich und wünschenswert ist. Hier liegt die eigentliche Chance für einen Fortschritt des europäischen Handelns.

Ich habe die britische Position und zumindest die Position des britischen Premierministers und seiner Regierung immer so verstanden, daß man der Europäischen Gemeinschaft beitrifft, so wie sie heute ist, und nicht weil die Gemeinschaft die Erfüllung britischer politischer Vorstellungen bringt. Vielmehr ist der englische Beitritt eine notwendige Voraussetzung für die gemeinsame Lösung der Fragen, die sich in vielen Bereichen, zum Beispiel auf der Sicherheitskonferenz stellen werden. Ich habe es also immer so verstanden, daß man auf der Grundlage der Gemeinschaft auch im Bereich der institutionell noch nicht gesicherten Zusammenarbeit stärker mitwirken will. Da wird es keinen Tag Pause und auch keinen Tag der "Verdauung" geben können.

Europas Zukunft wird davon abhängen, ob wir die Verdichtung der Integration auch mit Mechanismen und Prozeduren vornehmen können, die nicht im Rahmen der vertraglich vorgesehenen Institutionen liegen. Die Antwort auf diese Frage gibt einen Hinweis darauf, wie das auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit aussehen wird. Mit dem Schildchen ist noch nichts geklärt. Wie wird das zum Beispiel auch in den Vereinten Nationen aussehen?

Dessloch

Die Frage ist so alt wie die Europäischen Gemeinschaften. Aus der bedauerlichen Erfahrung, die man in den ersten Nachkriegsjahren mit dem Sicherheitsrat der UNO gemacht hat, ist das Bestreben entstanden, neue Mechanismen der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln, die wirksam sind, das heißt zu Beschlüssen führen. Dabei ist man auf das Institutionensystem der Europäischen Gemeinschaften verfallen.

Dahrendorf

Nein.

Dessloch

Jedenfalls ist das Willensbildungssystem der Europäischen Gemeinschaften mit seinem weiten Zuständigkeitsbereich und seiner Kombination zwischen einem zentralen Initiativorgan und einem föderalen Beschlußorgan sowohl von der Theorie her als auch in der Praxis überaus wirksam. Daneben gibt es nur die Regierungskonferenz klassischen Zuschnitts. Die negativen Erfahrungen mit diesem Instrumentarium sind Legion und sehr deprimierend.

von Simson

Die im Ministerrat der EWG vereinigten Minister haben verschiedentlich Beschlüsse gefaßt, die zwar keine Gemeinschaftsbeschlüsse, aber für die Gemeinschaft zielsetzend waren. Nur so können gemeinsame Entschlüsse, die von den Politikern der einzelnen Länder gefaßt werden, die Gemeinschaft autorisieren, entsprechend zu handeln. Das hat sich in der EWG verschiedentlich recht gut bewährt.

Noch eine indiskrete Frage an Herrn Dahrendorf: Hat man sich in der Kommission eigentlich schon überlegt, in welcher Form man in Helsinki auftreten wird, also wer und mit welcher Vollmacht?

Dahrendorf

Das werde ich in Anwesenheit von Ratsmitgliedern nicht verraten.

Kirk

Wenn man nach Helsinki, Wien oder zur Sicherheitskonferenz geht, wird es Probleme geben, die auf der Ebene der Gemeinschaft lösbar sind und andere, die auf dieser Ebene nicht nur nicht lösbar, sondern auch gar nicht vertretbar sind. Man kann auf der Gemeinschaftsebene zwar über Kooperation verhandeln, aber nicht über Sicherheit. In puncto Sicherheit ist auf der Gemeinschaftsebene nichts zu machen; da kann man sich nur konsultieren.

Poensgen

Im Kommuniqué der Pariser Gipfelkonferenz kommt zum ersten Mal das Wort "Allianzen" vor. Ich kann mich nicht erinnern, Herr Dahrendorf, in einem offiziellen Gemeinschaftstext auf dieser Ebene schon einmal dieses Wort gelesen zu haben. Das hat seinen Wert.

Die Auseinandersetzung um die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit spielt sich nicht nur im mitteleuropäischen, sondern auch im Mittelmeerraum ab. Die Unruhe der Mittelmeerländer ist groß. Sie versuchen auf verschiedenen Wegen an der Vorbereitung der KSZE teilzunehmen, um sich, sei es in militärischer, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht, rechtzeitig bemerkbar zu machen. Auch da gilt die Formel, die im Kommuniqué der Gipfelkonferenz steht: Wir wollen als Gemeinschaft abgestimmt vorgehen.

In welchen Bereichen, in welcher Breite des Fächers, darüber sagt die Gipfelkonferenz allerdings nichts aus. Nur derjenige, der aus indiskreten Zeitungsmeldungen gesehen hat, welche Formulierungen es vorher gegeben hat, kann erkennen, welche Möglichkeiten man gehabt hätte.

Was kann die Gemeinschaft im Mittelmeerraum in Durchführung der Beschlüsse der Gipfelkonferenz tun? Mit den bescheidenen Mitteln, über die sie heute verfügt, heißt das handelspolitische, finanzielle und technische Zusammenarbeit. Die Kommission hat mit ihren Vorschlägen einen großen Wurf gewagt. Sollte die Antwort hierauf ausbleiben, hätte das auch politische Nachteile.

Worauf kommt es den Mittelmeerländern, die zum Teil wirtschaftlich notleidend sind, an? Die industrielle Freihandelszone ist für sie kaum interessant; denn sie wollen vor allem ihre Agrarerzeugnisse absetzen, mit denen es zur Zeit in Brüssel Schwierigkeiten gibt. Es handelt sich zum Beispiel um Wein; ein schwieriges Kapitel, wenn man daran denkt, daß sich der Freiverkehr mit Wein in der EWG nicht so vollzieht, wie es sein sollte. Ferner geht es um Obst und Gemüse. Es ist ein legitimes Ansinnen, die Obst- und Gemüseproduktion in Europa zu schützen. Wir stehen allerdings vor EWG-Regelungen, auch für diese Erzeugnisse eine Art politischen Preis einzuführen. Die Gemeinschaft möchte - vereinfacht gesagt - Notstandsklauseln durchsetzen, die bis zum Importstopp gehen. Wenn wir den Mittelmeerländern auf der einen Seite mit großer Geste die Zusammenarbeit anbieten und auf der anderen Seite so wenig flexibel sind auf den Gebieten, auf die es ihnen notwendigerweise ankommt, wo bleibt dann die höhere politische Einsicht?

Man ist ja gewohnt, daß der Rat gelegentlich auf verschiedenen Ebenen Entscheidungen trifft, die schwer unter einen Hut zu bringen sind. Während zum Beispiel der "Stabilisierungsrat" in Luxemburg darüber nachdachte, wie man die Preise niedrig hält, haben die Agrarminister zur gleichen Stunde

darüber beraten, welche Agrarpreise man erhöhen muß. Ich sehe die Gefahr, daß nun auch die Kommission gelegentlich mit zwei Zungen spricht.

Wir haben auch daran zu denken, daß die Aktivität der Europäischen Gemeinschaft im Mittelmeerraum einen unserer Hauptpartner, die Vereinigten Staaten, irritiert. Denen könnte man diese Politik nur verkaufen - siehe 6. Flotte;- , wenn man darauf hinweist, daß wir politisch zu einem vernünftigen Ergebnis kommen wollen. Die Gemeinschaft ist das einzige Gremium in der Welt, das den Mittelmeer-Staaten trotz des schwelenden Konfliktes eine gleichartige Lösung anbietet. Damit könnte sie Vorarbeit für eine Friedensordnung im Mittelmeer leisten.

Wenn wir dazu nicht in der Lage sind - und das befürchte ich, wenn es so weitergeht;- , dann öffnen wir dem Osten Tür und Tor, oder besser gesagt, wir verpassen die Chance, einige Tore und Türen wieder zuzumachen. So haben wir zum Beispiel nicht viel getan, um die Ägypter zu ermutigen. Die Gemeinschaft hätte zwar Herrn Sidki kaum davon abhalten können, nach Moskau zu fahren, aber sie hätte den Ägyptern den Entschluß, sich mit den Russen wieder zusammenzufinden, erheblich erschweren und damit etwas Terrain gewinnen können. Hier fehlt es an der politischen Koordination.

Ich halte es nach diesen Erfahrungen für übertriebenen Optimismus, etwa aus der politischen Zusammenarbeit baldige Anstöße zu erwarten. Die Bundesrepublik trägt hierzu mit bei: Wir reden zuerst von Handelsregelungen; Geld für Entwicklungshilfe im Mittelmeer aber haben wir leider nicht. Wir verweisen auf unsere schwierige Finanzlage. Die Italiener hingegen sagen, erst müsse die Entwicklungshilfe sichergestellt sein, dann könne man über Wein und Obst reden.

Es sollte also einmal deutlich gesagt werden, daß die Sicherheit am Südfügel Europas auch etwas kostet - sei es zu Lasten der deutschen Staatskasse, sei es zu Lasten gewisser Agrarstrukturen in Europa, die wir dann umstrukturieren müßten.

Ein Wort zur Vorbereitung der KSZE. Es ist richtig, daß wir im Rahmen der politischen Zusammenarbeit Gremien haben, die parallel zu gewissen NATO-Gremien mit der Vorbereitung beschäftigt sind. Es zeigt sich aber, daß die "Masse", die wir auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzusetzen haben, bescheiden ist. Hier werden beim Aushandeln des "do ut des" Konzessionen verlangt, zum Beispiel die Zulassung von Firmenvertretern, freie Beweglichkeit und so weiter. Sie werden von der anderen Seite schon als einschneidende Maßnahmen angesehen. Deshalb halte ich es für eine Illusion, darüber hinaus noch irgend etwas an politischem Wohlergehen durch Kooperation erreichen zu wollen.

Ferner halte ich es für unwahrscheinlich, daß von wechselseitigen Handelsgeschäften eine friedensfördernde Wirkung ausgeht. So ist das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion gewiß für beide Seiten nützlich. Aber ich wage zu bezweifeln, daß wir daraus einen neuen Impetus für ein friedlicheres Zusammenleben gewinnen. Wir erschließen damit zwar für unseren Energiebedarf eine Zusatzquelle. Das darf aber nie so weit gehen, daß wir uns davon de facto abhängig machen.

Fazit: Wenn wir die heute bestehende Gemeinschaft nicht weiter verdichten, werden wir weder in der Agrarpolitik noch in den anderen Bereichen, etwa in der Handelspolitik, in der Lage sein, ein vernünftiges Angebot zu machen, sei es im Mittelmeer, sei es in direktem Kontakt mit den östlichen Gesprächspartnern in der KSZE. Solange wir nicht mit einer gemeinsamen politischen Zielsetzung auftreten können, kommen wir nicht weiter. Deshalb warne ich davor zu sagen: Führen wir doch die Gemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiet fort und stellen wir die politische Zusammenarbeit etwas zurück. Dann werden wir gerade auf der bevorstehenden Sicherheitskonferenz recht unkoordiniert und ohne gemeinsame Zielsetzung ins Leere arbeiten und gegenüber einer zielstrebigem Vorbereitung der anderen Seite in die Defensive gedrängt werden.

Götz

Sicher könnte Herr Dahrendorf ohne weiteres eine dieses Gremium erheiternde Darstellung liefern, auf welcher halsbrecherische Weise die Europäische Gemeinschaft sich auf den verschiedenen europäischen Konferenzen präsentiert. Die Variation ist schier unerschöpflich: Einmal darf einer reden, es darf aber nichts in das Protokoll hinein; dann darf er nicht reden, es muß aber in das Protokoll hinein. Wie in einem tropischen Gewächshaus wächst dort je nach der aktuellen Situation, je nach der Festigkeit des einen Unterhändlers X oder der Weichheit des Unterhändlers Y, eine vollkommen unkontrollierbare Nichtpräsenz dieser weltgrößten Handelsmacht.

Wir stehen jetzt vor einer Serie von Konferenzen: Kakaoabkommen, Kaffeeabkommen und so weiter. Da geht es nicht um so weltbewegende Dinge wie Sicherheit, sondern um handfeste, nüchterne Interessen. Deshalb sollten wir uns einmal Gedanken darüber machen, wie diese Gemeinschaft sich nach außen verhalten will, und zwar in einem ganz technischen Sinne: Wer spricht was; wie will die

Gemeinschaft sich profilieren? Dann kommen wir über diese Scheinprozeduraldebatte sehr schnell, wie man in Süddeutschland sagt, ans "Eingemachte" der Souveränität. Mir fehlt der politische Höhenflug, um mir vorzustellen, welches nationale Interesse das Land X im Libanon, in Marokko oder in irgendeinem Mittelmeerland hat. Gibt es dort noch nationale Interessen, die man unter allen Umständen außerhalb der Gemeinschaftsprozedur vertreten muß? Ich meine, in den nächsten Jahren wäre eine Einigung über diese Entscheidungsprozeduren wichtig.

Kirchschläger

Die grundsätzliche Frage ist doch, wie sich eine Gemeinschaft einigen soll, wenn die Völker der darin vertretenen Länder in den ihnen wesentlich erscheinenden Punkten nicht dieselbe Auffassung haben. Denn wir leben doch, gottseidank, in Demokratien, und ich darf damit wohl annehmen, daß sich die Willensbildung des Volkes irgendwie auf die Willensbildung der Regierungen auswirkt. Es wird daher auch innerhalb der Gemeinschaft nicht jeder, ob Regierungschef, Außenminister, Finanzminister oder vor allem Landwirtschaftsminister eine gemeinsame europäische Meinung vertreten können, weil er dann durch sein eigenes Parlament und damit mittelbar durch den Willen seines Volkes nicht mehr gedeckt ist. Hier muß erst eine stärkere Europäisierung des Denkens bei den einzelnen Völkern einsetzen, bevor wir diese Grundsatzfragen lösen können.

Götz

Wenn diese Entscheidungsprozeduren so weitergehen und in den Gazetten nur über Beihilfen für Seidenraupen und alle diese schönen Dinge geschrieben wird, dann wird der Prozeß der Europäisierung in der öffentlichen Meinung nicht gelingen, und zwar in keinem Lande.

Kirchschläger

Wenn es um Seidenraupen geht, mag ein solcher Prozeß noch gelingen, aber wenn man den Fisch oder die Milch vergißt, so wird in dem Lande, für das Fisch oder Milch wichtig sind, sicher der Gegenprozeß einsetzen. Das ist die Schwierigkeit.

Kogon

Dazu, Herr Kirchschläger, hat Madame Giroud im Leitartikel von L'Express kürzlich treffend geschrieben: "Niemand kann Bürger eines großen Warenhauses sein."

Kirk

Premierminister Heath ist der Meinung, daß man dem Europäischen Parlament erst einmal eine wichtige Rolle innerhalb der Gemeinschaft geben muß. Nur dann wird die öffentliche Meinung meines Landes - und ich glaube auch die der anderen Länder der Gemeinschaft - bereit sein, an Direktwahlen für das Europäische Parlament teilzunehmen. Eine gewisse finanzielle Verantwortung, eine Art Committee of Public Account, wie wir es im Unterhaus haben, wäre vielleicht eine erste Stufe für das Europäische Parlament im Zusammenhang mit der Kommission. Auf dieser ersten Stufe könnten der Kommission andere Verantwortlichkeiten übertragen werden. Das ist aber noch nicht möglich, weil es sich beim Ministerrat um nationale Souveränitätsrechte handelt.

Wir haben uns keine Frist gesetzt, aber wir hoffen, daß es nach fünf Jahren möglich sein wird, Direktwahlen durchzuführen. Es gibt für uns bei dem heutigen System eine Schwierigkeit. Wenn man wie in England und zur Hälfte auch in der Bundesrepublik individuelle Wahlkreise hat, dann ist es für die Abgeordneten schwer, ein halbes Jahr in Straßburg und außerdem im eigenen Parlament zu sitzen. Michael Steward, der frühere britische Außenminister, hat einen Plan vorbereitet, nach dem 36 Abgeordnete sowohl als Mitglieder für Straßburg als auch für das britische Parlament direkt gewählt werden. Das ist vielleicht eine Lösung, aber es braucht Zeit. Wir müssen unsere Bevölkerung erst auf die Idee der direkten Wahlen vorbereiten. Das ist etwas Fremdes für uns und wohl auch für die anderen Länder, mit Ausnahme der Niederlande, die bereit sind, schon jetzt auf diesem Weg zu marschieren. Wir sind der Auffassung, daß man dem Europäischen Parlament erst eine Rolle geben muß und dann an Demokratisierung denken kann.

Kogon

Halten Sie es für ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit ein europäischer Paß neben dem nationalen Identitätspapier eingeführt wird? Er hätte einen außerordentlichen Symbolwert für den Bürger. Ich halte nichts mehr von einer Mobilisierung von unten; das ist vorbei. Aber wenn man ein solches Dokument in der Hand hätte, das einen als Europäer ausweist ...

Wocker

Und außerdem einen europäischen Führerschein ...

Kogon

Halten Sie das für eine völlige Illusion?

Dahrendorf

Nein, im Gegenteil.

Götz

Wenn einem im technischen Betrieb so die europäische Misere überkommt - Herr Kogon sprach von der föderalistischen Idee: alles eingesargt, vorbei;- , dann überlegt man manchmal: Was werden wohl unsere Kinder am Ende dieses Jahrhunderts oder die Historiker im nächsten Jahrhundert über die letzten 25 Jahre denken? Ich glaube, sie werden ganz befremdet sein und sich fragen: "Was haben die Leute damals eigentlich gemacht? Die wußten doch, was auf sie zukommt." Es war ein deutscher Bundesminister, der vor kurzem von Sicherheitsproblemen im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern gesprochen hat. Es bedarf in diesem Kreis keiner großen Anregungen, um der Phantasie freien Lauf zu lassen, was in den nächsten zwanzig Jahren noch an Problemen auf uns zukommen kann.

Damit komme ich noch einmal auf die Institutionen, genauer gesagt, auf die Entscheidungsprozeduren zurück. Wie wollen wir eigentlich in Europa in einer überschaubaren Zeit zu gemeinsamen Entscheidungen kommen? Das Wort Mehrheitsentscheidung wagt ja kein vernünftiger Mensch mehr auszusprechen. Wenn es aber so weitergeht wie bisher, dann kommt es entweder zu keinen Entscheidungen oder zu schlechten, im Zweifelsfalle zu wesentlich verspäteten.

Bondy

Wir haben alle den Eindruck, daß in der Europäischen Gemeinschaft gewisse Fortschritte explizit gemacht werden müssen, was Wahlmodus, Kompetenzen der europäischen Institutionen, Parlamente und so weiter betrifft. In der Frage neuer Beziehungen zur Sowjetunion sind wir dagegen der Meinung, daß die größten Fortschritte diskret und nicht im Rampenlicht internationaler Reden und Konferenzen erzielt werden. In dieser Hinsicht ist gerade Österreich in der Kulturpolitik stets vorbildlich gewesen durch seine Einladungen und Gespräche. Manchmal ist das Implizite und nicht allzu Artikulierte gerade das Wirksamste. Das ist das Plädoyer eines Journalisten gegen zuviel journalistische Publizität auf diesem Gebiet.

Dondelinger

Die Gemeinschaft kann nur leben, wenn sie auf dem Consensus der Bürger fundiert ist. Den Consensus der Bürger erhält man normalerweise durch Parlamentswahlen. Das ist aber wohl nicht die einzige Gelegenheit für den Bürger, sich zu manifestieren. Eines ist sicher: Die Institutionen der Gemeinschaft müssen alles daransetzen, um den Consensus der Bürger mehr und mehr zu mobilisieren, ganz gleich auf welche Weise.

Die Gemeinschaft ist in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft und wird hoffentlich bald auch eine Sozialgemeinschaft sein. Wenn die Entschließung der Gipfelkonferenz einen Sinn gehabt haben soll, dann muß auf diesen Gebieten eine Mobilisierung der interessierten Kreise erfolgen. So bin ich der Meinung, daß zum Beispiel die Demonstration, die vor eineinhalb Jahren in Brüssel stattgefunden hat, so bedauerlich sie in mancher Hinsicht war, als hunderttausend Bauern die Stadt kurz und klein schlugen, die größte europäische Manifestation war, die man bis dahin gekannt hat. Hunderttausend Leute haben die Gemeinschaft für etwas verantwortlich gemacht. Sie sind dafür auf die Straße gegangen, haben sogar etwas zu hart demonstriert, aber das war für mich ein Beweis für die Existenz der Gemeinschaft.

Kirchschläger

In Österreich sind sie auf die Straße gegangen, ohne daß die Gemeinschaft dort existiert.

Dondelinger

Dort haben sie gegen die Regierung demonstriert. Es gibt eine politische Macht, die der Bürger unterstützt, gegen die er sich gelegentlich aber auch auflehnt. Deshalb ist es für Europa wichtig, wenn die nötige Unterstützung gerade durch die öffentliche Meinung in den verschiedenen sozialen Bereichen erfolgt.

Das macht die Stärkung der Parlamentsbefugnisse nicht überflüssig. In dieser Hinsicht halte ich den Vedel-Bericht für einen interessanten Ansatz. Das Parlament kann nicht ewig die schlechte Kopie eines alten, etwas verstaubten Parlamentarismus abgeben.

In diesem Sinne ist ein Besuch in Straßburg kaum ein großes demokratisches Erlebnis. Das hängt nicht allein davon ab, ob die Abgeordneten direkt oder indirekt gewählt werden. Es muß von den Straßburger Parlamentariern etwas mehr verlangt werden, als nur zu sagen: Wenn wir einmal mehr Befugnisse haben, oder wenn wir einmal anders gewählt werden, dann wird alles anders. Die Leute in Straßburg haben doch ein politisches Mandat; sie müssen schon selbst die Kraft finden, ihre Souveränität zu bekunden.

Wenn sich die Frage der Befugnisse und später die Frage der Direktwahl stellt, dann gibt es einen Konflikt zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament. Deshalb sollte so etwas nicht auf Umwegen, sondern durch ein klares Engagement der nationalen Parlamente geschehen, die dann einen Teil ihrer eigenen Befugnisse dem Europaparlament übertragen müssen.

Das führt uns zur Union Européenne, von der heute noch niemand weiß, welche Konturen sie annehmen wird. Ich sehe zwei Garantien, daß diese Union Européenne so wird, wie alle überzeugten Europäer sie sich vorstellen. Erstens sollte sie auf der Grundlage der derzeitigen Verträge aufgebaut werden. Zweitens sind die Institutionen, das heißt die Kommission, der Rat und das Parlament beauftragt, dafür Vorschläge zu machen. Das müßte auch den skeptischsten unter den Europäern eine gewisse Garantie geben.

Kogon

Eine Bemerkung nur zur Demokratisierung. Sämtliche Prozesse, die jetzt und in Zukunft vor sich gehen, sind technokratische Prozesse, die von Fachleuten gesteuert werden. Ich kann nicht sehen, wie Parlamentarier, nationale oder direkt gewählte - wenn wir sie je haben sollten;-), die Probleme vom Vannoni-Plan in Süditalien bis nach Nordirland verstehen und mitvollziehen könnten. Das anzunehmen, wäre reine Illusion; man sieht es doch in Straßburg.

Es wäre eine holde Illusion zu glauben, es könne von der Basis her - von der Jumelage der Gemeinden aus etwa, der kommunalen Verschwisterung irgend etwas von dem entstehen, was Coudenhove mit europäischem Patriotismus gemeint hat. Das ist vorbei, das war einmal eine Sternstunde der Geschichte. Wir können jetzt nur pragmatisch verfahren. Wenn wir den langen Atem haben, werden wir auf der technokratischen Ebene, auf der sich in Zukunft alles vollziehen wird, mit großer Geduld sehr viel erreichen.

Steinert-Dalmer

Frau Zellentin hat auf die wichtige Korrelation zwischen Zielsetzungen und Potentialen hingewiesen. Wenn man einen Schritt weiter geht, muß man auch das Instrumentarium miteinbeziehen, das in gewissen Etappen aufzubauen ist. In diesen Zusammenhang gehört zum Beispiel die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit, die Herr Khol angesprochen hat. Auch das Problem der Sicherheit muß eventuell institutionell mittels einer speziellen Kommission geregelt werden. Auf der Ebene und im Zusammenhang mit der KSZE müssen institutionell Wege beschriftet werden. Man sollte also neben schon bestehenden Institutionen, etwa im Rahmen der UNO, wie die ECE, einige andere Kommissionen oder Gremien aufbauen, die das Neuartige der Entwicklung besser aufzeigen und die nicht durch die Fehden des Kalten Krieges belastet sind.

Jean Monnet hat einmal gesagt: "L'homme ce n'est rien, les institutions sont tout." Deshalb hat er seinerzeit darauf gedrängt, auf gewissen Gebieten neue Institutionen zu schaffen. Sicher sollen damit nicht bestehende und bewährte Organisationen abgeschafft werden. Aber es müssen gleichzeitig einige neue Kommissionen und Instanzen entstehen, damit ein neuer Impetus ausgelöst wird. Ist man denn innerhalb der EWG darauf vorbereitet, etwas Neues in Europa im Zusammenhang mit der KSZE aufzubauen, zum Beispiel eine Kommission für Crisis Management, für Schiedsgerichtsbarkeit oder ein neues Gremium für Fragen der Abrüstung?

Kogon

Sie haben gesagt, Herr Dahrendorf, man sei sich einig, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit kein konkurrierendes System für die EWG bilden dürfe. Wer ist sich da einig?

Dahrendorf

Ich bin der Meinung, daß die Mitgliedsstaaten diese Politik vertreten werden.

Kogon

Das ist natürlich eine schwächere Aussage.

Die Sowjetunion ist im übrigen nicht bloß ein starkes, sondern auch ein schwaches Vis-a-vis. Sie hat in ihrem Hegemonialbereich große Sorgen, die noch größer werden können. Darin besteht die Chance der Zusammenarbeit mit uns, auch wenn als Gegenprozeß dann eine schärfere Integration im Osten eintritt.

Wir müssen alles auf eine lange Frist abstellen, nämlich bis zum Ende dieses Jahrzehnts. Wenn wir von vornherein entschlossen wären, daß die Konferenz sich in keinem Punkt institutionalisieren soll, halte ich das für gefährlich. Denn einiges von dem, was dort beschlossen wird, hat eine erhebliche Wirkung auf die Sicherheitsfragen. Wenn man zum Beispiel im Laufe der Zeit zur Einrichtung eines Krisenmanagements käme, also zu einer permanenten Institution in Form einer Kommission, dann hätte das eine wesentliche Erleichterung zur Folge. Das wäre schon ein praktischer Beitrag auch zur Lösung der Sicherheitsfrage.

Wir müssen daher mit weiter Sicht, langem Atem und großem Mut in diese Phase der Kooperation hineingehen - aber auch mit der Gewißheit, daß die andere Seite nicht aus lauter Stärken besteht, sondern eine Reihe von Schwächen hat, die in der Kooperation zutage treten werden. Die Sowjetrussen wissen das ebenfalls; deshalb sind sie ja neben der Kooperation auch auf "Abgrenzungen" bedacht. Die Situation in den nächsten Jahren ist also recht kompliziert.

Wenn sich die Regierungen innerhalb der Gemeinschaft und um die Gemeinschaft herum mit der Konferenz Zeit nehmen, dann könnte uns gerade der pragmatische Sinn der Briten für die konkreten Verbindungen nützlich werden, auch wenn daraus keine Institutionen erwachsen sollten. Wir müssen uns doch darüber im klaren sein, daß die Phase irgendwelcher Hoffnungen auf föderalistische Einrichtungen absolut zu Ende ist. Es wäre die reine Illusion, sich einzubilden, man werde wirkliche Supranationalität über vielleicht gewisse Kompetenzerweiterungen für die Kommission hinaus erreichen.

Wocker

Es heißt zwar immer, daß es sich um eine Konferenz handelt, bei der das Wort Zusammenarbeit eine große Rolle spielt. Nach der Diskussion hier scheint aber die Konferenz zunächst ein Element der Konfrontation darzustellen. Wir stehen jemandem gegenüber, mit dem wir erst Zusammenarbeit aushandeln wollen. Dieses Gegenüber hat bestimmte Vorstellungen davon, wie die Zusammenarbeit oder Nichtzusammenarbeit aussehen soll. Bevor wir uns fragen, mit welcher Stimme Europa oder der Westen auftreten will, und ob es die Möglichkeit zur Koordination gibt, müßte man zunächst wissen, was die andere Seite auf der Konferenz will. Herr Kogon sagt, der Stalinismus sei vorbei. Wir befinden uns also in einer Phase, in der die sowjetische Seite zur Zusammenarbeit bereit ist. Aber was will sie denn eigentlich? Sie will gewiß nicht nur den Status quo. Den hat sie doch.

Ich habe nicht den Eindruck, daß man sehr klare Vorstellungen davon hat, was die Russen von der Konferenz erhoffen; es gibt nur alle möglichen Verdachtsmomente, was die Russen dort eventuell an finsternen Sachen machen könnten. Das Mißtrauen ist sicher berechtigt, aber es hilft bei der Vorbereitung nicht sehr viel weiter.

Morgan

Sie werfen die Frage auf, Herr Wocker: Was will die sowjetische Seite mit der Konferenz erreichen? Wir sollten nicht vergessen, daß auch die östliche Seite mit unterschiedlichen Vorstellungen dorthin kommt. Man darf die Dinge nicht so darstellen, als ob wir im Westen getrennt und unvorbereitet dahin gingen, während der Ostblock sozusagen geschlossen und mit ganz konkreten Vorstellungen und Wünschen auftreten wird. So hoffen zum Beispiel die Rumänen, durch diese Konferenz mehr Spielraum für ihre eigene Politik zu bekommen. Das gleiche gilt für Jugoslawien.

Auf einer Konferenz in Bulgarien war vor kurzem von einigen östlichen Vertretern deutlich zu hören, daß sie mehr Unabhängigkeit, mehr Spielraum sowohl politisch wie wirtschaftlich von der Konferenz

erhoffen. Das werden sie natürlich nicht so offen zeigen; man kann nicht erwarten, daß die östlichen Delegierten aufstehen und harte Reden gegen die Sowjetunion halten.

Es wäre gar nicht so schlecht, wenn die Kommissionen und Unterkommissionen, die aus dieser Konferenz hervorgehen, eine dauerhafte Existenz hätten. Zuerst werden wir eine große Konferenz mit Außenministerreden und so weiter erleben, und dann kommt die mühsame, langwierige Arbeit in den Kommissionen.

Der Westen könnte einige Vorteile daraus ziehen, daß die kleineren Staaten des Ostblocks durch diesen langsamen Prozeß der Ost-West-Beziehungen mehr Spielraum erhalten.

Stehlin

Was erwarten die Russen von der Sicherheitskonferenz? Wir haben große Erfahrungen, wie die Russen sich in der Vergangenheit verhalten haben. Sie werden sich freuen, bei einer derartigen Konferenz die Europäer wieder einmal getrennt anzutreffen. Andererseits werden sie den Amerikanern versichern, daß sie nicht mehr in der Zeit des Stalinismus leben. Aber was hat Stalin Schlimmeres als seine Nachfolger getan? Man scheint schon vergessen zu haben, daß die Russen 1968 die Tschechoslowakei militärisch besetzt haben.

Wir versuchen, den Status quo aufrechtzuerhalten. Ich glaube aber nicht, daß das die richtige Lösung ist. Auch die Russen sprechen vom Status quo, aber für sie bedeutet er etwas anderes, nämlich Bewegung. Wenn die Sicherheitskonferenz sich nicht gegen uns auswirken soll, müssen wir versuchen, uns politisch zu einigen.

Sie sagen, auf der Gipfelkonferenz seien Fortschritte gemacht worden. Ich bestreite das; denn das, was dort formuliert wurde, ist auf anderen Konferenzen schon viel klarer ausgedrückt worden. Selbstverständlich müssen wir eine europäische Verteidigungsgemeinschaft entwickeln. Aber die ist nur zu erreichen, wenn vorher die politische Einheit Europas hergestellt worden ist.

Dondelinger

Man darf die historische Genesis der Konferenz nicht vergessen. Sie war ursprünglich nicht dafür vorgesehen - und sie ist es auch heute nicht;-, ein europäisches Arrangement aufzubauen. Daß sie jetzt stattfindet, hängt natürlich mit der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zusammen. Die Konferenz ist gewissermaßen die Krönung eines bestimmten Prozesses.

Die Konferenz hat zunächst einen allgemein politischen Charakter, der über das hinausgeht, was man als konkretes Resultat erwarten kann. Darüber hinaus werden alle die Fragen aufgeworfen, die Entspannung und Kooperation betreffen. Die Themen sind aber nicht nur von westlicher Seite begrenzt, sondern auch die Sowjetunion befindet sich in einer relativ schwierigen Lage. Die Weststaaten könnten zum Beispiel eine gewisse Freizügigkeit der Personen und der Ideen vorschlagen; denn das stört uns im Westen nicht. In dieser Hinsicht ist die Sowjetunion darauf bedacht, daß die Konferenz keine allzu großen, zwingenden Konsequenzen haben wird. Darin liegt auch für den Westen eine gewisse Absicherung.

Was nun die Institutionen oder Gremien angeht, so besteht auf westlicher Seite offensichtlich keine sehr große Neigung, mit der Konferenz zu institutionalisierten Systemen zu kommen. Die Konferenz hat also durchaus ihre Bedeutung, aber sie wird nicht solche Konsequenzen haben, die für die Entwicklung in Europa, besonders für die Entwicklung in der Gemeinschaft Gefahren heraufbeschwören.

Kirchschläger

Die Konferenz wurde seinerzeit geplant, um gewisse Verhältnisse in Zentraleuropa auf Dauer zu regeln. Diese Verhältnisse werden aber wahrscheinlich bis zum Zusammentreten der eigentlichen Konferenz bereits eine definitive Regelung gefunden haben. Dadurch hat sich das Konferenzziel geändert. Die Konferenz darf sich jetzt nicht wieder auf eine Behandlung der zentraleuropäischen Fragen beschränken und die gesamteuropäischen Fragen, zu denen sowohl der hohe Norden als auch das Mittelmeer in seiner ganzen Breite gehören, beiseite schieben.

Sie befürworten hier offenbar, daß die Konferenz keine institutionalisierten Systeme schaffen wird. Ich teile diese negative Einstellung nicht. Wenn wir nämlich im Kapitel Sicherheit einen glaubhaften Gewaltverzicht erreichen wollen, dann muß für die Gewalt ein Ersatz geschaffen werden. Denn die Gewalt ist ja im zwischenstaatlichen Leben nicht funktionslos; sie dient der Durchsetzung von echten oder von vermeintlichen Ansprüchen. Wir müssen daher irgendeinen Mechanismus finden, der die

Gewalt ersetzt. Es genügt nicht zu sagen, Gewalt gibt es nicht mehr, ohne etwas anderes an die Stelle zu setzen, womit vermeintliche Ansprüche zur Diskussion gestellt beziehungsweise echte Ansprüche durchgesetzt werden. Denn daß eine Versteinerung bis zum Weltuntergang eintritt, wäre eine Utopie.

Es brauchen keine Institutionen zu sein, wie sie die Charta der Vereinten Nationen vorsieht; aber die Einrichtung solcher Institutionen würde doch nicht bedeuten, daß Europa dann verloren ist. Vielmehr wird man eine nützliche gesamteuropäische Arbeit leisten können. Voraussetzung ist allerdings, daß der Gewaltverzicht und der Verzicht auf die Drohung mit Gewalt von allen ernst genommen wird. Er darf nicht mit der Einschränkung versehen werden, daß er nur im Rahmen der friedlichen Koexistenz, also nur zwischen den Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen, möglich ist. Vielmehr muß dieser Gewaltverzicht zwischen allen Staaten gelten. Gegenüber dem Prinzip der "Solidarität zur Erhaltung des Sozialismus zum Schutze des Volkes", wie es innerhalb des östlichen Paktsystems unter dem Namen Breschnew-Doktrin bekannt wurde - obwohl diese Doktrin schon so lange in kraft ist, wie es die friedliche Koexistenz überhaupt gibt;- , muß also sichergestellt sein, daß der Gewaltverzicht ein allgemeiner ist, also gegenüber allen Staaten wirkt.

Kohlschütter

Ich stimme denen zu, die sich gegen die Diabolisierung der Institutionen, ja der Sicherheitskonferenz überhaupt wenden. Beides hat für den Osten Stärken und Schwächen.

Vor kurzem sagte mir ein rumänischer Parteifunktionär in Bukarest: "Erwarten Sie keine allzu großen praktischen Konsequenzen von dieser ersten Sicherheitskonferenz. Sträuben Sie sich auch nicht zu sehr gegen die Institutionalisierung, die wir alle fordern." Dann zitierte er Raymond Aron, der einmal gesagt hat, einer der größten Fehler Stalins sei es gewesen, daß er nach dem Kriege im osteuropäischen Raum die Nationen als Gefäße habe bestehen lassen, die sich dann gegen das Interesse der Sowjetunion wieder mit nationalem Inhalt gefüllt haben. Wichtig war, daß die Gefäße überhaupt bestanden. "Auch die Institutionen der KSZE", sagte der rumänische Parteifunktionär, "sind für uns Gefäße, die am Anfang vielleicht leer aussehen, die nur eine rituelle Bedeutung haben; aber sie können sich in der richtigen politischen Konjunktur füllen, und das ist unsere Absicht. Laßt uns dafür Zeit und wendet Euch nicht stur gegen die Institutionalisierung." Dies ist nur ein Beispiel dafür, daß auch diese Seite ihr Für und Wider hat.

Wichtig ist auch die Bemerkung von Herrn Kirchschräger, daß wir nicht den südosteuropäischen Raum vernachlässigen und nur an Zentraleuropa denken dürfen. Gerade wenn wir im Zusammenhang mit der KSZE an die Dissidens im Ostblock denken und den Individualismus dort fördern wollen, müssen wir uns dem südosteuropäischen Raum zuwenden. Denn dort ist die Dissidens gerade jetzt am stärksten prononziert und akzentuiert. Die Rumänen und die Jugoslawen befürchten, daß ihr Raum vergessen, benachteiligt und aus der großen Entspannung ausgeklammert wird. Die Gefahr besteht, daß sie dann einem Druck ausgesetzt werden, der ihnen einen noch stärkeren Maulkorb verpaßt, als er ihnen ohnehin schon am Halse hängt. Sie haben Angst, daß ihre individuelle nationalkommunistische Bewegung darunter leiden wird.

Bondy

Friedrich Dürrenmatt hat einmal gesagt, er könne kein Stück schreiben, wenn er eine Handlung nicht bis zum denkbar schlechtesten Ende durchdacht habe. Man kann also nicht über ein politisches Ereignis wie die Sicherheitskonferenz reden und sagen, entweder kommt etwas Gutes dabei heraus, oder es passiert nicht viel. Man muß auch die dritte Variante durchdenken, daß sie nämlich nicht stabilisierend, sondern im Vergleich zur jetzigen Stabilität, die in Europa seit einem Vierteljahrhundert im großen und ganzen besteht, auch destabilisierend wirken kann.

Kirchschräger

Ich bin hier offenbar einer von jenen, von denen man noch nicht weiß, ob sie zu dem erweiterten Europa gehören oder ob sie draußen stehen. Wir sind allerdings in Österreich der Meinung, daß wir unsere Position in Europa genau kennen.

Es hat mich an der heutigen Diskussion überrascht, wie sehr die Gedanken innerhalb des erweiterten Europa oder, genauer gesagt, innerhalb der Neun noch introvertiert sind und wie stark das auch in den Beziehungen zu anderen Machtzentren zum Ausdruck kommt. So etwa geht es uns mit Wien. Wir sehen Wien als eine Stadt mit vielen Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, wie eben Menschen eine Stadt sehen, die darin wohnen. Aber die Völker aus dem Donaunraum sehen Wien als eine schöne, geschlossene Einheit mit einer starken Ausstrahlungskraft. Ich glaube, ich muß den Vergleich nicht weiterführen.

Sir O'Neill

Ich will mich zunächst mit der Kritik auseinandersetzen, die zu meiner Bemerkung über die "Pause" geäußert wurde - die Pause, um entweder zu verdauen oder um verdaut zu werden; es scheint nicht viel auszumachen, ob dieser Prozeß passiv oder aktiv vor sich geht. Mit der Pause, die auch Herr Brunet für notwendig hält, ist keineswegs gemeint, daß wir nicht schon jetzt bereit und in der Lage sind, uns an allem, was die Gemeinschaft tut und plant, voll zu beteiligen. Wir wollen auf keinen Fall ein Vakuum. Wir sind nicht in die Gemeinschaft mit so viel Mühe hineingegangen, um dann nichts zu tun.

Was ich über eine Pause gesagt habe, meinte ich im Hinblick auf neue Institutionen. Da sind wir, zumindest am Anfang, nicht als Initiatoren zu betrachten. Denn unsere Regierung ist, was die Gemeinschaft angeht, noch nicht ganz frei in ihrer Handlungsfähigkeit. Ich bin davon überzeugt, daß wir innerhalb der Gemeinschaft nicht die schlechtesten Europäer sein werden, auch im Sinne der Demokratisierung. Aber für die nähere Zukunft sind unsere Hände noch ein wenig gebunden.

Die Gründe für unseren Beitritt hat Herr Dahrendorf zutreffend dargelegt. Ich bin sogar der Meinung, daß nach den Vorstellungen unserer Regierung auch die Verteidigung miteinbegriffen werden könnte.

Juristisch und politisch ist unser Beitritt vollzogen. Die Ratifikationsurkunde des Vertrages liegt bereits in Rom. Aber 70 Prozent der Opposition im Unterhaus sind gegen den Beitritt. Natürlich ist die Opposition durch den langen und harten Kampf um die Ratifikation noch härter und erbitterter geworden. Leider sind auch 90 Prozent der Gewerkschaften dagegen. Was das Volk meint, weiß niemand. Ich glaube aber, daß das englische Volk den Beitritt akzeptiert hat und ihn nicht wieder rückgängig machen will. Aber auch da besteht in vielen Kreisen noch Skepsis und eine gewisse Bitterkeit. Deshalb ist die Lage bei uns noch immer ein wenig fragil, ich hoffe aber, daß die Schwierigkeiten in kurzer Zeit überwunden sein werden.

Wir brauchen also ein bißchen Zeit, um Wurzeln zu schlagen, dazu haben wir bisher noch keine Gelegenheit gehabt. Von daher ist meine kleine Kritik an der Union Européenne zu verstehen, ohne daß ich diesen Begriff grundsätzlich in Frage stellen will. Ich möchte nur darauf hinweisen: Wir haben uns in England im Laufe eines langen Kampfes endlich mit der Idee einer Europäischen Gemeinschaft versöhnt, und plötzlich ändert sich der Titel. Man spricht jetzt von etwas ganz anderem, nämlich von einer Union. Damit werden wir uns sicher abfinden, und die kleinen Schwierigkeiten, die dadurch entstanden sind, als sich die Gegner dieses neuen Begriffes annahmen, werden bald überwunden sein.

Deshalb werden wir, wie gesagt, was die Institutionen angeht, keine Initiative ergreifen. Wir werden aber, wie ich hoffe, die Aufnahme der Verteidigungsfragen in die Gemeinschaft unterstützen. Um auf die Demokratie zurückzukommen: Die demokratische Legitimation muß vorläufig über das eigene Parlament kommen - jedenfalls in England. Ich hoffe, das englische Parlament wird sich so gut orientieren, daß es die Entwicklung in Europa fördern kann. Für die nationalen Parlamente war es bisher sehr schwer, an den Entscheidungsprozessen der Gemeinschaft wirksam mitzuarbeiten. Das wird auch für uns schwer sein, aber das britische Parlament ist entschlossen, es soweit wie möglich zu tun, bis dann eines Tages hoffentlich die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitert werden können. Das, da stimme ich mit Herrn Kirk überein, muß der erste Schritt sein, der gar nicht früh genug erfolgen kann. So unterstreiche ich seinen Hinweis auf die finanziellen Dinge. Den ersten kleinen Schritt in dieser Richtung hat die Gemeinschaft schon vor einigen Jahren unternommen. Hier müssen weitere Schritte erfolgen.

Was die gemeinsame Außenpolitik angeht, so wollte ich nicht den Eindruck erwecken, daß ich die Bestrebungen der Gemeinschaft in dieser Hinsicht gering schätze. Ich habe nur meine Freude ausdrücken wollen, daß in der Gemeinschaft schon eine gemeinsame auswärtige Politik besteht. Denn die wirtschaftliche Integration hat zur Folge, daß ein großer Teil der traditionellen Außenpolitik bereits von der Gemeinschaft wahrgenommen wird, was nur zu begrüßen ist. Auch das sollte weiter entwickelt werden.

Schließlich möchte ich im Hinblick auf die Bemerkungen von General Stehlin noch einige Worte zur Verteidigungspolitik sagen. Wohl niemand hier vergißt, daß diese Seite der Sache immer noch sehr wichtig für uns ist. Ich habe vor Jahren auf einer Konferenz vor neuen Mitgliedern des englischen diplomatischen Dienstes den Versuch gemacht, den Inhalt einer auswärtigen Politik generell zu definieren. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Außenpolitik nur zwei Dinge beinhaltet: Food and Freedom - Ernährung und Freiheit. Mit Ernährung, mit Food, meine ich den gesamten wirtschaftlichen Bereich, mit Freedom nicht nur, aber in hohem Maße den

Verteidigungssektor einer Außenpolitik. Die Gemeinschaft hat viel mit Food zu tun, aber ich bin sehr dafür, daß sie sich weit mehr in die Freedom einmischt, als sie bisher dazu Gelegenheit gehabt hat.

Ich kann die Frage nicht beantworten, welches die wirklichen Ziele der Sowjetunion auf der bevorstehenden Sicherheitskonferenz sind, aber ich übersehe nicht, daß die Sowjetunion weniger Mühe auf die Definition von Blöcken und Einflußsphären verwendet als auf die Definition von Truppentransporten und Raketen.

Brunet

Ich fand die heutige Diskussion äußerst ergiebig, und ich werde nicht auf alle Fragen antworten oder alle Meinungen kommentieren können, die hier zum Ausdruck kamen. Ich war überrascht, daß so viel von der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa die Rede war. Wenn ich einige Jahre zurückblicke, so darf ich vielleicht ohne falsche Bescheidenheit sagen, daß es eines der großen Verdienste von General de Gaulle war, aus dem offensichtlich bestehenden Zustand eines Gleichgewichts des Schreckens zwischen den beiden Supermächten die Folgerung zu ziehen, daß diese Lage für eine Politik der Entspannung, der Verständigung und der Zusammenarbeit ausgenützt werden müßte. In dieser Richtung entwickelt sich zur Zeit einiges, und wir Franzosen freuen uns darüber.

Ich lege besonderen Wert auf folgende Feststellung:

Wenn wir auch immer die Ostpolitik der gegenwärtigen deutschen Regierung sehr unterstützt haben, so mischen wir uns selbstverständlich nicht in die Angelegenheiten einer befreundeten Regierung ein. Aber die Ostpolitik entspricht zutiefst unseren eigenen Ansichten. Alles, was zuweilen in der Presse geschrieben wurde über Eifersucht, Neid und ich weiß nicht, welche anderen Gefühle, die wir empfinden könnten, weil die Fackel der Entspannung aus den französischen in deutsche Hände übergegangen ist, beruht einzig auf der Einbildungskraft und auf nichts anderem.

Nun kommt die Sicherheitskonferenz auf uns zu, vielleicht wünschen wir sie sogar herbei. Wir sind der Meinung, daß sie normal verlaufen wird, und wir teilen nicht die Befürchtungen, die man über ihre Ergebnisse haben kann. Wenn vorhin Friedrich Dürrenmatt zitiert wurde, so besagt ein französisches Sprichwort: "Das Schlimmste bewahrheitet sich nicht immer."

Man hat in diesem Gespräch den Problemen der europäischen Sicherheit sehr viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet als in der Pariser Gipfelkonferenz, die die Staats- und Regierungschefs vor zehn Tagen zusammenführte. Ich gehe sogar so weit zu sagen: Wenn es im Redaktionskomitee nicht eine Delegation gegeben hätte - ich werde nicht sagen, welche;- , die daran erinnerte, daß die Konferenz tatsächlich stattfinden wird, wäre dieser Punkt beinahe nicht zur Sprache gekommen. Ich hätte das bedauert. Wir haben heute gut daran getan, darüber zu sprechen; denn Sie wissen, daß über die Sicherheitskonferenz und ihre Beziehungen zur MBFR bereits intensive Gespräche zwischen Gromyko und Kissinger stattgefunden haben, insbesondere über die politisch wichtigen Fragen des Kalenders. Das ist an sich schon eine recht beachtliche Tatsache. Darin zeigt sich auch deutlich, daß bei wichtigen Entscheidungen für die Zukunft Europas ein ganz reales Risiko besteht, nämlich die Neigung der Supermächte, diese Entscheidungen an unserer Stelle zu fällen.

Dies führt mich zu den Fragen der politischen Zusammenarbeit. In diesem Punkt bin ich mit Sir Con O'Neill nicht einer Meinung. Er glaubt - und darin hat er zum großen Teil sicher recht;- , daß wir tatsächlich eine gemeinsame Außenpolitik betreiben in dem Maße, in dem Gemeinschaftsfragen Außenpolitik sind. Es ist ein wenig so wie im "Bourgeois Gentilhomme" von Molière, wo der Held der Komödie schon sein ganzes Leben lang Prosa gesprochen hat, ohne es zu wissen, bis man es ihm erklärt. So leugnen wir Franzosen zum Beispiel nicht die Bedeutung der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik. Trotzdem beschäftigt sich die Außenpolitik im wesentlichen mit den Fragen des Krieges und des Friedens.

Alle Welt hat heute - was im Grunde normal ist - stillschweigend oder ausdrücklich die Verteidigungsfragen beiseite geschoben. Und wir müssen zugeben, daß wir infolgedessen auf diesem Gebiet zur Zeit praktisch nichts tun können. Der Präsident der Französischen Republik hat die politische Zusammenarbeit vor kurzem wohl zu Recht "une flamme vacillante", ein flackerndes Licht, genannt. Die Gipfelkonferenz hat in diesem Punkt ihre Zufriedenheit erklärt, weil sie sich nicht als unbefriedigt erklären konnte. Allerdings ist in letzter Zeit ein für die politische Zusammenarbeit der Gemeinschaft recht schwieriges Problem aufgetaucht, das sich insbesondere während der Ereignisse im Nahen Osten zeigte.

Herr Kogon fragte vorhin, ob nicht ein europäischer Paß oder sogar ein europäischer Führerschein möglich sei. Als der italienische Premierminister Andreotti auf der Gipfelkonferenz von der Möglichkeit

einer europäischen Staatsbürgerschaft sprach, fiel diese Idee in ein Loch, und zwar ohne jedes Geräusch.

Ich war erstaunt, daß Herr Dahrendorf gesagt hat - und darin von Herrn Kirchschräger unterstützt wurde;-, daß das Datum des 22. Juli, an dem wir die Abkommen mit den Ländern, die nicht Anwärtler auf die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft sind, unterschrieben haben, ein ebenso wichtiges Datum sei wie der 22. Januar, an dem wir die Mitgliedschaftsverträge unterzeichnet haben. Da bin ich anderer Meinung. Wir Franzosen haben immer darauf bestanden, daß wir unsere Freunde, die aus verschiedenen Gründen der Gemeinschaft bei ihrer Erweiterung nicht beitreten konnten, nicht aus den Augen verlieren. Wir haben dies insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres 1970 gesagt, als wir die Verhandlungen mit England vorbereiteten, und zwar mit solchem Nachdruck, daß man darin wieder einmal ein schlaues Manöver Frankreichs sah, um den Beitritt Englands zu verzögern. Es besteht häufig die Tendenz, die Franzosen der übelsten Absichten zu verdächtigen.

In Wirklichkeit konnte keine Rede davon sein, daß wir befreundete Länder wie Österreich und Schweden so behandelten, als lägen sie auf einem anderen Kontinent. Man vergißt aber, daß die Gemeinschaft tatsächlich eine politische Bestimmung hat, wenn man sagt, daß die Verträge mit England, Dänemark und Irland auf eine Stufe zu stellen sind mit den Verträgen der Nichtmitglieder. Hinsichtlich der Assoziierten haben wir alles getan, daß sie durch die Erweiterung der Gemeinschaft nicht geschädigt werden, sondern sogar Nutzen daraus ziehen. Ich sage das insbesondere wegen der Anwesenheit des österreichischen Außenministers.

Wenn Herr Goetz einen gewissen Pessimismus zum Ausdruck gebracht hat, dann war das wie der Zorn eines Verliebten. Sie wissen, wenn man jemanden liebt und sieht, daß der Geliebte sich nicht genau so verhält, wie man es sich wünscht, neigt man zum Verzweifeln. Trotz allem funktioniert diese europäische "Affäre" nämlich recht gut - welchen Vergleichsmaßstab man auch immer anlegt.

Es wurde vorhin von der Stunde des COMECON gesprochen. Objektiv gesehen ist das COMECON ein Fehlschlag. Die USA befinden sich in einer idealen Lage, denn sie haben einen Gemeinsamen Markt. Aber in den letzten 10 Jahren reichten ihre Leistungen an die unseren nicht heran. Deshalb darf man nicht verzweifeln, weil es zuweilen Schwierigkeiten gibt, die richtige Form der Vertretung für die Gemeinschaft bei dieser oder jener Institution zu definieren, wie es Herr Goetz vorhin andeutete. Zuweilen spricht man von der berühmten Echternacher Prozession. Insbesondere auf dem Gebiet der Währung waren die Leistungen der Gemeinschaft in den letzten zwei Jahren nicht brilliant. Immerhin ist festgelegt worden, daß bis 1980 jene "clause de prudence", jene Vorbehaltsklausel abgeschafft wird, die vor zwei Jahren von den Ministern Giscard d'Estaing und Schiller gemeinsam erfunden wurde. Die Gipfelkonferenz hat sie weggefegt. Das sind Dinge, von denen man wenig spricht. Wir Franzosen halten diese Einigung auf dem Wirtschafts- und Währungsgebiet für einen Fortschritt, der von großer Bedeutung ist.

Eine letzte Bemerkung: Ich bin recht überrascht, daß hier die Theorie von Herrn Kissinger, die ich gar nicht verteidigen will, so heftig kritisiert wurde. Dennoch scheint mir, daß einiges daran ist. Von Chinas Politik kann man zumindest sagen, daß sie die UdSSR als Gefahr Nr. 1 ansieht. China ist eine große Atommacht und von nicht geringer politischer Bedeutung, obgleich es zur Dritten Welt gehört und sich deshalb als arm und unterentwickelt empfindet und sich bescheiden zeigt. Was Japan betrifft, so ist erstaunlich, wie schnell es unter der Wirkung der drei Schocks, die Nixon diesem Land versetzt hat, das Gewehr auf die andere Schulter gelegt hat. Außerdem ist Japan ein Land, von dem Herman Kahn uns sagt, daß 1987 seine Produktion höher liegen werde als die der USA. Herr Kahn mag sich täuschen, aber man sollte diese Phänomene nicht vernachlässigen. Wenn wir von "Co-Suzeränität", einer Art gemeinsamer Oberherrschaft der beiden Übergroßen, reden, so meinen wir damit, daß sie in anderen Dimensionen agieren als die übrigen Staaten.

Dahrendorf

Wir gehen in eine Periode hinein, die durch eine Serie von wichtigen internationalen Konferenzen bestimmt wird. Es scheint mir sinnvoll, diese verschiedenen Konferenzen einmal zu nennen und dabei auch über die Prozeduren zu sprechen, mit denen Europa dort tätig wird.

Im kommenden Jahr beginnt eine neue Welthandelsrunde im Rahmen des GATT. Es ist klar, daß hier die gemeinschaftlichen Prozeduren eingehalten werden, so wie das schon in der Vergangenheit der Fall war. Es entspricht auch der vertraglichen Basis, daß im GATT die Kommission auf der Grundlage von Beschlüssen des Ministerrates und in ständigem Zusammenwirken mit den Mitgliedsstaaten für die Gemeinschaft spricht. In dieser wichtigen Runde entscheidet sich vieles von dem, was Europa in der Welt tun kann und wie eine offene Weltwirtschaft in Zukunft aussehen wird. An diesem Punkt wird sich außerdem zeigen, wie die Zusammenarbeit und die wechselseitigen Abhängigkeiten aussehen,

und zwar zwischen den Mitgliedern und den Nichtmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft, wobei die Interessen der Nichtmitglieder unter Umständen denen der Mitglieder verwandt sind.

Wir sind zweitens in gewisser Weise schon in die Gespräche über eine Reform des Weltwährungssystems eingetreten. Hier ist es glücklicherweise Gewohnheit geworden, daß die Europäische Gemeinschaft mit einer Stimme spricht, obwohl wir die Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion noch nicht erreicht haben, was aber hoffentlich bald der Fall sein wird. Herr Brunei hat dazu eine nicht unwichtige Bemerkung gemacht zu den Bedingungen, die in einem bestimmten Stadium der Beratung gestellt worden waren. Hier sind wir also auf dem Wege zu einem auch Institutionen gesicherten gemeinschaftlichen Handeln.

Drittens werden wir in die gesamteuropäischen Gespräche mit den beiden Themen der Zusammenarbeit und der Sicherheit hineingehen. In den Fragen der Zusammenarbeit können die Gemeinschaftsinstitutionen im eigentlichen Sinne nur in einem begrenzten Bereich tätig werden. Es gibt einen weiteren Bereich, in dem schon heute eine Kooperation im Rahmen der politischen Zusammenarbeit entwickelt ist. In diesen Rahmen fällt der Gesamtbereich des Zusammenwirkens auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Es ist ein institutionell anderes System, bei dem, wie ich hoffe, ein Maximum an gemeinschaftlicher Vorbereitung geschieht. Das deckt nicht den Verteidigungsbereich; die wiederholte Erwähnung gerade dieses Themas der europäischen Politik war für mich wichtig. Ich habe selber darauf hingewiesen, weil ich der Meinung bin, daß wir gegenüber den Vereinigten Staaten nicht darauf verzichten können, hier einen Zusammenhang herzustellen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Politik in diesem wichtigen Bereich wird in den nächsten Jahren sicher ein großes Thema in Europa sein, obwohl ich mir davon keine raschen institutionellen Folgen verspreche.

Internationale Konferenzen und multilaterale Zusammenhänge sind genau der Punkt, an dem die Gemeinschaft am ehesten als Gemeinschaft tätig werden und ihre Positionen sichtbar machen kann. Sie sind von der Form des Wirkens her, aber auch inhaltlich dem besonders angemessen, was wir tun. Wir können in all diesen Konferenzen zeigen, daß Europa eben nicht - wie Herr Kirchschräger meinte - introvertiert ist, daß Europa sich nicht nur auf seine eigene innere Entwicklung konzentriert, sondern erkennt, daß jeder Schritt, den wir in unserer inneren Entwicklung tun, Folgen nach außen hat. Unser Verhalten nach außen ist somit zugleich bestimmend für unsere Möglichkeiten nach innen. Daraus soll eine subtilere Welt entstehen, als sie den allzu einfachen Blockvorstellungen zugrunde liegt.

Herr Brunei hat darauf hingewiesen, daß wir uns hier sehr mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit beschäftigt haben. Das ist auch mir aufgefallen, ich fand es aber sinnvoll. Unser Gespräch hat in diesem Punkt einige wichtige zusätzliche Informationen gebracht. Trotzdem wird die Klärung einer neuen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren eine Kernfrage der Europäischen Gemeinschaft bleiben. Es wird keine Definition der europäischen Persönlichkeit geben, wenn wir nicht das bei einigen vorhandene Trauma in den Beziehungen zu den USA ablegen und in aller Ruhe das entwickeln, was sich in Andeutungen schon abzeichnet. Dabei können uns die multilateralen Zusammenhänge sicher helfen, in denen man unter Umständen etwas entlasteter miteinander spricht, als wenn man es direkt tut. Auch aus diesem Grunde bin ich immer weniger vom Sinn eines institutionalisierten Dialoges mit den USA überzeugt, vielmehr sollte man in multilateralen Zusammenhängen feststellen, wo gemeinsame Interessen liegen und wo man gemeinsam tätig werden kann.

Eine Bemerkung noch zum Begriff "Europäische Union", den ich, wie gesagt, für ganz nützlich halte. Er macht es unnötig, in institutioneller Hinsicht theoretische Auseinandersetzungen zu führen, die uns nicht weitergebracht haben. Ich sehe dieses Jahrzehnt als ein Jahrzehnt der europäischen Fortschritte auf vielen Wegen und auf viele Weisen. Ich bleibe bei der These: Gerade in den kommenden Jahren sollten wir uns davor hüten, auf einem einzigen dogmatisch festgehaltenen Weg nach Europa zu insistieren.

Für mich bedeutet der Begriff der Europäischen Union, daß wir uns darauf einstellen, überall dort, wo Probleme auftauchen, die eine gemeinsame Lösung verdienen oder verlangen, diese Lösung zu suchen, ohne dabei darauf zu bestehen, daß das immer in dem gleichen institutionellen Zusammenhang geschehen muß. Wenn die Rede davon ist, daß die Europäische Union eines Tages vollendet sein soll - in gewisser Weise wird sie es nie sein;- , kann das für mich nur bedeuten, daß man am Ende des Jahrzehnts einmal bilanziert und sich fragt, ob es nicht sinnvoll ist, die vielen Dinge, die man schon gemeinsam entwickelt hat, dann auch institutionell in bestimmte, uns heute noch nicht bekannte Formen zu gießen.

Wenn man den Begriff der Europäischen Union so versteht, daß wir hineingehen in ein Jahrzehnt möglicherweise unübersichtlicher Entwicklungen, aber klarer Fortschritte in vielen Bereichen, dann dürfte es schwer sein - auch in einem Land, das neu in die Gemeinschaft hineinkommt;- die Europäische Union als eine zusätzliche Belastung zu sehen. Dann dürfte es in der Tat möglich sein, in ihr ein Element des Fortschritts zu sehen. Daß im Laufe dieses Jahrzehnts beispielsweise ein europäischer Paß denkbar ist, Herr Kogon, scheint mir sicher zu sein. Es gibt ja schon europäische Pässe. Ich habe zum Beispiel einen; er ist nicht so sehr nützlich, weil ihn an den Grenzen niemand kennt; dann zieht man am Ende doch den nationalen Paß heraus und kommt schneller hinüber. Aber das ist eine jener Schwierigkeiten, in denen wir uns in der europäischen Entwicklung einstweilen noch befinden.

Ich bin sicher genauso kritisch gegenüber europäischen Entwicklungen wie Herr Goetz, vielleicht in manchem noch kritischer; aber ich bin nicht resigniert. Ich bleibe davon überzeugt, daß wir auf dem richtigen Weg sind, vor allem dann, wenn wir pragmatisch vorgehen. Ich bleibe davon überzeugt, daß Europa in den Bereichen von Food und Freedom ein besonderes Angebot zu machen hat, nämlich das Angebot einer Integration ohne Abschließung. Das liegt in unserem Interesse und ist für die Welt nützlich. Hinzu kommt, was die anderen Länder betrifft, das Angebot einer Zusammenarbeit ohne Abhängigkeit. Das sind für mich die großen europäischen Ziele. Ich glaube, wir sind auf einem schwierigen, aber auf dem richtigen Weg.

Kirchschläger

Bevor ich meine Aufgabe wieder in die Hände von Herrn Körber zurücklege, möchte ich die Frage nach den Eindrücken und nach dem Nutzen dieser Tagung für mich beantworten. Ich bin nach diesem Tag einmal mehr davon überzeugt, daß wir - gerade weil Sie sich innerhalb der Neun mit soviel Skepsis mit den einzelnen Fragen beschäftigen - auf einem guten Weg sind, in ein größeres Europa organisch hineinzuwachsen.

Was Österreich betrifft, hat die österreichische Volksvertretung - National- und Bundesrat - dadurch, daß sie die Verträge vom 22. Juli am 25. Oktober einstimmig genehmigt hat, und zwar trotz des Ausschlusses der Landwirtschaft aus dem Vertrag und trotz der Tatsache, daß eine Opposition nur sehr schwer zustimmen kann, wenn eine Regierungspartei ein Ziel erreicht, das die heutige Opposition Jahre vorher selbst vertreten hat, ein Bekenntnis zur Mitarbeit an einem erweiterten Europa abgegeben. Wir respektieren dabei völlig unsere Pflichten aus der immerwährenden Neutralität, aber wir nützen auch unsere Rechte aus unserer Unabhängigkeit nach allen Seiten. Das ist der politische Background und ein Zeichen mehr dafür, wie stark in Wirklichkeit alle Funktionen eines Staates, alle Politik oder, um ein Wort von Sir Con O'Neill zu gebrauchen, Food und Freedom aufeinander bezogen sind. Dabei verstehe ich unter Freedom weniger die Verteidigungs-, sondern vor allem die Gesellschaftspolitik, die in unserem Gespräch nach meiner Meinung etwas zu kurz gekommen ist. Vielleicht zählen aber wir in Österreich gerade zu jenen, die dem ideologischen Element eine wesentlich größere Bedeutung beimessen als Sie, die Sie in Brüssel geschlossen beisammen sind und sich stärker - für unseren Geschmack vielleicht manchmal zu stark - mit Food befassen.

Körber

Für mich bleibt auch nach dieser Diskussion die Frage offen, wie es gelingen kann, daß die Staaten der Europäischen Gemeinschaft ihre Beziehungen nach außen als ein gemeinsames Problem ansehen, das nach gemeinsamem Handeln verlangt. Wie sehen die großen Ziele aus, die die Europäische Gemeinschaft anstreben sollte? Ob Europa die Fragmentierung seiner Politik überwinden kann, hängt entscheidend davon ab, inwieweit ein neuer politischer Wille entsteht. Nach wie vor gilt die Formel: Europa zwischen ökonomischer Superpotenz und politischer Ohnmacht.

Wir haben heute eine ganze Reihe jener Probleme diskutiert, deren Lösung die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft bestimmen wird: Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion, die Klärung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten, die Besinnung auf die verteidigungspolitischen Notwendigkeiten, die Problematik des Mittelmeerraumes, die Konsequenzen aus der KSZE, die Stärkung der bestehenden Institutionen sowie schließlich und nicht zuletzt die Forderung nach einer politischen Union.

Zweifellos bleibt das Verhältnis zu den USA für einen übersehbaren Zeitraum von zentraler Bedeutung für die Europäische Gemeinschaft. Wir müssen uns also um die Stabilität der europäisch-amerikanischen Beziehungen beziehungsweise um eine Klärung und Neubestimmung dieses Verhältnisses bemühen.

Wenn Europa zu einer politischen Union werden will, dann ist der entscheidende Schritt auf diesem Wege die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion. Das Erreichen dieses Zieles hängt aber nicht allein von der gesteigerten ökonomischen Effizienz ab, sondern vor allem davon, was die Wirtschafts- und Währungsunion leisten wird, um die Qualität des Lebens zu erhöhen. In diesem Sinne hat der letzte Präsident der Gemeinschaft, Sicco Mansholt, vor einem isolierten Fortschritt auf verschiedenen Teilgebieten gewarnt. Es geht nicht um die Frage: Wachstum oder nicht, sondern "wohin" wir wachsen. Das Wachstum sollte nicht auf die Fülle der Dinge, sondern auf die Qualität unseres Lebens ausgerichtet sein, wie es auch Galbraith gesagt hat.

Die damit zusammenhängenden Fragen sollen Thema eines unserer nächsten Bergedorfer Gespräche sein.